



Plenarprotokoll

82. Sitzung

Kiel, Freitag, 26. März 1999

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neufassung des Jagdgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (Landesjagdgesetz - LJagdG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1942

| | |
|---|------|
| Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten | 6101 |
| Friedrich-Carl Wodarz [SPD] | 6104 |
| Herlich Marie Todsén-Reese [CDU]... | 6106 |
| Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... | 6109 |
| Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] . | 6111 |
| Anke Spoorendonk [SSW]..... | 6113 |
| Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... | 6115 |

Beschluß: Überweisung an den Umweltausschuß und den Agrarausschuß..... 6116

Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall

Landtagsbeschluß vom 14. Mai 1998
Drucksache 14/1431 (neu)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2029

| | |
|--|------|
| Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur | 6116 |
| Sabine Schröder [SPD]..... | 6119 |
| Jost de Jager [CDU] | 6120 |

| | |
|---|------|
| Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... | 6124 |
| Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] | 6126 |
| Anke Spoorendonk [SSW]..... | 6129 |

Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß zur abschließenden Beratung 6130

Baggergutentsorgung in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1861

Antwort der Landesregierung

Drucksache 14/2030

| | |
|---|------------|
| Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten | 6130 |
| Roswitha Strauß [CDU] | 6131, 6138 |
| Helmut Jacobs [SPD] | 6133 |
| Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... | 6134 |
| Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] . | 6135 |
| Anke Spoorendonk [SSW]..... | 6137 |

Beschluß: Überweisung an den Umweltausschuß..... 6138

Beseitigung des Wracks des Frachters „Pallas“ vor dem Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer

Landtagsbeschluß vom 20. Januar 1999

Drucksachen 14/1880 und 14/1888

Bericht der Landesregierung

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW]

Drucksache 14/2067

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/2067 6139

Gemeinsame Beratung

a) Regierungserklärung zu den Ergebnissen des EU-Sondergipfels in Berlin „Agenda 2000 und ihre Auswirkungen auf Schleswig-Holstein“

b) Agenda 2000 - Agrarpolitische Vorschläge der Kommission

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1540

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1571

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1578

Bericht und Beschlußempfehlung des Agrarausschusses

Drucksache 14/2022

Heide Simonis, Ministerpräsidentin..... 6139

Claus Hopp [CDU]..... 6142

Sabine Schröder [SPD]..... 6152

Martin Kayenburg [CDU] 6142

Lothar Hay [SPD] 6144

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6146

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] . 6147

Anke Spoorendonk [SSW]..... 6149

Peter Jensen-Nissen [CDU]..... 6150

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6153

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten..... 6154

Beschluß: Für erledigt erklärt 6155

Stellungnahmen zum Landschaftsprogramm

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2036

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2064

Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten..... 6156

Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]... 6157

Ingrid Franzen [SPD] 6158

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6160

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] . 6161

Anke Spoorendonk [SSW]..... 6163

Beschluß: Überweisung des Berichts Drucksache 14/2064 an den Umweltausschuß..... 6164

Stellungnahme in dem Verfahren zur Prüfung der Entscheidung des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 4. September 1998 (Drucksache 14/1657), mit der die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ der Aktion mündige Schule e. V. für unzulässig erklärt wird

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/2023

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2070

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/2070 6164

Hafenkooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg

Landtagsbeschluß vom 20. Januar 1999

Drucksachen 14/1879 und 14/1890

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/1960

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr..... 6164

Martin Kayenburg [CDU] 6166

Bernd Saxe [SPD] 6167

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 6168

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ... 6170

Anke Spoorendonk [SSW]..... 6171

Thorsten Geißler [CDU]..... 6172

Günter Neugebauer [SPD]..... 6172

Thomas Stritzl [CDU] 6173

Lothar Hay [SPD] 6173

Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß zur abschließenden Beratung..... 6174

Zukunft der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluß vom 21. Januar 1999
Drucksache 14/1883

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2051

Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW]
Drucksache 14/2068

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr..... 6174
Brita Schmitz-Hübsch [CDU] 6175
Bernd Saxe [SPD] 6177
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 6178
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ... 6179
Anke Spoorendonk [SSW] 6180

Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß und den Finanzausschuß zur abschließenden Beratung 6181

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:01 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind der Abgeordnete Peter Gerckens erkrankt und der Abgeordnete Gero Storjohann beurlaubt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neufassung des Jagdgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (Landesjagdgesetz - LJagdG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1942

Das Wort zur Begründung hat Herr Minister Steenblock.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgabe einer zukunftsweisenden Jagdpolitik muß sein, die jagdlichen Belange vernünftig mit den Belangen des Landesnaturschutzes und des Tierschutzes zu verbinden.

Wenn man diese Ziele ernst nimmt, muß man feststellen, daß sich die Politik der Landesregierung, die Politik meines Hauses, in den letzten Jahren gut an dieses Ziel gehalten hat. Und die Ergebnisse dieser Politik können sich durchaus sehen lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben Grundsätze für die **Jagd in Naturschutzgebieten** entwickelt. Sie stellen sicher, daß bei der Ausweisung neuer Naturschutzgebiete in jedem Einzelfall sowohl die jagdlichen Interessen wie auch die Naturschutzinteressen gerecht gegeneinander abgewogen werden. Wir haben gemeinsam mit der Jägerschaft neue, an den Ergebnissen der wildbiologischen und ökologischen Forschung orientierte Richtlinien für Hege und Bejagung von Rehwild, Rotwild und Damwild erarbeitet. Damit haben wir die Basis für eine zeitgemäße Bejagung gesetzt, die weniger den Trophäenkult und mehr der Herstellung landschaftsökologisch angepaßter Wildbestände in den Mittelpunkt stellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

(Minister Rainer Steenblock)

Wir haben den **Artenschutz** für bedrohte jagdbare Tierarten weiterentwickelt und ihn - wo nötig - zu mehr Eigenständigkeit bei verbesserter Zusammenarbeit mit den Jagd- und Naturschutzverbänden geführt. Ich nenne hier die besonders positiven Beispiele des Seeadlerschutzes oder auch des Schutzes der Wiesenweihe.

Seit zwei Jahren schreiben wir den Wettbewerb „Naturnahe Reviergestaltung“ aus, der besonders positive Beispiele von praktischer naturnaher Jagd in den Revieren würdigt und nachahmenswerte Beispiele bekanntmacht. Darüber hinaus habe ich persönlich die Schirmherrschaft für die Initiative der Jägerschaft „Pro Natur“ übernommen.

Zuletzt fand unser Ansatz der naturnahen Jagd seinen umfassenden Niederschlag in den **Leitlinien** der Landesregierung für eine naturnahe Jagd in Schleswig-Holstein vom März letzten Jahres. Diese Leitlinien wurden nach fast zweijähriger intensiver Diskussion mit den Verbänden aus den Bereichen Jagd, Naturschutz und Tierschutz erarbeitet.

Diese Aufzählung zeigt: Wir haben in den vergangenen Jahren gemeinsam mit allen Betroffenen sehr viel für die naturnahe Jagd in Schleswig-Holstein erreicht. Aber ohne eine Fortschreibung des rechtlichen Rahmens kann all diesen Bemühungen nur ein halber Erfolg beschieden sein, und es ist deshalb folgerichtig und notwendig, ein neues Landesjagdgesetz zu verabschieden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Eckpunkte des Ihnen heute vorliegenden Regierungsentwurfs zur Neufassung des Landesjagdgesetzes modernisieren das zuletzt vor 20 Jahren - vor 21 Jahren, um genau zu sein - überarbeitete Landesjagdgesetz in umfassender Weise. Manches - auch das will ich gern einschränkend sagen - wäre aus meiner Sicht zusätzlich änderungsbedürftig gewesen. Das ist uns aber verwehrt, weil das **Bundesjagdgesetz** als **Rahmenrecht** teilweise sehr detailliert Normen vorgibt, die nach meiner Meinung in einer Reihe von Punkten reformbedürftig sind. Aber ich bin sicher, daß die neue Bundesregierung hier die Initiative ergreifen wird. Und sie wird sich unserer Unterstützung gewiß sein können.

Die fünf für mich zentralen **Eckpunkte** des neuen **schleswig-holsteinischen Jagdgesetzes** sind folgende:

Der erste und sicherlich gravierende Punkt ist, daß das Landesjagdgesetz zum erstenmal - auch für ein Jagdgesetz der Bundesrepublik zum erstenmal - die Zielbestimmung der „naturnahen Jagd“ enthält.

Zweitens schreiben wir in diesem Gesetz die Rahmenbedingungen für freiwillige und förderungsfähige Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensräume des Wildes fest.

Drittens - und das ist für die Praxis sicherlich wichtig - stellen wir die Abschlußplanung auf eine sachgerechte Grundlage und bereiten mit diesen neuen Kriterien für eine Abschlußplanung den Weg für eine dringend erforderliche Reduktion der Schalenwildbestände. Den teilweise erheblichen Wildschäden in den Wäldern und an den Knicks soll damit entschieden entgegengewirkt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Der vierte Punkt beinhaltet, daß wir für deutlich mehr Natürlichkeit in den Lebensabläufen des Wildes eintreten. Das betrifft vor allen Dingen folgende Punkte: Wir wollen die Fütterung des Wildes in Zukunft nur noch sehr restriktiv handhaben.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie soll im Grundsatz verboten sein, und Ausnahmen können nur in echten Notzeiten zugelassen werden. Diese Regelung ist klar und unmißverständlich.

Ebenso restriktiv wollen wir - fünftens - nur in besonderen Ausnahmefällen das Aussetzen von Wild ermöglichen. Die Züchtung von einzelnen Tierarten wie zum Beispiel von Fasanen, die ausgesetzt werden, nur um sie auf Gesellschaftsjagden wieder zu erschießen, ist unter Tierschutzgesichtspunkten, unter ethischen Gesichtspunkten Unfug und abzulehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Zurufe von der CDU)

Wir halten es auch unter ethischen Gesichtspunkten für notwendig, die Jagdgatter

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

zum Zwecke von vermehrten und künstlich erleichterten Abschüssen - -

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

- Ja, Herr Schlie, hören Sie sich das einmal in Ruhe an.

(Zurufe von der CDU)

- Herr Schlie, dann sind wir uns ja alle einig, wenn wir alle dafür sind, daß wir in Zukunft kein Wild

(Minister Rainer Steenblock)

mehr züchten wollen, um es abzuschließen. Das ist „unwaidgerecht“.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

So, und wenn Sie mir als Jäger dabei lautstark zustimmen, bin ich sehr froh darüber.

Ich lehne es auch ab, daß das Wild in Jagdgattern eingesperrt wird, um es leichter bejagen zu können. Auch das ist ein Anachronismus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wir wollen dem **Tierschutz** ein stärkeres Gewicht verleihen. Auch hier ist mir sehr bewußt, daß wir den Forderungen des Tierschutzes nicht in vollem Umfang Rechnung tragen, aber wir machen Schritte voran. Die **Fallenjagd** wird deutlich eingeschränkt, und sie wird tierschutzgerecht sein; denn sie wird stärker reglementiert, und sie wird unter kontrollierten Bedingungen ausgeübt. Auch das ist ein Fortschritt, genauso wie der Umstand, daß wir als erstes Bundesland in Deutschland die Benutzung von Bleischrot bei der Jagd auf Wasserwild verbieten werden.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Auch das ist unter Tierschutzgesichtspunkten notwendig.

Der bisherige Diskussionsverlauf hat den Referentenentwurf der Landesregierung auf den Prüfstand gestellt. 17 Verbände aus den Bereichen Jagd, Naturschutz und Tierschutz haben ihre Stellungnahmen abgegeben, außerdem haben 19 Behörden, Vereinigungen und Privatpersonen Anregungen oder Bedenken vorgebracht. Alle Argumente sind sehr sorgfältig geprüft worden. Der **Gesetzentwurf** des Landes ist aufgrund dieser **Anhörung** noch einmal in einigen wichtigen Punkten verändert worden.

Unsere ursprüngliche Absicht, die sogenannten befriedeten Bezirke auch als Mittel zur jagdlichen Beruhigung von **Biotopen** einzusetzen, werden wir - auch nach den Gesprächen mit der Jägerschaft, aber auch aufgrund von rechtlichen Prüfungen - nicht mehr verfolgen.

Jetzt ist vorgesehen, daß auf Antrag der Eigentümerinnen und Eigentümer oder von Amts wegen Seen und geschlossene Gewässer einschließlich der Uferstreifen bis 30 m Breite aus der jagdlichen Nutzung herausgenommen werden können. Ergänzend haben wir die Möglichkeit aufgenommen, zum Schutz bestimmter jagdbarer Wildarten **Wildschutzgebiete** auszuweisen. In diesen Gebieten kann aus Gründen des Wildarten-

schutzes oder der Wildforschung die Jagd auch eingeschränkt werden. Ich hoffe, daß wir mit dieser Regelung einen guten Kompromiß gefunden haben, der auch für die Jägerschaft tragbar ist.

Ein zweiter Bereich, den wir geändert haben - was von der Jägerschaft kritisiert worden ist -, ist, daß die Vergabe der **Jagdabgabemittel** vom Landesamt für Natur und Umwelt in Zukunft realisiert werden soll. Wir haben die vorgetragenen Bedenken aufgenommen. Auf Vorschlag der kommunalen Landesverbände wird in Zukunft ein Teilbereich der Förderung aus den Jagdabgabemitteln direkt über die Kreise und die kreisfreien Städte laufen. Die Forderung der jagdwissenschaftlichen Forschung und deren Koordination verbleiben hingegen im Ministerium. Auch dies ist ein Kompromiß, der - glaube ich - von allen gut getragen werden kann.

Es gibt eine Reihe weiterer Detailänderungen, die im Verlauf des ersten Anhörungsverfahrens realisiert worden sind. Ich will sie Ihnen hier nicht im einzelnen vortragen.

Ich freue mich, daß es uns gelungen ist, den Jagdgesetzentwurf trotz der vielen Anregungen schlanker zu fassen als den alten Gesetzentwurf. Er ist auch in seinem Umfang deutlich reduziert worden. Das ist bei einer so komplizierten Materie nicht gerade leicht. Aber auch das ist ein Schritt der Verwaltungsreform.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben Ihnen zur Beratung ein Jagdgesetz vorgelegt, das bundesweit eines der fortschrittlichsten ist. Dahinter stehen Sachverstand, solide handwerkliche Arbeit, aber auch ein sehr offener Dialog mit allen Beteiligten. Ich wünsche mir und uns, daß es uns gelingen möge, an diesem Gesetzentwurf - für mich war die bisherige Auseinandersetzung mit allen Beteiligten ausgesprochen positiv; denn wir haben sehr sachgerecht und ohne Aufregung die Fragen diskutiert - mit Augenmaß weiterzuarbeiten und über ihn zu diskutieren.

Mit dem von uns vorgelegten **Regierungsentwurf** eines neuen Landesjagdgesetzes wird die Jagd als nachhaltige Nutzung biologischer Ressourcen weiterentwickelt. Die Jagd wird - das ist meine feste Überzeugung - nur dann zukunftsgerichtet sein und die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung haben, wenn diese in Zukunft die Belange des Naturschutzes und des Tierschutzes weiterhin verstärkt aufnimmt und damit eine naturnahe Jagd als Leitbild im Mittelpunkt des Jagdgesetzes erkennt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich begrüße auf der Tribüne jetzt Besucherinnen und Besucher der Realschule Neustadt in Holstein. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wodarz.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern abend haben wir zusammengesessen und überlegt, ob denn genügend Kollegen zur Beratung des Landesjagdgesetzes kommen würden, ob es nicht vielleicht besser wäre, hier ein Signal zu blasen, damit sich die Abgeordneten sammeln. Aber sie sind alle hier. Ich finde das prima.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Wenn Sie etwas mit jagdlichen Gegebenheiten vertraut sind, dann warten Sie, bis sich die Jäger gesammelt haben, erst einmal auf Anweisungen!

Der Referentenentwurf zur Neufassung des Landesjagdgesetzes hat schon zu einer intensiven Diskussion geführt. Uns liegt jetzt der **Regierungsentwurf** vor, der viele der eingegangenen Anregungen aufgenommen hat und sicherlich auch noch diskutiert und eventuell verändert werden muß.

Ich nenne ein paar Überschriften aus der Presse: „Schleswig-Holsteins Rehen geht's ans Fell“, „Jäger bäugten mißtrauisch neues Gesetz“, „Halali natürlich - Das Land bläst zur Ökojagd“, „Wildfütterung wird verboten“ und dann: „Der berühmte Kreisjägermeister wird zum Jagdberater“.

Mit diesen Überschriften habe ich eigentlich schon weitgehend die Knackpunkte der Kritik an der Intention des Gesetzes angerissen. Wir haben in Schleswig-Holstein ja Erfahrungen mit Gesetzen, die Natur- und Umweltschutz betreffen. Oft stoßen Ideologien und feste Meinungen hart aufeinander. In diesem Fall haben wir aber ein atmosphärisches Wunder. Ihre Beiträge, Frau Todsens-Reese, fand ich sehr sachlich und sehr verhalten.

Die **Stellungnahmen** der Verbände und der einzelnen Jäger nahmen die Novelle grundsätzlich positiv auf und machten sehr differenzierte und sachliche Vorschläge, die zu einem großen Teil in diesem Entwurf wiederzufinden sind. Der Minister hat hierauf hingewiesen.

Besonders hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die Stellungnahme des Landesjagdverbandes, die von großem Engagement und Sachlichkeit geprägt ist. Wenn von 40 Anregungen des Landesjagdverban-

des 20 aufgenommen worden sind, zeigt auch das die gute Atmosphäre.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Begriff „naturnahe Jagd“ läßt natürlich großen Raum für Interpretationen. Aber eines sollte hier nicht unterstellt werden: daß dieser Begriff die traditionelle Jagd diskriminieren will. Der Begriff will nur eine Stoßrichtung deutlich machen, die doch längst von den meisten Jagdbeteiligten praktiziert wird. Die **Jagd** kann und soll ein Teil des **aktiven Naturschutzes** sein. Wenn ich mich auf § 1 Abs. 3 Satz 4 beziehe, dann ist die naturnahe Jagd an sich ein „schützenwertes Gut der Allgemeinheit“. Ich denke, damit ist klargestellt, daß keine Diskriminierung oder etwas Ähnliches gewollt ist.

Der Gesetzentwurf verdächtigt nicht, er diskriminiert nicht und hebt auch nicht den moralischen Zeigefinger. Er bringt aber durchaus den Stand der Diskussion in Jäger- und Naturschützerkreisen zum Ausdruck. Ich verbinde diese beiden Gruppen bewußt in einer Wortkonstruktion, weil ich keinen künstlichen Widerstand erwecken will. Ich halte das Gegeneinander der Naturschützer und der Jäger oftmals für sehr aufgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Fangen wir jetzt bei dem wichtigsten Punkt an; das meine ich jetzt aber ironisch. Die aus dem Reichsjagdgesetz von 1934 stammende Bezeichnung „**Kreisjägermeister**“ kann bei mir - ich habe das schon an anderer Stelle gesagt - bestenfalls Assoziationen zu einem sehr bekömmlichen Getränk hervorrufen. Wenn diese Institution dann zum „**Kreisjagdberater**“ mutieren muß, kann es die Beteiligten doch nur erfreuen, daß ein Stück scheinbarer Hierarchie abgebaut worden ist.

(Klaus Schlie [CDU]: Was die für Probleme haben!)

- Klaus, man kann natürlich darüber diskutieren, ob es ein Meister oder ein Berater sein muß. Ich denke, es gibt wichtigere Probleme.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Peter Lehnert [CDU])

Die Bejagung in den sogenannten **befriedeten Bezirken** kann auch weiterhin in Ausnahmefällen erfolgen, zum Beispiel zum Zwecke einer konkreten Schadensabwehr. Diese Regelung erfolgte allerdings - auch das muß man wieder zugeben - nicht gerade zur Freude des NABU. Auch hier werden wir uns der Diskussion stellen müssen.

(Friedrich-Carl Wodarz)

Das **Fütterungsverbot** wird - es ist vorhin schon angesprochen worden - in den entsprechenden Fachkreisen sehr unterschiedlich bewertet. Ich meine aber, es ist eine überwiegende Zustimmung zu erkennen. Dieses Verbot zielt in erster Linie auf die Fütterung von Schalenwild. Mir ist eigentlich von allen Beteiligten bestätigt worden: In der Vergangenheit ist zum Teil sehr unsachgemäß gefüttert worden. Dadurch wurde verhindert, daß im Winter eine natürliche Auslese stattfand, die für die Gesundheit und die Stabilität der Bestände notwendig ist. Ich gebe aber zu: Es geht um die unsachgemäße Fütterung. Bei sachgemäßer Fütterung kann die Bewertung natürlich ganz anders ausfallen.

Wenn einige Verbände sogar noch die Ausdehnung des Fütterungsverbots fordern, so muß man natürlich anpassen, daß das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird. Denken wir zum Beispiel einmal an Seeadler, Uhus oder Rebhühner, denen längst nicht das umfangreiche Futterangebot zur Verfügung steht, wie wir es beim Schalenwild haben. Hier geht es also wirklich um den Artenschutz.

(Martin Kayenburg [CDU]: Deswegen machen Sie auch die Offshore-Anlage!)

Das Schalenwild in unserer Region, insbesondere das Rehwild, verursacht in vielen Gebieten große **Verbißschäden**, die eine natürliche Sukzession überhaupt nicht mehr zulassen, aber auch Pflanzungen nur mit teurer Einzäunung möglich machen. Der Druck des Rehwilds auf die Wälder ist zu stark, insbesondere wenn sich diese bei Störungen oder Verlust der Dekkung, also nach dem Mähen des Getreides, aber auch im Winter aus der Fläche in den Wald zurückziehen.

Lieber Claus Hopp, ich glaube, du bist lange nicht mehr im Wald gewesen; ich erinnere nur an unsere letzte Debatte. Es gibt doch die Möglichkeit, in den Revieren gatterfrei zu pflanzen und Sukzessionsflächen zu errichten. Aber das setzt eine ganz strikte Bejagung voraus,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

und es setzt die bessere Kontrolle der Abschußpläne voraus.

(Meinhard Füllner [CDU]: Da haben Sie sicherlich Erfahrung!)

- Ich denke schon, Herr Füllner!

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CDU-Abgeordneten sind ja alles erfahrene Jäger!)

In dieser Frage waren Interessenkonflikte zwischen den Waldbesitzern und auch den Forstbehörden auf der einen Seite und den Jägern auf der anderen Seite vorprogrammiert. Auch hier hat der vorliegende Gesetzesentwurf versucht, zu einem Ausgleich zu kommen. Wir werden in den Anhörungen erfahren, ob das gelungen ist.

Das Ritual der **Pflichttrophäenschau** will ich nur damit kommentieren, daß ich froh bin, daß man sich davon verabschiedet hat. Widerspruch dagegen konnte ich auch nicht ausmachen.

Ein oft angesprochener Punkt war die Verwendung der **Jagdabgabe**. Der Minister hat es schon erwähnt. Die Zuordnung und Verwendung dieses Geldes ist noch umstritten. 25 % des Aufkommens sollen den Kreisen zugute kommen, 75 % dem Land, allerdings - das muß ganz deutlich gesagt werden - mit der strikten Vorgabe, diese Mittel der Förderung des Jagdwesens zukommen zu lassen.

(Beifall des Abgeordneten Peter Lehnert [CDU])

Es soll damit nicht der öffentliche Haushalt saniert werden.

(Claus Ehlers [CDU]: Sehr richtig!)

Es ist durchaus zum Teil schon Praxis, auf **Bleischrot** bei der **Wasserrwildjagd** zu verzichten; da habe ich mich über die Aufregung gewundert. Es ist dies eine kleine, aber sehr vernünftige Maßnahme.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Auch die Praxis der **Fallenjagd** läßt die Gemüter zum Teil sehr hochkochen, wie einzelnen Stellungnahmen zu entnehmen ist. Weitgehend einig ist man sich in der Beurteilung, daß es gut ist, dafür eine Qualifizierung vorauszusetzen. Daß es zu keiner Differenzierung in der Beurteilung der Fanggeräte gekommen ist, wird noch Thema weiterer Beratungen sein. Ich halte nach meinem derzeitigen Kenntnisstand die Zulassung von Totschlagfallen insbesondere aus Gründen des Tier-schutzes für sehr fragwürdig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Ingrid Franzen [SPD])

Jeder, der einmal einen verendeten Fuchs gesehen hat, der nur mit einem Lauf in die Falle geraten war, kann erahnen, welch unsägliche Qual diesem Tier zugefügt worden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

(Friedrich-Carl Wodarz)

Dabei sind noch nicht einmal die Fehlfänge berücksichtigt, daß heißt, die Tiere, die aus Versehen in solche Fallen geraten sind. Es gibt Landesjagdgesetze, die Totschlagfallen verbieten, und ich halte es für vernünftig, sich diesem Verbot anzuschließen.

Wenn es auch selten vorkommt, so kommt es dennoch vor, daß die Anlage sogenannter jagdlicher Einrichtungen zu **Konflikten** zwischen **Grundeigentümern** und **Jagdausübungsberechtigten** führt, und zwar meistens dann, wenn ein Pächterwechsel vorlag. Ich hielt es früher nicht für möglich, aber es erstaunt mich doch, was mich in der Zwischenzeit an Schilderungen von Grundeigentümern erreicht hat, denen verfallene Gatter und Hochsitze hinterlassen wurden, ohne daß der jeweilige Jagdpächter auch nur Anstalten gemacht hätte, diese Hinterlassenschaften zu beseitigen. Das hat mich doch sehr erstaunt. Gewiß, es sind schwarze Schafe; für deren Haftbarmachung ist jetzt eine Regelung getroffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn wir jetzt schon mitten in einer engagierten Diskussion über dieses Gesetz sind, weise ich ausdrücklich darauf hin, daß es sich heute um die erste Lesung handelt. Das heißt, wir werden uns verstärkt mit den Verbänden und Betroffenen zusammensetzen, das Gespräch suchen und über ihre Anregungen diskutieren.

Der vorliegende Entwurf hat schon sehr viele gute und vernünftige Einwände aufgenommen, was aber nicht zu Freudsäußerungen auf allen Seiten geführt hat. Das haben wir sehr wohl erfahren. Die SPD-Fraktion wird sich weiterhin der Diskussion stellen und sich entsprechend in die Ausgestaltung des Gesetzentwurfes einbringen, der in der Summe gut ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Todsens-Reese.

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Einbringung des Gesetzentwurfes zur **Novellierung des Landesjagdgesetzes** hat die rot-grüne Landesregierung einen weiteren Arbeitsauftrag aus ihrem Koalitionsvertrag in Angriff genommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dort heißt es unter der Überschrift „Ökologisch verträgliche Jagd“ unter anderem:

„Eine Novellierung der jagdrechtlichen Vorschriften ist dringend erforderlich.“

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun haben Zeitströmungen schon seit jeher bei der Entwicklung des Jagdrechtes eine besondere Rolle gespielt. Da finde ich es gerade in einer ersten Lesung interessant, vor welchem Hintergrund und in welchem Klima sich die Novellierung des Landesjagdgesetzes hier in Schleswig-Holstein abspielt.

(Konrad Nabel [SPD]: Der ist sehr gut!)

Die Jagd zählt zum ältesten „Handwerk“ des Menschen und begleitet ihn seit Urzeiten. Dies wird anschaulich durch die Bezeichnung unserer ersten Kulturstufe als Jäger und Sammler.

(Claus Ehlers [CDU]: Da wollen die wieder hin!)

Während die Jagd aber früher zu den wichtigsten Lebens- und Überlebensstrategien des Menschen gehörte, ist dieser Aspekt heute völlig in den Hintergrund getreten. So haben sich auch die gesellschaftliche Bedeutung und der **Stellenwert der Jagd** gewandelt. Heute hat das Ansehen der Jagd und damit der Jägerinnen und Jäger in Teilen der Bevölkerung Schaden genommen. Bestimmt werden die Diskussionen über die Jagd jedoch meist durch Emotionen, Vorurteile und mangelndes Wissen über das, was die Jäger draußen in den Revieren tun.

(Claus Ehlers [CDU]: Eine Leitdiskussion anstellen!)

Wenn es aber darum geht, Hirschbraten mit Birnen, Preiselbeeren und Kroketten zu essen, dann sind viele dabei.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Demonstrativer Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sehen Sie, ich wußte, daß da der Beifall auch von den grünen Kolleginnen und Kollegen und insbesondere von Ihnen, Frau Fröhlich, kommt.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gut und gern essen, das ist ja auch normal.

(Zuruf von der CDU: Und da ist Frau Fröhlich dabei! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das esse ich nicht!)

Bestimmt werden die Diskussionen um die Jagd aber leider auch durch die sogenannten schwarzen Schafe - vielleicht hören Sie jetzt einmal zu, Frau Fröhlich -

(Herlich Marie Todsens-Reese)

die es ohne Zweifel auch in der Jägerschaft gibt. Für diese darf es in der Zukunft keine falsch verstandene Kameradschaft geben. Daß aber die schwarzen Schafe das Gesamtbild der Jägerschaft prägen, ist in keiner Weise sachgerecht und angemessen. Deshalb ist es wichtig, daß wir uns bei der Auseinandersetzung mit dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf nicht in erster Linie vom Eindruck der schwarzen Schafe leiten lassen, sondern von einer **Jägerschaft** ausgehen, die sich ihrer **Verantwortung** für das Wild und seinen Lebensraum sehr wohl bewußt ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Die folgenden Kernaussagen aus dem Koalitionsvertrag bestimmen nach meinem Eindruck im wesentlichen die Zielsetzung und den Inhalt des zukünftigen Landesjagdgesetzes:

„Die Jagd hat sich den ökologischen Belangen anzupassen und muß den Anforderungen des Tierschutzes gerecht werden. Vorrangig ist die Herstellung waldökologisch tragbarer Wilddichten ...

Die Jagd hat sich den Zielen des Naturschutzes unterzuordnen.“

Auch ich bekenne mich ohne Wenn und Aber dazu, daß die Jagd nur unter Berücksichtigung und Einbindung ökologischer Erfordernisse ausgeübt werden darf.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Und es ist für mich eine selbstverständliche Forderung, daß die Jägerinnen und Jäger die geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze des Tierschutzes zu erfüllen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das alles ist ja überhaupt nicht neu.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Wer sich mit dem bisher gültigen Jagdrecht und insbesondere mit den traditionellen Begriffen „Hege“ und „Waidgerechtigkeit“ auseinandergesetzt hat, der weiß, daß damit entsprechende umfassende **Pflichten** für den **Jäger** verbunden sind.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das! - Claus Ehlers [CDU]: Das kennen die doch nicht!)

Die **Waidgerechtigkeit** verpflichtet den Jäger moralisch, die Tiere zu hegen, ihnen in Notzeiten beizustehen und beim Erlegen Leiden und Qualen zu ersparen.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

Und zur **Hege** gehören eben nicht nur die Erhaltung eines artenreichen und gesunden Wildbestandes zur Trophäenschau und um Wildbret zu bekommen, sondern sehr wohl auch die Pflege und Sicherung des dazugehörenden Lebensraumes.

(Beifall bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

Und das **Prinzip der Nachhaltigkeit**, das heute alle im Munde führen, liegt im ursächlichen Interesse des Jägers, der eine langfristige Nutzung seines Wildes will. Man kann also sagen: Die Jäger sind die einzigen Naturschützer, die einen gesetzlich verankerten Auftrag haben.

Auch die grundsätzliche Forderung nach waldökologisch tragbaren **Wilddichten** kann ich im Prinzip mittragen. Ich kann mich da in Teilen dem anschließen, was Sie, Herr Minister, hier vorgetragen haben. Sicherlich muß hier aber noch über regional unterschiedliche Ausgangssituationen und über die Ziele und die Wege sowie die Instrumente zur Umsetzung diskutiert werden.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier sehe ich sehr wohl noch Gesprächsbedarf in unserem Ausschuß.

Ein Problem aber ist für mich die Forderung, die Jagd habe sich den Zielen des Naturschutzes unterzuordnen. Feindbilder - so kann ich hier nur feststellen - blitzen auf und wollen eben doch irgendwie gepflegt werden.

Ich spreche nicht von Unterordnung, sondern von Partnerschaft.

(Beifall bei der CDU)

Die Jäger gehören für mich zu den wichtigsten Partnern bei der Umsetzung von **Naturschutzzielen** und vor allen Dingen von praktischen **Naturschutzmaßnahmen**. Der **Jägerschaft** gilt an dieser Stelle mein besonderer Dank für ihre Arbeit bei der Einsammlung von toten Vögeln, bei Botulismusepidemien oder jetzt aktuell beim „Pallas“-Unglück, bei der Betreuung von Naturschutzgebieten und Artenschutzprogrammen. Hier wird praktischer Naturschutz geleistet und nicht unendlich viel Papier ohne jeden Erfolg beschrieben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Herlich Marie Todsens-Reese)

Wenn ich mir nun die Entstehungsgeschichte des jetzt vorgelegten Regierungsentwurfs ansehe, komme ich allerdings zu einer etwas anderen Bewertung und kann zusammenfassend nur sagen, Herr Minister Steenblock: Sie haben sich wieder einmal zielgenau zwischen alle Stühle gesetzt.

(Zuruf von der CDU)

Zuerst haben Sie im vergangenen Jahr mit Ihren „**Leitlinien** zur naturnahen Jagd“ die Landesjägerschaft gegen sich aufgebracht. Ich erinnere insbesondere an die leidige Diskussion über autochthone Arten. Die Stimmung wurde keineswegs entspannter, als Sie im Herbst 1998 mit einem **Referentenentwurf** auf den Markt gingen, ohne vorher einmal den hauptbetroffenen Landesjagdverband beteiligt zu haben.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das kann man so machen, aber man darf sich nicht über Reaktionen wundern.

Jetzt haben Sie einen **Regierungsentwurf** vorgelegt, der zwar - das sage ich sehr bewußt - dankenswerterweise in etlichen Punkten die Belange der Jägerschaft aufgenommen hat und zu mehr Pragmatismus zurückgekehrt ist. Es bleiben aber schwerwiegende Kritikpunkte, auf die ich noch eingehen werde.

Die Jäger sehen weiterhin mit Sorge - die Presse hat es gestern noch einmal deutlich gemacht -, daß das im **Grundgesetz** verankerte und untrennbar mit Grund und Boden verbundene **Jagdrecht** ausgehöhlt und ein unverhältnismäßiger Vorrang für den **Naturschutz** im neuen Landesjagdgesetz begründet werden soll. Kritik ernten Sie auch von den Umweltverbänden. Sie haben es schon gesagt. Wer leichtfertig hohe Erwartungshaltungen weckt, darf sich über Enttäuschung nicht wundern. So sind Sie zum Wanderer zwischen den Weltvorstellungen von Fundis und Realos geworden. Dabei verlieren Sie zunehmend Ihr Umweltprofil und damit auch Ihre Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte jetzt zu einigen Punkten und Regelungen im Gesetzentwurf kommen, die mir noch Probleme bereiten. Angesichts der kurzen Zeit kann ich sie nur anreißen, aber ich hoffe, daß wir uns im Ausschuß noch intensiv damit befassen werden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen wir!)

Ich beginne mit einem Knackpunkt, dem **Nachtjagdverbot**. Das Bundesjagdgesetz läßt den Ländern in dieser Frage einen Spielraum. Mit der bisherigen Lösung einer zeitlich eingegrenzten, aber generellen Ausnahmeregelung konnten alle gut leben. Die jetzt

vorgesehene restriktivere Ausnahmemöglichkeit, die jeweils eine Antragstellung erforderlich macht, erscheint praxisfern und sehr bürokratisch. Deshalb plädiere ich dafür, an der bisherigen Regelung festzuhalten. Hier gibt es ja auch schon erste positive Signale. Darum fällt es mir auch nicht ganz leicht - das muß ich schon zugeben -, noch einmal auf den Artikel in den „LN“ von gestern zurückzukommen, in dem argumentiert wird, daß das Nachtjagdverbot bisher aufgrund der Forderungen des Tierschutzes hineingekommen sei. Uns hat der Vorsitzende des Landestierschutzverbandes, Herr Hartwich, ganz klar gesagt, er habe mit der Nachtjagd kein Problem.

(Zuruf von der CDU: Hört! Hört!)

Dies macht uns allen dann vielleicht auch ein Einschwenken leichter möglich. Ich habe auch ein Problem mit einem weiteren Zitat aus diesem Artikel. Zum Fütterungsverbot heißt es wörtlich: „... um das Massenabschlachten der Tiere zu verhindern.“ Diese Aussage läßt doch den Schluß zu, daß der obersten Jagdbehörde davon etwas bekannt ist. Ich frage Sie an dieser Stelle: Was hat denn die oberste Jagdbehörde bisher gegen das Massenabschlachten, wie Sie es nennen, getan?

Ich bin dankbar, Herr Kollege Wodarz, daß Sie zum Thema **Fütterung** gesagt haben - so habe ich Sie verstanden -, daß wir in dieser Hinsicht noch gemeinsam Diskussionsbedarf haben. Das Kind mit dem Bade auszuschütten, damit hätte ich große Probleme. Ich habe - ähnlich wie Sie - aufgenommen, daß viele ein generelles Fütterungsverbot befürworten, ich glaube aber, wir sollten hier sorgsam hingucken, ob wir unserer Verpflichtung, die sich aus der Hegepflicht ergibt, immer noch gerecht werden. Ich bin gegen den Mißbrauch von Fütterungen, aber ich wäre dankbar, wenn wir uns hier gemeinsam überlegten, ob es eine pragmatische Lösung geben kann.

(Beifall bei der CDU)

Ein erhebliches Problem habe ich mit dem Thema der **Hegegemeinschaften** und mit der Aufhebung der Möglichkeit zur Zwangsverpflichtung, in Hegegemeinschaften Mitglied zu sein. Wenn wir dies tun, führen wir die eigentliche Zielsetzung der Hegegemeinschaften ad absurdum. Ich bitte darum, daß wir noch einmal intensiv darüber nachdenken.

Ein ebenso gravierender wie sehr sensibler Punkt ist das sogenannte **Forstprivileg**. Ich meine damit, daß die Abschlußpläne der staatlichen Reviere - zum Beispiel der Forstämter - von der obersten Jagdbehörde und nicht von der unteren Jagdbehörde im Zusam-

(Herlich Marie Todsens-Reese)

menwirken mit dem Jagdbeirat genehmigt werden. Dies halte ich für sehr problematisch.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist sehr vernünftig!)

Wir sollten gemeinsam darüber nachdenken, ob wir hier nicht zu der Lösung kommen, daß auch diese Abschlußpläne von der unteren Jagdbehörde im Zusammenwirken mit dem Jagdbeirat, in dem auch die Forst vertreten ist, gelöst werden können.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt noch eine Reihe von Punkten, die vorhin bereits angesprochen worden sind, aus denen deutlich geworden ist, daß wir noch einen erheblichen Beratungsbedarf haben. Ich denke an die Aussagen zum Thema Bleischrot, zur Gatterung, zur Jagdabgabe, zum Abbau von Jagdeinrichtungen - Herr Kollege Wodarz, darin sind wir uns einig.

(Glocke des Präsidenten)

Ich hoffe auf eine konstruktive Beratung im Ausschuß und auf ein an der Praxis orientiertes modernes Landesjagdgesetz, das auf eine Landesjägerschaft baut, die sich traditionell der Waidgerechtigkeit, der Hege, dem Prinzip der Nachhaltigkeit und dem Naturschutz verpflichtet fühlt. Ich freue mich auf interessante Diskussionen im Umweltausschuß und auch auf die Anhörung, die wir gemeinsam schon beschlossen haben.

(Glocke des Präsidenten - Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Kann ich hier schon anfangen? - Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die **Novellierung des Jagdgesetzes** ist keine leichte Übung. In unserer urban geprägten Gesellschaft findet ein solch archaisches Thema wenig Verständnis. Das Meinungsspektrum reicht von Sonntagsvergnügen, das die Zugehörigkeit zu höheren Schichten der Gesellschaft vermittelt - sozusagen das standesgemäße Hobby -, über Mitleid mit den armen Tieren bis hin zu „Jagd ist Mord“: die treuen Bambiaugen - und der Jäger knallt aus purem Vergnügen einfach drauf.

Althergebrachte Traditionen auf der einen Seite und ein festgefügtes Rollenverständnis auf der anderen Seite erschweren es, zueinanderzufinden und das Jagd-

recht an neue, gesellschaftliche Anforderungen anzupassen. Deshalb ist es um so erfreulicher, daß dieser Gesetzentwurf auch von seiten der Jagd in weiten Teilen positiv aufgenommen wird. Herr Minister Steenblock, Sie haben es verstanden, dieses emotional besetzte Thema in einem rationalen Diskurs unter Einbeziehung eines breiten Spektrums der gesellschaftlichen Akteure konstruktiv abzuarbeiten,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe: Oh! Oh!)

ohne daß die Wellen allzu hoch schlugen. Das ist schon eine reife Leistung. Ich spreche Ihnen und Ihren Mitarbeitern für diese Arbeit im Namen meiner Fraktion Dank und Anerkennung aus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gesetzeswerk kann sich sehen lassen. Es enthält eine ganze Reihe fortschrittlicher Neuerungen, die bisher zum Teil bundesweit ohne Beispiel sind. Zunächst einmal begrüßen wir die grundlegende Philosophie der naturnahen Jagd, wie sie in § 1 des Gesetzes als Ziel formuliert wird. Unser **Leitbild** ist die naturnahe Jagd als eine nachhaltige **Nutzung natürlicher Ressourcen**. Der Erhalt und die Entwicklung biologischer Vielfalt und ganz besonders der Schutz der Waldökosysteme sind dabei wesentliche Eckpunkte. Zu diesem Leitbild gehören ortsansässige Jäger, die die Region kennen, die in ihrem Revier zu Hause sind und es wie ihre Westentasche kennen.

Diese reviernaher, im ländlichen Raum verankerte Jagd gilt es zu unterstützen. Weniger gern sehen wir den dunkelhaften, von weit her anreisenden Hobbyisten, der mit seinem dicken Portemonnaie über die Jagdpacht heimische Jäger verdrängt, sich dafür aber selten vor Ort blicken läßt, weil er in der Regel wenig Zeit hat.

Zur Jagd gehören Engagement, Pflege des Reviers und genaue Kenntnisse vor Ort.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Hauptproblem sind die übermäßig großen Bestände an Schalenwild. Gerade die Träger der treuen großen Bambiaugen werden von Förstern und Naturschützern gern als kleine braune Waldscheren bezeichnet.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Naturverjüngung unserer **Wälder** kann nicht stattfinden, weil die Rehe die Triebe junger Bäume

(Detlef Matthiessen)

abfressen, weil Rot- und Dammwild die Bäume schälen und fegen, Krummholz und Rotfäule verursachen. Der **Wildschutz** verursacht gigantische Kosten. Einzäunung von Naturverjüngungen und Anpflanzungen oder das Einschmieren von Bäumen mit Abweisungsstoffen sind unverzichtbare Bestandteile forstlicher Tätigkeit.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die über Jahre beständig angestiegenen Wildstrecken sprechen für sich. Die Schalenwildbestände müssen durch scharfe Bejagung deutlich reduziert werden. Das bedeutet auch gleichzeitig höhere Anforderungen an das jagdliche Engagement und auch an das handwerkliche Können der Jäger. Die bisherige Methode, die Abschlußpläne durch Bestandsschätzungen und -zählungen festzulegen, hat sich eindeutig nicht bewährt. Die Einführung von Verbißgutachten, die Orientierung der Abschlußfestsetzung an sogenannten Weisern stellt einen deutlichen Fortschritt dar.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Praxis muß zeigen, ob der Traum von der Naturverjüngung unserer Wälder ohne Zaunbau eine Chance hat. Es gibt eine ganze Reihe weiterer positiver Punkte, zum Beispiel das weitgehende Verbot der Wildfütterung.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade bei der **Fütterung** liegen Anspruch und Wirklichkeit oft sehr weit auseinander. Fütterung in Hochsitznähe, das Anlocken von Wild mit Bananen und Marzipan dient nicht so sehr der notleidenden Kreatur, sondern vielmehr der Bequemlichkeit des Jägers, seine Abschüsse in unserer von Zeitmangel geprägten Gesellschaft auch termingerecht zu erledigen. Nicht selten kommt es vor, daß übriggebliebenes Kaff- oder Kraftfutter in den nahegelegenen Teich oder Bach geschoben wird. Dies gehört jetzt hoffentlich der Vergangenheit an.

Wir verbinden damit auch die Hoffnung, daß ein Trend zu **Jagdmethoden**, die von Alters her bekannt sind, einsetzt. Gemeinschaftsjagden, Drückjagden mit spurlauten Hunden führen zu großen Strecken, die Abschlußquoten werden effizient erfüllt, das Jagdvergnügen und das Gemeinschaftsgefühl werden gestärkt. Solche Jagdformen kommen auch den Bedürfnissen revierferner Jäger, die nicht so viel Zeit haben, entgegen. Diese sehen wir dann allerdings auch am liebsten in der Rolle der Mitläufer. Letztendlich wird mit diesen Methoden auch die Wildbeunruhigung vermindert.

Das natürliche Verhaltensrepertoire der Tiere, das von Tagaktivität geprägt ist, kann sich entwickeln.

Ich möchte einige weitere positive Punkte des Gesetzentwurfs hervorheben: weniger Bürokratie durch dreijährige **Abschlußpläne**, Demokratisierung bei der Wahl des Jagdberaters, naturnahe **Reviergestaltung** und Monitoring, übermittelt aus dem Jagdsteueraufkommen, das Verbot der Errichtung von **Jagdgattern**, die Möglichkeit der **Ausweisung von Wildschutzgebieten**, um nur einige Stichworte zu nennen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein besonderes Highlight - weil es in der Bundesrepublik erstmalig so geregelt wird - ist das **Verbot** der Verwendung von **Bleischrot**.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein großer Fortschritt sind auch die restriktiven Regelungen, die das **Aussetzen** von Wild betreffen. Damit wird ein Schlußpunkt unter ein trauriges Kapitel sogenannter Gesellschaftsjagden gesetzt. Es ist mir völlig unbegreiflich, daß sich manche sogenannten Jäger dafür hergeben, künstlich aufgezogene Fasane, die man durch lautes Rufen und Stockschlagen aufreiben muß, waidgerecht in der Luft abzuballern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Klatschen reicht auch!)

Das Fliegen haben die armen Tiere in der Aufzucht leider nicht besonders gut gelernt. Nicht selten kommt es vor, daß ihnen zuvor noch nicht einmal die Scheuklappen entfernt werden, die nötig sind, um den Kannibalismus in der Massentierhaltung zu unterbinden. Mit dem Leitbild eines bodenständigen Jägers vor Ort, der sein Revier kennt, der sein Handwerk beherrscht, hat solches Treiben aber auch rein gar nichts zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Verbesserung der Jagdmethoden ist auch durch die restriktive Regelung der **Fallenjagd** in § 28 des Gesetzentwurfs gelungen. Aus Sicht meiner Fraktion sollten wir in der anstehenden parlamentarischen Befassung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ein vollständiges Verbot der Fallenjagd diskutieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenso halten wir eine Überarbeitung des § 23 des Gesetzentwurfs erforderlich. Herr Minister, ich darf aus dem Gesetz zitieren:

„Ist das Wild für einen sicheren Schuß nicht erreichbar, haben sie“

(Detlef Matthiessen)

- die oder der Jagdausübungsberechtigte -

„die Stelle des Überwechselns kenntlich zu machen und das Überwechseln den Jagdausübungsberechtigten oder deren Beauftragten des angrenzenden Jagdbezirkes sowie der von der Nachsuche voraussichtlich berührten weiteren Jagdbezirke unverzüglich anzuzeigen.“

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

In diesem Tenor geht es in gutem Rechtsdeutsch noch über viele Zeilen weiter.

Hier geht es um Tierschutz. Ein Drittel des Rehwildbestandes wird Opfer des Kraftverkehrs. Die revierübergreifende **Nachsuche** muß ohne großes Brimborium - wie etwa Anmelden beim Nachbarrevier und dergleichen - möglich sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen einfache und klare Regelungen, die eine unverzügliche, unbürokratische und rechtssichere Nachsuche mit Hund und Waffe bei krankgeschossenem und angefahrenem Wild sicherstellen. An dieser Stelle kann das Gesetz - meines Erachtens - noch schlanker gemacht werden, dann kommen wir vielleicht wieder von den 6 % in die ursprüngliche Verschlingung des Gesetzeswerkes. Ich meine, das ist auch eine Forderung des Landesjagdverbandes. Es entspricht in der Regel auch der gängigen Praxis zwischen den meisten Revieren, wo ein normales freundschaftliches Verhältnis herrscht.

Weiteren Änderungsbedarf sehen wir in § 1 Abs. 3 des Gesetzentwurfs. Da muß das Wort „Hege“ raus - ein unbestimmter Rechtsbegriff, der noch aus den Zeiten eines Hermann Göring stammt. Der Begriff hat vielleicht viel mit Aufpäppeln von Trophäenträgern zu tun, aber wenig mit naturnaher Jagd.

Die **Naturschutzverbände** NABU und BUND, die meinen Minister Rainer Steenblock so heftig kritisiert haben, haben als Beleg ihrer Empörung unter anderem den vorliegenden Gesetzentwurf angeführt. Sie scheinen offenbar die lange Liste aus der Sicht des Naturschutzes außerordentlich positiver Punkte übersehen zu haben, auf die ich in meiner Rede hingewiesen habe.

Auch in dem Punkt der Jagd auf Rote-Liste-Tierarten folge ich ihnen nicht. Die **Roten Listen** ändern sich je nach Bestandsentwicklung. Dieser Punkt ist sinnvollerweise nicht gesetzlich, sondern über Verordnung zu regeln - einmal abgesehen davon, daß Minister Steenblock die Jagd auf Rote-Liste-Tierarten im Landesforst schon längst verboten hat. Die Novelle des Landes-

jagdgesetzes ist Ihnen außerordentlich gut gelungen, Herr Minister!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Matthiessen, ob der Schlußsatz nun so ganz den Beifall der Opposition finden kann, wage ich doch zu bezweifeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ansonsten möchte ich sagen, daß mal wieder ein herz-erfrischender - nahe am Volk stehender - Beitrag gelungen ist, der uns in diesem Haus immer wieder erfreut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jede **Kulturlandschaft** braucht die **Jagd**. Sie ist unverzichtbar. Gerade in den von Menschen besonders geprägten Regionen ist die Jagd auch in besonderem Maße erforderlich, weil menschliche Nutzung in aller Regel die Bedingungen für freilebende Tierarten beeinflusst und dadurch eine Regulierung bestimmter Arten durch den Menschen erforderlich macht.

Die F.D.P.-Fraktion sieht die Novellierung des Gesetzes nicht als vordringliches Reformvorhaben an. Einer sachgerechten Überarbeitung werden wir uns nicht in den Weg stellen. Im Allgemeinen Teil der Begründung heißt es - Herr Matthiessen hat das mehrfach angeführt -, das Gesetz werde mit der Novellierung „gestrafft“. Es wird auf die eigenverantwortliche Aufgabenerfüllung der Jägerschaft hingewiesen. Damit wäre ich einverstanden. Aber es sind doch nur schöne Worte.

Als die F.D.P.-Fraktion am Anfang dieser Legislaturperiode ihren Vorschlag einbrachte, die Bejagung der Rabenvögel, wo diese erforderlich ist, in die Verantwortung der Jägerschaft zu stellen, statt sie über Verordnung zu regeln, die von den unteren Naturschutzbehörden umzusetzen ist, stießen wir auf Ablehnung. Angesichts Zehntausender von Krähen regiert das Mißtrauen in der Landesregierung, es könnte eine zuviel abgeschossen werden. Soviel zum Thema Vertrauen.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Die **Delegation von Verantwortung** setzt Vertrauen voraus. Ich frage: Hat Rot/Grün wirklich Vertrauen in die **Jägerschaft**? Die Einfügung des Zusatzes „naturnah“, die ein Kennzeichen des vorgelegten Entwurfs ist, entspricht dem Zeitgeist. Sie ist Teil grüner Symbolpolitik. Die schmückenden Anhängsel „Natur“ und „Bio“ sind Modewörter und inzwischen Marketinginstrumente geworden. Wir müssen aufpassen, daß grüne Politik uns nicht die Farbe Grün entwertet. Das wäre doch schade. Grün ist schön!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ob in dem Gesetz von naturnaher Jagd gesprochen wird oder nicht, ist unerheblich. Jede Jägerin, jeder Jäger versteht ihre beziehungsweise seine Tätigkeit als naturnah. Viele schöpfen aus der Tätigkeit in der Natur Freude, und die wollen wir ihnen lassen. Sie bringt Wissen über Natur mit, und dieses Wissen über die Natur brauchen wir.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Verbissene Gutmenschen kritisieren allein schon die Tatsache, daß Jägerinnen und Jäger gern jagen, gern die vielfältigen Pflichten ausüben, zu denen sich Jägerinnen und Jäger verpflichtet haben. Dies wird augenfällig in der Stellungnahme des BUND, in der es heißt: „... damit das Töten als Sport und ohne jegliche ökologische Bedeutung ein Ende hat.“ In unserer vielfältig genutzten Kulturlandschaft gibt es zahlreiche weitere Gründe, die die Jagd rechtfertigen, ja geradezu herausfordern, und nicht nur ökologische Gründe. Eine solche verengte Sichtweise ist ungeeignet, die Erfordernisse zu formulieren, die an ein modernes Jagdgesetz zu stellen sind.

Wer sollte denn die ölverschmierten Enten nach dem „Pallas“-Unglück alle einsammeln? Wer hat das denn gemacht? Wir müssen doch einmal erkennen, in welchen vielfältigen Bereichen wir Jäger brauchen und ihre Bereitschaft, sich freiwillig zu engagieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Einige der von der Regierung zu Recht abgelehnten **Vorschläge** verschiedener Verbände zielen darauf, die bei Jägerinnen und Jägern übliche Sprache aus dem Gesetz heraushalten zu wollen. Ich nenne den „Kreisjägermeister“; wir haben darüber gesprochen. Ein weiteres Beispiel ist der Begriff „Hege“. Mit Worten verbinden sich auch emotionale Bindungen; wer die Worte nicht will, will auch diese Bindungen nicht. Diese Art des Kulturkampfes im kleinen gegen die Jägerschaft lehnen wir ab.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der Entwurf des Jagdgesetzes beschreibt im ersten Paragraphen in vier Absätzen die Ziele und Grundsätze der Jagd.

Absatz 3 scheint uns problematisch zu sein. Zum Beispiel ist die Erhaltung der Knicks inhaltlich zwar nicht zu beanstanden, aber als Grundsatz für die Jagd ist er ungeeignet. Es ist Aufgabe der Verordnungen, für geschützte Gebiete in jedem Einzelfall zu bestimmen, in welcher Weise sich der Schutzzweck mit der **Jagd** vereinbaren läßt. Ein grundsätzliches Verbot der Jagd in **Schutzgebieten** lehnt die F.D.P. ab.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jawohl!)

Die von den Naturschutzverbänden vorgetragene Ablehnung der jagdlichen **Hege** können wir nicht nachvollziehen. Im Rahmen der Hege sind von Jägerinnen und Jägern wichtige Biotopmaßnahmen erfolgt. Es macht keinen Sinn, darauf verzichten zu wollen, nur weil der Begriff aus der Jagd stammt.

(Beifall der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Die in § 4 getroffenen Festlegungen **befriedeter Bezirke** sollten nach Auffassung der F.D.P. überarbeitet werden. Die Vorschrift ist zu unbestimmt, und es öffnet möglicherweise der Willkür Tor und Tür, wenn Flächen zu befriedeten Bezirken erklärt werden können, sofern überwiegende Gründe des Allgemeinwohls dies erfordern. Der Begriff Allgemeinwohl ist zu unbestimmt. Es entsteht der Verdacht, daß die Landesregierung auf diesem Weg die Jagd auf Flächen verbieten will, die Jägerinnen und Jäger selbst als Biotope gestaltet haben, wie zum Beispiel Flächen der Stiftung „Pro Natur“. Damit würde freiwilliges Engagement behindert, wenn nicht zerstört. Und wir brauchen gerade das freiwillige Engagement der Jäger.

Es ist strittig, ob **Hegegemeinschaften** nur für Hochwildbestände sinnvoll sind. Ich kann nicht erkennen, warum das Gesetz andere Hegegemeinschaften nicht zulassen sollte.

Aus der **Landesjagdabgabe** sind in der Vergangenheit sehr erfolgreiche Projekte des Artenschutzes gefördert worden. Es muß sichergestellt sein, daß die Verwendung der Jagdabgabe im Einvernehmen mit denen geschieht, die sie aufbringen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der Gesetzentwurf der Landesregierung will am **Forstprivileg** festhalten. Für landeseigene Jagdbezirke soll weiterhin die oberste Jagdbehörde zuständig sein und nicht die unteren Jagdbehörden der Kreise. Als Begründung wird angegeben, daß die Vorbild-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

funktion der landeseigenen Jagdbezirke erhalten bleiben soll.

Angesichts des in der letzten Sitzung diskutierten Forstberichts, der von Wildschäden in Höhe von 3,6 Millionen DM berichtet - allein in den Landeswäldern -, ist zu fragen, ob die Eigenjagdbezirke des Landes wirklich vorbildlich geführt werden. Es wird auch darüber zu diskutieren sein, ob es zielführend ist, die Zuständigkeit von Jagdbehörden davon abhängig zu machen, wem die Flächen gehören. Land und Bund sollen für ihre **Waldflächen** jeweils Jagdbehörde sein, für private und kommunale Waldbesitzer soll es die jeweilige untere Jagdbehörde sein. Nach Auffassung der F.D.P. besteht in dieser Frage Diskussionsbedarf.

Es hat sich inzwischen herumgesprochen, Herr Matthiessen - man sollte nicht nur die schwarzen Schafe zitieren, sondern auch zur Kenntnis nehmen, daß das in der Jägerschaft inzwischen bekannt ist -, daß das **Füttern von Wild** außerhalb von Notzeiten unsinnig ist und daß man es unterlassen sollte. Ich denke, daß sich in der Jägerschaft ein Denkprozeß breitgemacht hat, den man einfach anerkennen muß.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Daher erscheint mir die Regelung, daß Ausnahmen vom generellen Fütterungsverbot in Notzeiten bei der Jagdbehörde beantragt werden müssen, als allzu bürokratisch. So wird die rechtzeitige Fütterung bei Notzeiten erschwert, wenn nicht verhindert. Das widerspricht dem Gedanken des Tierschutzes.

Beim **Nachtjagdverbot** - Frau Todsens-Reese hat es erwähnt - wird wiederum der Tierschutzgedanke zur Begründung herangezogen. Angesichts der heute vorhandenen technischen Möglichkeiten hervorragender Nachtsichtgeräte ist die Sorge, daß Jäger ohne Tageslicht notwendigerweise unsicher schießen, unberechtigt. Im übrigen bewirkt das Nachtjagdverbot, daß es für die Jäger noch schwieriger wird, die Abschußpläne und damit das vom Land vorgegebene Ziel der Minderung der Wildbestände zu erfüllen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Vorstellung, auf Antrag hin bei bestimmten Begründungen die nächtliche Jagd zuzulassen, ist bürokratisch und zeugt davon, daß Ziel der Novellierung eben nicht die eigenverantwortliche Aufgabenerfüllung der Jägerschaft ist.

Dagegen ist es richtig - und darin stimme ich auch dem Kollegen Matthiessen zu -, für das **Aussetzen von Wild** eine Genehmigung zu fordern. Das bedeutet mehr Bürokratie - das ist richtig -, doch diese ist ge-

rechtfertigt, um sicherzustellen, daß die Ziele des Naturschutzes angemessen berücksichtigt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt weitere kontroverse Punkte wie die Einschränkung der **Fallenjagd**, die Verwendung von **Bleischrot**, um nur einige zu nennen. Wir werden diese Punkte in der Anhörung aufgreifen und mit den Verbänden diskutieren.

Das Umweltministerium hat die eingegangenen Stellungnahmen der Verbände zum Referentenentwurf in einer Synopse gut aufgearbeitet. Dafür danke ich im Namen der F.D.P.-Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Umweltministeriums.

(Beifall bei F.D.P., CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Danke, Herr Kollege Kubicki; der Beifall war hoch erforderlich.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichwohl, liebe Frau Kollegin Fröhlich, aus der Sicht der F.D.P.-Fraktion besteht - wie ich ausgeführt habe - an verschiedenen Stellen des Gesetzentwurfs Änderungsbedarf. Wir hoffen, daß die gegensätzlichen Vorstellungen in der Anhörung argumentativ vorgebracht werden und wir eine an der Sache orientierte konstruktive Beratung führen werden.

(Beifall bei F.D.P., CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Tatsache, daß das **Landesjagdgesetz** zuletzt im Jahre 1978 - also vor mehr als 20 Jahren - geändert wurde, ist eine grundlegende Überarbeitung kein Luxus, denn das geltende Landesjagdgesetz weist mittlerweile doch Defizite auf, die sich unter anderem aus den veränderten ökologischen Bedingungen ergeben. Dies haben auch schon andere Bundesländer erkannt und ihre Landesjagdgesetze in den neunziger Jahren dahin geändert, daß eben diese veränderten ökologischen Bedingungen aufgenommen wurden.

Daß es der Landesregierung gelungen ist, das Landesjagdgesetz trotz der Neuregelungen um zirka 6 % zu reduzieren, begrüßen wir natürlich. Ich möchte an dieser Stelle aber auch noch einmal die Anmerkung

(Anke Spoorendonk)

des Kollegen Matthiessen aufgreifen und sagen, daß man es nach meinem Empfinden noch weiter reduzieren könnte.

Es hat in der Phase der Anhörungen zu dem Gesetzentwurf allein vom **Landesjagdverband** einen 50 Seiten starken Katalog von **Änderungsvorschlägen** gegeben. Ein beachtlicher Teil dieser Änderungsvorschläge wurde letztlich bei der Novellierung berücksichtigt. Auch dies finden wir gut, weil dadurch wieder einmal bestätigt wird, wie wichtig Anhörungen im Gesetzgebungsprozeß sind.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Für den SSW ist es wichtig, daß das Gesetz wildbiologische, wissenschaftliche und rechtliche Erkenntnisse aufnimmt und auch umsetzt. Die ökologischen Gesamtzusammenhänge müssen stärker berücksichtigt und verknüpft werden. Daher sehen wir in der Einführung des Begriffs der **naturnahen Jagd** - der unter anderem das Prinzip der Nachhaltigkeit berücksichtigt - eine gelungene Neuregelung des Landesjagdgesetzes.

Gerade der Forstbericht des letzten Jahres hat uns ja vor Augen geführt, daß hier wirklich etwas geschehen muß. Ich möchte einmal in Erinnerung rufen, daß es darin ja um die großen Populationen von **Schalenwild** ging und daß diese großen Populationen von Schalenwild bekanntlich im Bereich forstlicher **Neuanpflanzungen** zu erheblichen Verbißschäden führen, denen nur mit einem beachtlichen Kostenaufwand für Wildabwehrmaßnahmen entgegengewirkt werden konnte. Dies wiederum liegt daran, daß sich die Abschlußplanung in dem ursprünglichen Jagdgesetz auf kaum praktikable Bestandszählungen und die entsprechenden Wildzuwachsrechnungen gestützt hat. Daher sehe ich in der vorgesehenen Abschlußregelung eine gute Chance, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

§ 17 des Entwurfs sieht vor, daß die Jagdbehörde eine zwanzigprozentige Überschreitung des Abschlußplans zulassen kann und daß sich die vorgesehene **Abschlußplanung** künftig an „Weisern“ orientiert. Daß diese Pläne nur alle drei Jahre überarbeitet werden sollen, führt zu einer Vereinfachung der Verwaltung und ist daher auch aus pragmatischen Gründen begrüßenswert.

Der beträchtliche Anstieg der Schalenwildpopulation liegt nicht zuletzt darin begründet, daß unsere heutige Kulturlandschaft diesen Tierarten eine hervorragende Nahrungsgrundlage bietet. Deshalb ist auch der geplante § 18 - **Fütterung des Wildes** - mit seinem Zufütterungsverbot nur sinnvoll. Ausnahmen können - wie es im Gesetz heißt - in Notzeiten von der Jagdbehörde genehmigt werden.

Denn die Praxis hat uns gezeigt, daß die Bereiche, in denen zugefüttert wurde, übermäßig stark frequentiert wurden und daß sich der Wilddruck daher negativ auf den Gehölzbestand ausgewirkt hat. Durch das Zufütterungsverbot wird dies verhindert.

Eine solche geplante Fütterungsregelung wird heute auch von anderen Bundesländern durchgeführt, und ich bin mir bewußt, daß dieser Punkt durchaus kontrovers diskutiert worden ist. Ich möchte hinzufügen, daß es aus unserer Sicht gerade um dieses unsachgemäße Füttern geht, ich denke aber, daß das auch im Ausschuß noch einmal zu klären ist. Ich denke auch, daß die Anregung der Kollegin Happach-Kasan aufgegriffen werden muß, ob man das weniger bürokratisch regeln kann.

Da in dem heute geltenden Jagdgesetz die Belange des Tierschutzes zum Teil nur untergeordnet berücksichtigt werden, ist es nur logisch, daß der **Tierschutz** in einer neuen Fassung verstärkt zum Tragen kommt.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb sind die vorgesehenen Regelungen - neue Voraussetzungen für die Jagd mit Fallen, Verbot der Errichtung von Jagdgattern und das Nutzungsverbot von Bleischrot bei der Jagd von Wasserwild - nach der Meinung des SSW sehr vernünftig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Auch hier will ich hinzufügen, daß es bei den weiteren Beratungen durchaus auch noch zu Änderungen kommen kann, zu Präzisierungen. Wir haben - ich denke, das darf man niemals vergessen - hier die erste Lesung eines Gesetzentwurfs, und wir wollen ja als Parlament auch den weiteren Verlauf mitbestimmen und mitgestalten.

Tierschutz ist schon aus moralischen und ethischen Gründen wichtig. Wir können nicht zulassen, daß Jagdgatter die Wildwanderung stören und daß sich Tiere darin aufhängen oder daß das Wasserwild qualvoll an Bleivergiftung durch aufgenommene Schrotkugeln verendet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Aus tierschutzrechtlichen Gründen ist auch die vorgesehene Regelung sinnvoll, daß heimisches Wild nur noch mit jagdbehördlicher Genehmigung ausgesetzt werden darf, weil damit verhindert werden soll, daß

(Anke Spoorendonk)

das **ausgesetzte Wild** - wie es heute zum Teil praktiziert wird - anschließend bei Gesellschaftsjagden abgeschossen wird.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin aber der Meinung, daß im Bereich Tierschutz noch Ergänzungsbedarf besteht. Auch der Landesjagdverband sieht ja Änderungsbedarf zum Tierschutz und fordert deshalb, daß Verkehrsunfälle mit Wild unverzüglich beim zuständigen Jagdausübungsberechtigten oder auch bei der nächsten Polizeidienststelle zur Anzeige gebracht werden müssen.

Wenn man bedenkt, daß jährlich etwa 20.000 Tiere angefahren werden - das entspricht einem Drittel des schleswig-holsteinischen Schalenwildbestandes -, ist es nach unserer Ansicht nötig, daß es zu einer unverzüglichen Meldung kommt; das heißt, es muß einfach mehr passieren als das, was im Landesjagdgesetz vorgeschrieben ist.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Alles in allem können wir dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen. Ich habe vorhin gesagt, in der Ausschußberatung wird es noch möglich sein, einige Punkte aufzugreifen und zu hinterfragen.

Für uns zählt aber dabei in erster Linie, daß die notwendige Verknüpfung von Wild und Wald erfolgt ist und daß wesentliche Aspekte des Tierschutzes in den Entwurf aufgenommen worden sind. Ich hoffe, daß dabei letztlich ein Landesjagdgesetz herauskommen wird, in dem mehr Vertrauen als Mißtrauen zum Ausdruck gebracht wird.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Ich denke mir, wir sollten das im Ausschuß sachlich und konstruktiv beraten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall' Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Wortmeldung der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay, Sie haben das Wort zu einem Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dies ist ein Beispiel dafür, daß man zwar mit viel Schwung lospringt, aber dennoch vielleicht zu kurz landen kann, aber wir befinden uns ja erst in der ersten Lesung. Bei meiner knappen Zeit muß ich mich leider auf Kritikpunkte beschränken.

Mit ökologisch verträglicher Jagd - und daher zukunftsweisend, wie im Koalitionsvertrag nachzulesen - haben weder das Beibehalten der **Fallenjagd** - darauf wurde von anderen Vorrednern schon hingewiesen; es besteht ja noch Hoffnung, daß wir das vielleicht doch noch herauskriegen - noch die nach wie vor erlaubte Jagd von Arten, die auf der **Roten Liste** stehen, etwas zu tun.

Fangjagd ist erstens für keine Wildart erforderlich und zweitens - entgegen den Behauptungen aus der Jägerschaft - nicht selektiv. Daher läßt zum Beispiel das saarländische Jagdgesetz als Kompromiß nur Lebendfallen zu, Totschlagfallen sind verboten. Es geht also auch anders. Mir wäre es am liebsten, Fallen würden überhaupt nicht mehr zugelassen.

Tiere, die gefährdet und deswegen in Roten Listen erfaßt sind, gehören nicht vor eine Flinte. Die Überarbeitung der Landesjagdzeitenverordnung ist also dringend erforderlich. Es müssen hier endlich klare Vorgaben festgelegt werden, unter anderem auch wegen der Schonung von Tierarten, die - wie die Waldschneppfe und einige Entenarten - nur als Zugvögel oder als Wintergäste in Schleswig-Holstein sind beziehungsweise nur kleine oder gar keine Brutbestände hier haben, oder aber von Tierarten, die bei uns nur in geringen Beständen vorkommen wie Baumarder und Rebhuhn.

Weiter negativ zu bewerten ist die uneingeschränkte Jagdbefugnis auf Flächen unter **Eigenjagdgröße**. Wenigstens die Möglichkeit der Jagdeinschränkung unterhalb der Schalenwildgrenze hätte im Jagdgesetz genutzt werden können. Vielleicht bewegt sich ja auch in dem Bereich noch etwas.

Die im vorliegenden Entwurf eingefügten sogenannten **Wildschutzgebiete** - das geht schon deutlich unter die vom Naturschutz gewünschten befriedeten Gebiete zurück - werden an der Tatsache scheitern, daß kaum jemand die Mühe, den Nachweis der besonderen Bedeutung dieser Fläche zum Beispiel für Marderarten erbringen zu müssen, auf sich nehmen

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay)

wird. Laien können dies außerdem nicht leisten, und selbst wenn sie sich dazu bereit finden, steht letztlich eine Ermessensentscheidung an.

Fazit: Ein Eigentümer kann nicht über die Form der Jagdausübung auf seinen Flächen - zum Beispiel den Verzicht auf Jagd - entscheiden. Hier sollte umgehend eine Initiative auf Bundesebene erfolgen.

Ich habe mit Freude und Erstaunen festgestellt, daß die **Anregungen des Landesjagdverbandes** zu 50 % aufgenommen worden sind. Ich glaube, der Kollege Wodarz hat das vorhin erwähnt. Ich denke, dann, wenn die **Anregungen der Naturschutzverbände** auch zu 50 % aufgenommen worden wären, hätte es weniger Probleme gegeben.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das sind die anderen 50 %!)

- Die Anregungen der Naturschutzverbände kommen vielleicht auf 5 bis maximal 10 %. Vielleicht sollte man dieses Ungleichgewicht dann im Rahmen der Anhörungen und in den Ausschüßberatungen auszugleichen versuchen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wurden Sie heute eigentlich schon gemobbt, Frau Winking-Nikolay?)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Umweltausschuß zu überweisen. Nur dem Umweltausschuß? - Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einmütig so beschlossen.

(Claus Hopp [CDU]: Herr Präsident, bitte mitberatend dem Agrarausschuß! - Holger Astrup [SPD]: Was? - Zuruf: Die Abstimmung ist bereits erfolgt!)

- Wenn das Hohe Haus einverstanden ist, will ich das wiederholen lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

- Einverstanden? - Dann wiederholen wir die Abstimmung: mitberatend dem Agrarausschuß, federführend dem Umweltausschuß. - Wer will so beschließen? - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch das ist einmütig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 35 auf:

Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall

Landtagsbeschluß vom 14. Mai 1998

Drucksache 14/1431 (neu)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2029

Das Wort hat Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Mit diesem Bericht liegt zum erstenmal eine zusammenfassende Darstellung über **Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall** vor. Es ist gut, daß dieses Thema aufgearbeitet wurde, und ich wünsche mir, daß dieser Bericht dabei hilft, die Diskussion etwas zu versachlichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Jeder Unterrichtsausfall ist eine ärgerliche Angelegenheit. Daß sich gelegentlich insbesondere auch ältere Schüler einmal über eine ausgefallene Stunde freuen - und meinetwegen auch freuen dürfen -, mindert ja die Schwierigkeiten, die dabei entstehen, in keiner Weise. Eltern, Schulleitungen, Schulaufsicht bereiten Unterrichtsausfall Kopfzerbrechen, und er stellt insbesondere Eltern von Grundschülerinnen und Grundschulern vor schwierige häusliche Situationen,

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

und er führt auch zu Besorgnissen über nicht vermittelten Unterrichtsstoff.

Daß aber alle Verantwortlichen **Unterrichtsausfall** in Grenzen halten, daß sie Zeit und Mühe auf seine **Vermeidung** verwenden und dabei ideenreich zusammenarbeiten, macht dieser Bericht nun wirklich deutlich.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Sabine Schröder [SPD])

Insbesondere den Schulleitungen sowie den Kolleginnen und Kollegen an den Schulen gebührt an dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank dafür.

(Beifall)

Sie tragen nämlich die Verantwortung vor Ort, indem sie täglich den Unterricht organisieren, Vertretungsunterricht planen und damit Unterrichtsausfall vermeiden helfen.

Es gibt jedoch Situationen, in denen es trotz allen Ideenreichtums und Organisationstalents nicht ge-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

lingt, alle Stunden des Stundenplanes abzudecken. Das gilt zur Zeit etwa bei einer Grippewelle, die in Schleswig-Holstein durch die Schulen geht. Das gelingt auch dann nicht, wenn Lehrkräfte bedauerlicherweise langfristig erkranken und der Unterricht mit den sogenannten Bormitteln nicht mehr gesichert werden kann.

(Ursula Röper [CDU]: Aber das könnte anders gelingen!)

Hier müssen wir den Schulen schnell und wirksam helfen, und das versuchen wir auch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Wir haben die Möglichkeiten der Hilfestellung sogar noch ausgeweitet und organisatorisch verbessert. Der Bericht gibt darüber im Detail Auskunft. Ich kann und will die Einzelheiten nicht in großer Breite vortragen, sondern mich auf einige wichtige Eckmarken beschränken.

Erstens. Im Juni vergangenen Jahres wurden die vorhandenen **Geldmittel** zur Einstellung von **Vertretungslehrkräften** von den Haushaltskürzungen ausgenommen.

Zweitens. Die Schulämter erhalten proportional zur Planstellenzahl diese Mittel kontingentiert zur Verfügung und können mit einem verlässlichen Volumen planen und diese Mittel für die Vergütung von Hilfskräften nutzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das verkürzt Verwaltungswege, schafft Sicherheit und befördert auch zeitnah Entscheidungen, die vor Ort besser und effektiver getroffen werden können.

Drittens. Wir haben die **Stundengebermittel** für das Haushaltsjahr 1999 um 1 Million DM erhöht. Ich werte es als Erfolg - daran waren viele beteiligt -

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

in Zeiten schwieriger Haushaltslage mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, um Unterrichtsausfall vermeiden zu helfen, auch wenn es natürlich immer noch mehr sein könnte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die organisatorischen Voraussetzungen, um schneller reagieren zu können, transparente und verlässliche Verteilungsstrukturen geschaffen. Diese Maßnahmen bedürfen der weiteren Fortentwicklung,

und wir überlegen, wie wir Geldmittel in Zukunft noch flexibler werden einsetzen können.

In diesem Zusammenhang muß auch der vielzitierte **Erlaß** vom Juni 1998 zur **Verwendung von Zeiten nicht erteilten Unterrichts** genannt werden. Dieser Erlaß mit seinen Folgeerlassen sieht vor, daß Lehrkräfte Unterrichtsstunden, die sie nicht erteilen können, nachholen, Stunden also, für die zwar die Lehrer da sind, aber nicht die Schüler. Wenn hier heute morgen beispielsweise Realschülerinnen und Realschüler mit ihren Klassenlehrern sitzen, sind die Fachlehrer, die sie sonst in dieser Zeit unterrichten würden, in den Schulen geblieben und nicht mitgekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Diese Stunden können die Lehrer nicht erteilen, und diese Stunden sollten entsprechend aufgelistet und für Vertretungsunterricht eingesetzt werden. Der Erlaß ist von vielen Lehrkräften als demotivierend und überregulierend empfunden worden.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, daß die richtige Richtung, in die dieser Erlaß geht, an der Grenze bürokratischen Handelns angekommen ist. Engagierte Lehrkräfte, die bisher jede Vertretungsstunde für selbstverständlich gehalten haben, beginnen und begannen ihrerseits, über Unterrichtsgänge Buch zu führen. Darüber wurde geredet, nicht weil man sie für unnötig hielt, sondern weil befürchtet wurde, daß man den Kolleginnen und Kollegen, deren Klassen ortsabwesend sind, gewissermaßen das Vertretungskonto füllt. Das geht zu Lasten der außerunterrichtlichen Veranstaltungen und Aktivitäten, die aber wichtiger Bestandteil des schulischen Lebens sind und nicht Gegenstand von Verrechnungen auf Konten.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Deswegen soll der Erlaß nach sorgfältiger Auswertung der Erfahrungen, die derzeit mit seiner Umsetzung gemacht werden, grundlegend überprüft werden. Die Schulen sind gehalten, unbürokratisch damit umzugehen.

Mit Blick auf die verstärkte schulische Eigenverantwortung, aber auch mit Blick auf den hohen Verwaltungsaufwand, den der Erlaß verursacht, ist es richtig, daß er überarbeitet wird.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Ich halte es allerdings nach wie vor für unabdingbar, daß Unterrichtsausfall selbstverständlich dokumentiert wird. Es hat diese Dokumentation bisher gegeben, und es wird sie auch künftig geben.

Ein Wort zu den **Ursachen von Unterrichtsausfall!** Unterricht fällt in den meisten Fällen dann aus, wenn Lehrkräfte plötzlich für kurze Zeit erkranken und Vertretungsunterricht die vorgesehenen Stunden nicht voll abdecken kann. Etwa zwei Drittel des Ausfalls sind darauf zurückzuführen.

Wenn von weiteren Ursachen die Rede ist, geraten sehr schnell die Fortbildungsveranstaltungen in die Kritik. Dann heißt es: Jede **Fortbildung** führe automatisch zu Unterrichtsausfall. Diese Auffassung ist in ihrer Absolutheit falsch. Fortbildung kann in der Regel langfristig geplant werden. Dann ist unter normalen Umständen Vertretungsunterricht möglich, und der Unterricht fällt nicht aus. Viele Lehrkräfte erteilen im Vorgriff oder im nachhinein die ausgefallenen Stunden in ihren Klassen, indem sie Ersatzvertretung übernehmen und den Stundenausfall zeitversetzt auffangen.

Im übrigen kann die Genehmigung einer Fortbildungsveranstaltung natürlich auch von den Schulleitungen versagt und kurzfristig zurückgenommen werden, wenn zusätzlicher Unterrichtsausfall droht.

Diese Beispiele zeigen, daß Fortbildung nicht notwendigerweise zu Unterrichtsausfall führen muß. Lehrkräftefortbildung darf auch nicht allein an der Zahl der ausgefallenen und möglicherweise nicht vertretenen Unterrichtsstunden gemessen werden. Das wissen auch die Eltern, und sie haben dafür Verständnis, weil sie wissen, daß Fortbildung für Lehrkräfte wichtig ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Röper [CDU]: Sagen Sie doch mal etwas zum Unterrichtsfehl!)

Trotz aller Bemühungen wird sich Unterrichtsausfall nicht vollständig vermeiden lassen. Wer dies vorgaukelt, ist unredlich. Es ist auch nicht auszuschließen, daß einzelne Schulen kurzfristig mehr Unterrichtsausfall haben, als im Durchschnitt des Landes angegeben. Das haben Statistiken nun einmal so an sich.

Es ist verständlich, daß **Eltern** darüber klagen. Die Mütter - es sind ja in der Regel die Mütter - planen schließlich den Vormittag und ihren Arbeitstag nach dem Stundenplan ihrer Kinder. Sie erwarten zu Recht **Verlässlichkeit**, und sie erwarten vor allem rechtzeitige **Informationen**, wenn sich etwas ändert,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil sie schlicht vor unlösbaren Problemen stehen, wenn die Kinder unangemeldet früh vor der Haustür

stehen. Sie machen sich auch - ich wiederhole das - zu Recht Sorgen über nicht vermittelten Unterrichtsstoff, und diese Sorgen teile ich.

Aber dem Ruf nach schnellen, individuellen Lösungen für jede betroffene Schule, an der Unterricht ausfällt, kann kein System nachkommen. Es ist einfach nicht möglich, vorübergehenden Unterrichtsausfall immer und sofort auszugleichen. Auch eine „Lehrerfeuerwehr“, wie sie manchmal gefordert wird, kann zur selben Zeit immer nur an einer Stelle sein und würde, kurzfristig eingesetzt, die Kinder nur verwahren; ein Bezug zu Schülerinnen und Schülern, der für ein nachhaltiges und vernünftiges Unterrichten unabdingbar ist, wäre kaum herzustellen.

Ich halte es für effektiver, wenn die Maßnahmen weiter verbessert werden, die von den Schulen in Fällen eines vorübergehenden Unterrichtsausfalls ergriffen werden, zum Beispiel Alleinarbeit, längerfristige Arbeitsaufträge dort, wo es unabdingbar ist.

Lassen Sie mich zum Schluß etwas zur **Statistik** sagen! Ich weiß, daß sie nicht in jedem Einzelfall die Wirklichkeit abbildet, sie dient nun aber einmal als Vergleichsmaßstab. Unterrichtsausfall gibt es in jedem Bundesland, in Bayern genauso wie in Schleswig-Holstein. Im vielgelobten Bayern wird der Unterrichtsausfall übrigens nicht einmal regelmäßig erhoben.

(Holger Astrup [SPD]: Aha! Interessant!)

Wir können uns im **Ländervergleich** durchaus sehen lassen und müssen uns nicht verstecken. Wir dokumentieren den Unterrichtsausfall im Gegensatz zu vielen anderen Ländern - ich wiederhole mich -, wo höchstens einmal Stichproben erhoben werden. Der Unterrichtsausfall wird von uns ernstgenommen. Das zeigen die zahlreichen sinnvollen und effizienten Maßnahmen, die wir zur Vermeidung ergriffen haben.

Aber dies - das möchte ich zum Abschluß noch einmal betonen - würde nicht reichen, wenn an den Schulen nicht so engagierte und kreative Lehrerinnen und Lehrer tätig wären.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Röper [CDU]: Sagen Sie doch einmal etwas zum Unterrichtsfehl!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt Besucherinnen und

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

Besucher der Trave-Realschule Lübeck und der Gorch-Fock-Schule Kappeln. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ministerin hat zu Recht darauf hingewiesen, daß **Unterrichtsausfall** schon immer die Gemüter erregt hat, im letzten Jahr besonders. Wir alle haben den Druck der Elterninitiativen zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls gespürt und auch gehandelt.

Zu den Ursachen hat die Ministerin schon gesagt, daß zwei Drittel des Unterrichtsausfalls krankheitsbedingt sind. Der Rest fällt nicht nur aus Gründen wie Fortbildung, Klassenfahrten und Witterung aus. Das Problem fällt vor allem in kleinen Schulen an. Wenn von drei Lehrerinnen und Lehrern einer krank ist, dann läßt sich der Unterricht kaum auffangen.

(Ursula Röper [CDU]: Das liegt daran, daß das Unterrichtsfehl schon so groß ist! Kein Wort ist dazu gesagt worden!)

- Es geht hier um Unterrichtsausfall, Frau Kollegin, nicht um Unterrichtsfehl!

(Ursula Röper [CDU]: Das hängt zusammen, Frau Kollegin!)

Schon immer wurden **Lehrkräfte zu Vertretungsunterricht** herangezogen - das war auch zu meinen Zeiten so, als ich in der Schule war -, bis zu drei Stunden im Monat unentgeltlich. Darüber hinaus konnte, wenn Geld da war, die Mehrarbeit vergütet werden. Bei geplanten Vorhaben wie Klassenfahrten oder Fortbildung haben wir auch damals schon schriftliche Arbeitsaufträge ausgearbeitet, Arbeitsmaterialien erstellt, Klassen wurden zusammengelegt, oder Fachlehrerinnen und Fachlehrer sprangen ein. Das haben die Kolleginnen und Kollegen immer sehr verantwortungsbewußt geregelt. Dafür auch von mir ein herzliches Dankeschön!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich möchte drei Vorurteile ansprechen.

Erstens: **Klassenfahrten** sind keine „Erholung“, wie manche meinen.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Lehrkräfte leisten mehr als Unterricht. Die Belastungen sind erheblich. Dennoch sind Klassenfahrten pädagogisch sehr wichtig. Deshalb bin ich sehr froh darüber, daß die Kolleginnen und Kollegen immer wieder bereit sind, diese pädagogisch bedeutsamen

Unternehmungen zu organisieren und durchzuführen - auch wenn die Reisekosten, was ich immer beklage, für Schulausflüge begrenzt sind.

Zweitens: **Fortbildung** - auch das hat die Ministerin erwähnt - ist wichtig für einen zeitgemäßen Unterricht. Für Ärztinnen und Ärzte ist es selbstverständlich, daß sie sich fortbilden. Das gilt auch für Lehrerinnen und Lehrer. Es geht darum, daß sich die Unterrichtsinhalte schnell verändern und die Schülerinnen und Schüler nicht einfacher geworden sind. Neue Medien oder die Erstellung von Schulprogrammen erfordern effiziente Fortbildung. Die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen sollte daher nicht beklagt, sondern unterstützt werden. Dies gilt auch für schulinterne Fortbildung.

Ursprünglich sollten die Fortbildungsmittel beim IPTS weiter gekürzt werden und der globalen Minderausgabe anheimfallen. Dies ist nicht erfolgt. Dafür bedanke ich mich im Namen der Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich.

Es ist bemerkenswert, daß bereits jetzt 80 % der Fortbildungsmaßnahmen in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden, auch mit Eigenbeteiligung der Kolleginnen und Kollegen an den Kosten. Darauf möchte ich hinweisen.

Drittens: Die Ausfälle an den **Schulen** sind weit geringer als in der **Wirtschaft**. Das Institut der Deutschen Wirtschaft stellte 7 % an Ausfällen fest. Die Teilerhebungen an unseren Schulen in Schleswig-Holstein ergaben im Durchschnitt stetig 3 bis 5 %. Lehrerinnen und Lehrer sind also keine „faulen Säcke“. Dennoch müssen alle Anstrengungen unternommen werden, den Unterrichtsausfall zu begrenzen, damit unsere Kinder ihr Anrecht auf Unterricht wahrnehmen können.

Die Ministerin hat darauf hingewiesen, daß die Erhebung des Unterrichtsausfalls seit CDU-Zeiten in drei Kreisen oder kreisfreien Städten erfolgt und nicht selbstverständlich ist. Neben Bayern erheben auch Rheinland-Pfalz und Niedersachsen den Unterrichtsausfall nicht. Es ist in Schleswig-Holstein seit Jahren Tradition. Baden-Württemberg stellt 6 % bis 9 % Fehl fest. Bei uns hält sich der Ausfall zwischen 3 % bis 5 % stabil. Allerdings fällt auf, daß Förderschulen mit 7,6 %, Hauptschulen mit 5,9 %, Gesamtschulen mit 6 % über dem Durchschnitt liegen. Ich meine, das liegt an der besonderen Belastung der Kolleginnen und Kollegen in diesen Schularten.

Das Problem an unseren Schulen sind vor allem die nicht planbaren Unterrichtsausfälle. **Erkrankungen**, bei denen erst spät ein Attest vorgelegt wird, sind das Problem.

(Sabine Schröder)

Verfügbare Planstellen sind nur einsetzbar, wenn Ausfälle ein halbes Jahr vorhersehbar sind. Möglichkeiten der stundenweisen **Abordnung** und **Vertragsaufstockungen** sind weitere Mittel des Auffangens. Die Ergänzung durch das Programm zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls - seit dem letzten Jahr - bietet weitere Möglichkeiten des flexiblen Einsatzes.

Nach der Reform des Schulgesetzes können sich Schulen Kurselemente quasi einkaufen und Vertretungsnetzwerke bilden.

Das **58er-Programm** ermöglichte den Einsatz von Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtlern, insbesondere an Hauptschulen. 82 befristete Verträge konnten abgeschlossen werden.

Die **Stundengebermittel** wurden erstmalig festgeschrieben und fielen nicht der globalen Minderausgabe anheim. Herr Dr. Klug, wenn sie aufgebraucht wurden, belegt das nur den Bedarf an diesen Mitteln und nicht eine verfehlte Politik. Es waren SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die diese Mittel um 1 Million DM aufgestockt haben. Einen entsprechenden Antrag der Opposition habe ich nicht gesehen.

Für 1999 wurden 4,129 Millionen DM in den Haushalt eingestellt. Die erste Rate für das zweite Schulhalbjahr wurde den Schulämtern bereits zur Verfügung gestellt und im Januar angewiesen. 87 Verträge für Vertretungs- und Aushilfskräfte für durchschnittlich vier Wochenstunden konnten abgeschlossen werden.

(Ursula Röper [CDU]: Wir stellen dafür 300 Lehrerstellen mehr zur Verfügung)

Das **Nacharbeiten** von nicht erteiltem Unterricht war seit Jahren Praxis. Hier hat aus meiner Sicht eine Überreaktion durch den sogenannten Erbsenzählererlaß stattgefunden.

(Beifall des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Ich bin mit der Bildungsministerin einig, daß diese demotivierende Verordnung zugunsten der Eigenverantwortung der Schule überarbeitet werden muß.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Besonders Lehrerinnen und Lehrer, die am Nachmittag freiwillig Musikunterricht oder Arbeitsgemeinschaften anbieten, fühlen sich dadurch gegängelt.

Insgesamt zeigt der **Bericht** zu den Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall die vielfältigen flexiblen **Möglichkeiten**, die unsere Schulen nutzen können. Der Erfolg gibt den Initiativen der SPD-Fraktion, der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aber auch der

Elterninitiative gegen Unterrichtsausfall und der Umsetzung durch das Bildungsministerium recht: Unterrichtsausfall bleibt ein Ärgernis. Wir verringern ihn soweit wie möglich mit geringem Verwaltungsaufwand zeitnah.

Das **Berechnungsmodell** nach einem planstellenorientierten Schlüssel ist für die Schulen nachvollziehbar. Schulämter können selbständig befristete Verträge abschließen. Die Schulämter haben eine erste Marge - 1 Million DM - zur Verausgabung zugewiesen bekommen. Das betrifft die Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen; die Mittel für die anderen Schularten werden durch die obere Schulaufsicht verwaltet.

Es ist davon auszugehen, daß diese Mittel bereits gebunden sind. Auf diese Weise wird nach Ablauf des Schuljahres ein Betrag sichergestellt, und der Mittelabfluß bleibt kontrollierbar. Notfälle könnte man flexibel regeln, beispielsweise mit Hilfe pensionierter Lehrerinnen und Lehrer. Herr Kollege Neugebauer, wir hatten gerade einen solchen Fall in Ihrer Nähe. Da muß eine Möglichkeit der Abhilfe gefunden werden.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es mag sein, daß diese neue Möglichkeit zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls hier und da noch an Geburtswehen leidet. Der Ansatz aber stimmt. Er ist differenzierter und ortsnah besser zu handhaben als eine zentral verwaltete „Lehrerfeuerwehr“ mit einem zentralen Einsatzkommando. Ich glaube, das würde weniger helfen, die Probleme vor Ort zu lösen, als diese vielfältigen flexiblen Möglichkeiten.

Ich beantrage die Überweisung an den Bildungsausschuß. Dann können wir die Einzelheiten noch detaillierter diskutieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt Gefälligkeitsgutachten, und es gibt Gefälligkeitsberichte, die von Regierungsfractionen in Auftrag gegeben werden. Hier handelt es sich um ein solches Exemplar.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

(Jost de Jager)

Das Bildungsministerium übt sich in feinsinnigen Definitionen zur Unterscheidung von **Unterrichtsausfall** und Unterrichtsversorgung allein mit dem Zweck, nicht über das berichten zu müssen, was ihr wirklich wehtut: das **Stundenfehl**, die objektiv schlechte Unterrichtsgrundversorgung in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU)

Sie berichten - das macht den Bericht zu einem Gefälligkeitsbericht - über einen Unterrichtsausfall von durchschnittlich 4,9 % in Schleswig-Holstein, um den Menschen zu suggerieren, das sei alles, was in Schleswig-Holstein an Unterricht nicht erteilt wird. Aber damit kommen Sie nicht durch. Wie sagte neulich ein Vater in unserer Fachtagung zum Thema Hauptschule? - Ihm sei es egal, ob es Unterrichtsausfall oder Stundenfehl genannt werde; im Ergebnis komme bei seinem Sohn zu wenig Unterricht an.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, daß dieser Vater das Problem damit zutreffend beschrieben hat. Die Eltern merken und registrieren ganz genau, wie viele Stunden auf dem Stundenplan ihrer Kinder stehen beziehungsweise nicht stehen oder wann ihr Kind früher nach Hause geschickt wird. Sie wissen, was das für die Bildungschancen ihrer Kinder bedeutet.

Mein Thema heute ist nicht allein der Unterrichtsausfall, und ich werde mich auch nicht auf diese Agenda einlassen. Deshalb möchte ich den Definitionen in dem Bericht weitere und aufschlußreichere hinzufügen, Frau Fröhlich!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil wir eigentlich ganz gut reagiert haben! Herr de Jager, das müssen Sie eigentlich auch zugeben!)

Unterrichtsfehl zum Beispiel ist die Differenz zwischen dem stundenplanmäßig vorgesehenen Unterricht zu den Sollwert der Stundentafel. **Unterrichtsfehl** und **Unterrichtsausfall** zusammengenommen ergeben das **Unterrichtsdefizit** - übrigens ein wesentliches Merkmal der Unterrichtsversorgung. Damit haben wir einen wesentlichen Begriff, der in dem Bericht fehlt.

Nachdem jetzt über die Frage der Definitionen Einigkeit hergestellt ist, kommen wir zur **Unterrichtsversorgung**. Gegen diese richtet sich vor allem der Unmut von Eltern und Schülern, denn diese bleibt unzureichend; das spürt man vor Ort. Ich meine, wir hätten uns viel mehr mit ihr beschäftigen sollen, denn sie ist der eigentliche Indikator für eine erfolgreiche beziehungsweise erfolglose Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Ein Blick auf die im Bericht dargestellte Größenordnung des Unterrichtsausfalls verwundert nicht, denn es ist der gleiche Wert, der jährlich in dem Bericht zur Unterrichtsversorgung auftaucht. Das Vertrauen in diesen Bericht in allen Ehren, aber vor Ort hört man andere Zahlen, zum Beispiel von einer Realschule in Glinde, wo in einer 9. Klassenstufe etwa 20 % Unterrichtsausfall zu verzeichnen ist.

Ich will die Damen und Herren von den Mehrheitsfraktionen jetzt gar nicht mit weiteren Aufzählungen langweilen, denn wir kennen die Anmerkungen von Ihnen und die Antworten aus verschiedenen Debatten. Sie verniedlichen diese Zustände, und Sie nehmen sie auch nicht zur Kenntnis.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn etwa der **Landesrechnungshof** zu wesentlich höheren durchschnittlichen Unterrichtsausfallwerten kommt, dann ist Ihnen das nur eine lapidare Bemerkung wert.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr de Jager, Sie müssen diesen Bericht wirklich einmal lesen, dann wissen Sie, daß sie auf dem Holzweg sind!)

Vielleicht noch ein Wort zu dem Vergleich mit anderen Bundesländern. Diese Auflistung stört mich wirklich, weil wieder die Grundversorgung - das ist ja der Punkt dabei - keine Berücksichtigung findet. Es findet sich etwa kein Wort darüber, daß allein in den **Hauptschulen** durchschnittlich in den Klassen 7 bis 9 gute 600 Fehlstunden auftreten.

In diesem Zusammenhang möchte ich gern noch einmal auf Bayern zu sprechen kommen, weil Sie, Frau Ministerpräsidentin, Bayern gestern genannt haben.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben bei uns in der Fraktion eine sehr interessante Tabelle, die neu erstellt worden ist. Sie haben gesagt, die Bayern seien gar nicht soviel besser, weil sie einen höheren Klassenteiler haben.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist natürlich ein Wert, den man herausgreifen kann, aber der ist weitgehend erkenntnisneutral. Sehr viel interessanter ist doch, sich einmal anzuschauen, wie das mit den erteilten Stunden ist. Dann kommen wir auf der Grundlage einer **KMK-Statistik** zu dem Ergebnis, daß in Schleswig-Holstein die erteilten

(Jost de Jager)

Schulunterrichtsstunden je Klasse in den Hauptschulen bei 30,3 und in Bayern zum Beispiel bei 37 liegen. Das sind sieben Stunden mehr, und so könnten wir das eben weiter vergleichen. Der entscheidende Punkt ist der erteilte Unterricht, und dabei ist Schleswig-Holstein schlechter als die Bayern.

(Beifall bei der CDU)

Ich erwähne das deshalb so ausführlich, weil man den Unterrichtsausfall nicht aus dem Zusammenhang reißen darf.

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Ein Wert von 4,9 % Unterrichtsausfall durchschnittlich wirkt sich natürlich schwerer in einem Land wie Schleswig-Holstein mit bis zu über 10 % Unterrichtsfehl aus als in einem Land mit einer gesunden und soliden Grundversorgung an Unterricht.

(Beifall bei der CDU)

600 Fehlstunden entsprechen zum Beispiel in einer Hauptschule einem halben Schuljahr bei einem Vergleich mit anderen Bundesländern.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Im Bericht findet sich kein Wort darüber, daß zum Beispiel in den Schulen für geistig Behinderte während ihrer Schullaufbahn ein ganzes Schuljahr im Vergleich zu den Mitschülerinnen und Mitschülern in Baden-Württemberg schlichtweg fehlt. Auch das ist eine Zustandsbeschreibung.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist ein Skandal!)

Darüber lesen wir nichts in dem Bericht. Wir lesen mehr über die Maßnahmen. Das sind zum einen die immer wieder öffentlichkeitswirksam verkauften **Stundengebermittel** - Stichwort „Lehrerfeuerwehr“, die die CDU seinerzeit beantragt hatte -, von denen unser Kollege Ekkehard Klug herausgefunden hat, daß die Haushaltsmittel für Vertretungen und Aushilfskräfte an den Schulen bereits Anfang März weitgehend aufgebraucht waren. Zahlen, die er der regierungsamtlichen Antwort auf seine Kleine Anfrage entnimmt; Zahlen, die vom Ministerium zwar nicht - wie schon geschehen - komplett wieder einkassiert wurden, die aber dennoch dementiert wurden.

Lassen Sie mich vielleicht in diesem Zusammenhang noch ein Wort zu einer Presseerklärung einfügen, die ich gestern gemacht habe, weil das wirklich ein wichtiger Punkt ist. Das ist die Frage der **Vorgriffsstunden**, die im Pflichtstundenerlaß jetzt geregelt ist. Das paßt vielleicht ganz gut, weil es hier um solche Dinge geht.

Der Pflichtstundenerlaß hat die Schulen jetzt erreicht. Ich fordere Sie auf, Frau Ministerin: Stellen Sie diesen Erlaß zurück, bis es in Baden-Württemberg eine zweitinstanzliche **gerichtliche Klärung** gegeben hat. Sie wissen, in Baden-Württemberg ist diese Vorgriffsstunde rechtlich umstritten. Sie ist in der gerichtlichen Klärung. Ich glaube, daß wir nicht Gefahr laufen sollten, hier in Schleswig-Holstein eine Vorgriffsstundenregelung zu treffen, die rechtlich nicht durchhält. Das können wir uns überhaupt nicht erlauben.

(Beifall bei der CDU)

Stellen Sie sich einmal vor, Sie geben diesen Pflichtstundenerlaß jetzt in die Schulen, er wird umgesetzt, und es stellt sich heraus, er ist rechtlich nicht haltbar. Wir reden hier über einen Gegenwert von 340 Lehrplanstellen. Das ist ein erhebliches Risiko, und das dürfen wir nicht eingehen. Nutzen Sie lieber die Zeit - wenn Sie das jetzt zurückstellen -, und verhandeln Sie diesen Pflichtstundenerlaß und die Vorgriffsstunde nach. Es ist nämlich schon ein ganz bemerkenswerter Zustand, daß Sie die Vorgriffsstunde allein mit der GEW verhandelt haben und nicht mit den anderen Lehrerverbänden. Daran kann man erkennen, daß aus Ihrem Prinzip „Verhandeln statt Verordnen“ am Ende nur geworden ist: „Teile und Herrsche“. Nehmen Sie ihn zurück und überarbeiten Sie ihn!

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auch uns ist klar, daß man Unterrichtsausfall nicht auf Null bringen kann, denn es wird immer krankheitsbedingten Unterrichtsausfall geben. Dann kann es immer zu Engpässen kommen. Aber eine Zahl, die in dem Bericht genannt wird, ist in diesem Zusammenhang interessant. Lediglich 40 % des Unterrichtsausfalls kann durch Vertretungsstunden anderer Lehrer ausgeglichen werden. Und damit sind wir wieder bei der Variation des zur Zeit zentralen Themas in der Bildungspolitik, dem Mangel an Lehrern in den Schulen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Denn wäre die **Lehrerversorgung** besser, könnten auch mehr Vertretungsstunden gegeben werden, dann könnten Sie auf solche Mittel wie den „Erbsenzähler-erlaß“ verzichten,

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

der ohnehin nur „pepita“ in der Bildungspolitik ist.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wollten Sie damit gesagt haben!)

(Jost de Jager)

Frau Ministerin, ich fand es schon ganz bemerkenswert, was Sie eben zu dem „Erbsenzählererlaß“ gesagt haben. Sie haben gesagt, daß man diesen bürokratischen Erlaß in den Schulen möglichst unbürokratisch umsetzen soll. Das heißt doch im Ergebnis, die Schulen sollen sich, bis Sie darüber nachgedacht haben und ihn zurückziehen, nicht daran halten. Dann seien Sie doch ehrlich, und dann sagen Sie das auch den Schulen, und seien Sie genauso ehrlich und sagen nicht, Sie würden ihn überprüfen, sondern kündigen Sie noch heute an - damit würden Sie den Schulen und den Lehrern einen Gefallen tun -, daß Sie ihn ohnehin zurückziehen. Das wäre dann eine Ehrlichkeit, die wir brauchen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

An dieser Stelle möchte ich auch einen Blick auf die anvisierten 150 Lehrer aus **Mecklenburg-Vorpommern** werfen. Auch die tauchen ja in dem Bericht wieder auf. Ich will sie gar nicht angreifen, diese 150 Lehrer, ich kenne sie ja auch gar nicht. Aber für mich bleibt bemerkenswert, daß ausgerechnet eine Landesregierung, die seinerzeit mit dem Slogan ausgezogen ist: „Junge Lehrer braucht das Land“, und die damit die bildungspolitischen Herzen erobern wollte, gerade jetzt die offenbar überflüssig gewordenen Lehrer aus dem rot-roten Mecklenburg-Vorpommern als Lückenstopfer holen will,

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Frechheit! - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

während man bei uns motivierte junge Lehrerinnen und Lehrer auf der Straße sitzen läßt.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da hört bei mir wirklich jeder Spaß auf.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Dann stellen Sie sich ruhig einmal vor, wie das auf die jungen Lehrer hier im Land wirken muß.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese jungen Lehrer, Frau Heinold, haben einen langen Weg hinter sich, fünf bis sechs Jahre Studium, ein bis zwei Jahre Wartezeit, zwei Jahre Referendariat und danach die Aussicht auf ein befristetes Angestelltenverhältnis.

(Caroline Schwarz [CDU]: Dreiviertel!)

Und dann stellen sie fest, daß subventionierte Lehrer aus Mecklenburg-Vorpommern an ihnen vorbeiziehen. Obwohl doch der Kern der Misere woanders liegt.

Eigentlich hätte der Abschlußteil des Berichts einvernehmlich formuliert werden können:

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können wir nicht einmal sachlich diskutieren?)

Die Landesregierung stellt die Entbeamtungspolitik ein,

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

sie nimmt auf dieser Grundlage deutlich mehr junge Lehrkräfte in den Schuldienst auf und verbessert so die Grundversorgung in den Schulen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch billig!)

Der Unterrichtsausfall kann dann ergänzend durch eine vernünftige Erlaßlage bekämpft und in vertretbaren Grenzen gehalten werden. Leider wurde es nicht so formuliert.

Stellen Sie sich doch den schulpolitischen Realitäten, und versuchen Sie nicht länger, durch entbehrliche Berichte von diesem Problem abzulenken!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich bin enttäuscht!)

Und gestehen Sie sich ein, daß Sie bei der Lehrerversorgung auf dem Holzweg sind. Verbessern Sie die Lern- und Unterrichtssituation insgesamt spürbar!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dabei sind wir doch! Das wissen Sie doch!)

Bauen Sie das Unterrichtsdefizit ab!

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das ist, glaube ich, der wesentliche Punkt, daß das **Unterrichtsdefizit** abgebaut wird. Das darf nicht nur angekündigt werden, Frau Erdsiek-Rave, sondern das muß auch umgesetzt werden. Dann haben Sie die Chance, Ihr Image zu wandeln - von einer, die auszog, die Wogen zu glätten, zu einer, die auszog, ihre Worte mit Taten zu belegen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr de Jager: Schade, wenn Sie nichts weiter wollten, als hier noch einmal unter Beweis zu stellen, daß die CDU alles besser weiß -

(Ursula Röper [CDU]: So ist es doch auch in der Bildungspolitik!)

was für die Opposition in gewisser Weise natürlich dazugehört -, aber nichts richtig weiß, dann hätten wir den ganzen schönen Bericht nicht gebraucht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Genauso wie man einen Wirtschaftsstandort schlechtreden kann - und wir haben alle gemerkt, daß wir damit in Deutschland aufhören sollten -, kann man auch die Schule schlechtreden.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Das schadet vor allem Schülerinnen und Schülern. Und die gehen - jedenfalls, soweit ich das übersehen kann - zumindest im zunehmenden Alter relativ gelassen mit dem Unterrichtsausfall um.

(Ursula Röper [CDU]: Dann gehen Sie mal in die Schulen!)

Unterrichtsausfall ist nämlich ein in Deutschlands Schulen weitverbreitetes Phänomen. Das hat ein Fernsehbericht der Sendung „Panorama“ am gestrigen Abend auch noch einmal belegt.

In **Bayern** etwa - so wurde gezeigt - sind sowohl die Klassen groß als auch die Stundentafeln gekürzt worden, um die hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern mit Unterricht versorgen zu können. - Was sagen Sie nun, Herr de Jager?

In Bayern und anderen Bundesländern wurde bislang **Unterrichtsausfall** überhaupt nicht zentral erhoben und statistisch erfaßt. Aufgrund von Elternprotesten beginnt man erst jetzt damit.

Es ist nicht zu leugnen, daß Unterrichtsausfall bei uns und in den anderen Bundesländern in dem Moment zu einem flächendeckenden Problem wird, wo die Personaldecke und die Schülerzahlen weiter auseinanderklaffen als zu anderen Zeiten. Die Spielräume sind enger geworden, um schnell Vertretungsunterricht sicherzustellen. Um so wichtiger ist es, die vorhandenen Mittel für **Vertretungen** so flexibel und so unbürokratisch wie möglich zu verteilen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das haben wir gefordert. Das Ministerium setzt es um. Der Bericht belegt es. Ich bin zufrieden.

Unter der immer noch vorherrschenden Grundannahme, daß es sich bei den hohen Schülerzahlen um ein vorübergehendes Phänomen handelt, ist es auch sinnvoll, nach flexiblen Lösungen zu suchen, die uns nicht in alle Ewigkeit binden.

Unser Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern hat derzeit ja genau das umgekehrte Problem: zuwenig Schülerinnen und Schüler und zuviel Lehrkräfte. Deshalb begrüßten wir es, wenn es gelingen könnte, mit dem Nachbarland ins Geschäft zu kommen und vielleicht 150 Lehrkräfte aus dem dortigen Schuldienst zu übernehmen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Bericht belegt, daß die Hauptursache für Unterrichtsausfall in Erkrankung der Lehrkräfte besteht. Das ist ein normales Lebensrisiko. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Ich gebe zu, daß es dies immer noch erforderlich macht, die Planstellen im Lehrerbereich zu erhöhen. Wir arbeiten daran, Herr de Jager. Was wollen Sie also?

Es wird auch deutlich, daß es bereits ein Instrumentarium zur Bereitstellung von Vertretungsunterricht gibt, das den unterschiedlichen Ursachen gerecht wird. Besonders schwierig ist der Umgang natürlich mit kurzfristig eintretendem und nicht planbarem Ausfall. Zum Beispiel läßt sich nicht absehen, ob eine Erkrankung längerfristig ist oder nicht. Der jeweiligen Schulleitung obliegt die Entscheidung, wie sie die Situation einschätzt. Mit der Möglichkeit der Anordnung von Mehrarbeit kann sie auf Ausfälle von kurzer Dauer reagieren.

Ich bin gerade dabei, mich an den Schulen des Landes schlau zu machen. Ich reise herum, um insbesondere die Schulen im innovativen Netzwerk kennenzulernen. Ich kann nur sagen: Ich bin völlig begeistert davon, mit welcher Kreativität Lehrerinnen und Lehrer ihre manchmal wirklich schwierige Arbeit meistern. Diese Arbeit besteht ja keineswegs nur in der Erteilung von Unterricht. Das übersieht die CDU immer. Die Schule ist und wird zunehmend mehr als nur Unterricht. Vielmehr ist Schule der Ort, wo Kinder und Jugendliche zu einem Teil wirklich zu Hause sind. Eine Schülerin hat mir das neulich auf Anfrage bestätigt. Ich hatte nämlich im Gymnasium Timmendorfer Strand gefragt: Was sagt ihr zu den Äußerungen eurer Lehrer? Wie seht ihr eure Schule hier? Von der Schülerin kam die Antwort: Hier ist mein zweites

(Irene Fröhlich)

Zuhause. Das heißt doch, daß in der Schule mehr stattfindet als nur Unterricht. Da findet menschliche Begegnung statt, und da findet auch ein Reifungsprozeß statt. Aber das alles nehmen Sie überhaupt nicht zur Kenntnis.

Von Elternseite wird insbesondere auf die Problematik verwiesen, die sich aus langfristiger Abwesenheit von Lehrkräften aufgrund von Erkrankung ergibt. Das ist auch verständlich. Die Bildungsministerin und auch Frau Schröder haben darauf hingewiesen, daß Mütter ihre Zeit immer nur in enger Anbindung an den Stundenplan der Kinder planen können. Da muß ein Stück Sicherheit besonders für die kleinen Kinder geschaffen werden. Das ist zuzugeben. Wir müssen uns sicherlich auf die **volle Halbtagsgrundschule** zubewegen; das ist gar keine Frage. Wir arbeiten daran. Man kann nicht immer alles auf einmal haben.

Schulleitungen sind auf aussagefähige Atteste von Ärzten angewiesen, bevor sie über eine Dauervertretung entscheiden können. Das kann manchmal ein quälend langer Prozeß sein.

Für Schüler und Eltern ergibt sich ein sehr mißlicher Zustand, weil mitunter sogar in Kernfächern ein häufiger Wechsel der Lehrkraft stattfindet. Dies ist insbesondere für Schülerinnen und Schüler von Grundschulen, wie ich bereits sagte, ein nur schwer zu ertragendes Problem.

Um hier Abhilfe zu schaffen - das wollen wir tun -, muß die Schulaufsicht sehr flexibel reagieren können. Der Bericht beschreibt die möglichen Auswege, zum Beispiel das Aufstocken von Teilzeitverträgen, die Bildung von Krankheitsreserven, das Nutzen freier Stellenreserven. Das steht alles auf Seite 17.

Es ist aber auch von Vorteil, wenn insbesondere im städtischen Raum Schulen eng miteinander kooperieren und sich gegenseitig aushelfen. Dieser Gesichtspunkt hat mich an dem Bericht am meisten überzeugt. Da wird dargestellt, daß sozusagen ein Netz der Krankheitsvorsorge geschaffen wird. Ich finde, das ist genau das, was Schulen machen müssen. Das führt auch dazu, daß schließlich möglicherweise auch die Wohnorte einbezogen werden. Es gibt vielfältige Modelle dazu. Ich weiß dies zum Beispiel in bezug auf Flensburg, wo Schule und städtische Jugendhilfe in einem engen Kontakt zusammenarbeiten und wirklich eine gute Fast-Ganztagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler an der Schule bieten. Das kann man nur begrüßen, und die Beteiligten sind zu beglückwünschen. Aber das kann man nicht flächendeckend und bürokratisch über dieses Land ausbreiten, wie Sie von der CDU sich das vielleicht vorstellen. Jede Schule muß da für sich etwas entwickeln und in Kooperation mit ihrem Umfeld gestalten.

Die Landesregierung legt uns nun ein Programm zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls vor, das aus vier Elementen besteht.

Das erste Element ist der sogenannte Erbsenzählererlaß vom 1. August 1998. Wie der Kosename bereits sagt, soll dieser Erlaß sozusagen belegen - ich hoffe, es ist mir gestattet, es so zu sagen -, daß Kleinvieh auch Mist macht. Aus unserer Sicht hat sich daraus aber leider etwas anderes ergeben. Die Lehrkräfte, die bislang engagiert und ohne den Dauerblick zur Armbanduhr ihre Arbeit erledigt haben, werden quasi zum Blick auf die Uhr verdonnert. Damit wurden viele Gutwillige verschreckt. Am Ende kommt womöglich weniger zusammen als vorher. Dies ist jedenfalls ein Eindruck, der uns in Gesprächen immer wieder vermittelt wird.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das ist demotivierend!)

- Ich gebe zu, das ist demotivierend. Das muß man so schnell wie möglich abstellen. Ich denke, die Bildungsministerin hat dazu schon deutliche Worte gesagt.

Auch der vorliegende Bericht spricht das von mir Erwähnte ausdrücklich an, indem er festhält - ich zitiere -: „Dieser Erlaß ist von vielen Betroffenen als demotivierende, bevormundende Überregulierung verstanden worden.“ Das steht auf Seite 22.

Daher begrüße ich es ausdrücklich, daß die Landesregierung im Bericht ankündigt, den Erlaß nach einer gewissen Zeit grundlegend zu überprüfen. Mehr kann man an dieser Stelle sinnvollerweise nicht tun.

In diesem Zusammenhang stellt sich uns allerdings auch die Frage, wann wir denn - das finde ich gravierender - mit den Ergebnissen aus der vom Kultusministerium eingesetzten **Kommission zur Neuberechnung der Lehrerarbeitszeit** rechnen können. Das ist aus meiner Sicht ein wirklich wichtiges Mittel, um den Schulen in einer Zeit zu helfen, wo Schule mehr als nur Unterricht ist.

Es ist allerhöchste Zeit, die Bestandteile der Arbeit der Lehrkräfte transparenter zu machen und neu zu gewichten, auch wenn Sie das einen Lachanfall kostet, Herr Dr. Klug!

Der zweite Punkt des Programms sind die Sicherung und Aufstockung der Stundengebermittel. Hier meinten Sie ja, Herr Dr. Klug, vor kurzem, einem Skandal auf der Spur zu sein. Schön, daß Sie sich geirrt haben. Wir freuen uns, Herr Dr. Klug. Zu der Sicherung der Mittel für den **Vertretungsunterricht** haben wir als grüne Fraktion engagiert beigetragen. Wir werden daher auf den weiteren Umgang mit die-

(Irene Fröhlich)

sen Mitteln besonders gut achten. Darauf können Sie sich verlassen, meine Damen und Herren.

Von besonderer Bedeutung ist der dritte Punkt in dem Programm zur Sicherung von Unterricht, und damit komme ich zu einer positiven Aussage. Es handelt sich um die **Dezentralisierung der Mittelbewirtschaftung** durch die untere Schulaufsicht. Hierzu teilt uns der Bericht mit, daß dies offenbar gut funktioniert und die Mittel bislang ausreichen.

Der vierte Punkt spricht die Perspektiven an, die im wesentlichen in weiterer Flexibilisierung und der Bildung von Netzwerken bestehen. Ich kann die Regierung nur ermuntern, sich mit der haushaltsrechtlichen Prüfung zu beeilen, damit die Vergabe der Stundengebermittel zeitnah erfolgen kann.

Wir stehen angesichts der knappen Personaldecke und der sogenannten - ich mag das nicht gern sagen, genauso wenig wie ich vom „Schülerberg“ reden mag - Überalterung der Lehrerkollegien in der Pflicht, alles zur Sicherstellung einer guten Unterrichtsversorgung zu tun, was getan werden kann.

Auch der Staat hat noch Hausaufgaben zu machen, um eine effiziente Mittelvergabe sicherzustellen. Der Bericht belegt, daß man keineswegs zwingend zu dem von der Opposition empfohlenen Allheilmittel Verbeamtung greifen müßte. Genau dies würde ein flächendeckend bürokratisches Lösungsmodell sein, und das wollen wir nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 20. März berichtete die „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung“ über einen Besuch, den der Herr Staatssekretär des Kultusministeriums in der Theodor-Sturm-Schule in Hanerau-Hademarschen abgestattet hat. Einige Eltern nutzten die Gelegenheit, Herrn Stegner auf die Unterrichtssituation ihrer Kinder hinzuweisen. Es wurde gesagt, in der Klasse 2 d würden derzeit wegen Erkrankung einer Lehrerin nur 11 von 19 Unterrichtswochenstunden von Lehrkräften durchgeführt. Die Eltern erhielten darauf vom Staatssekretär die Auskunft - wörtliches Zitat nach der Landeszeitung -: „Wenn die Situation über einen längeren Zeitraum anhält, wird der Schule nichts anderes übrigbleiben, als die 2 d mit den anderen zweiten Klassen zusammenzulegen.“

Nun verweisen Sozialdemokraten und Grüne in der Diskussion immer gern auf die weitreichenden Verbesserungen bei der Eindämmung krankheitsbedingten Unterrichtsausfalls. Wenn man aber die Schulwirklichkeit betrachtet, sehen die Verhältnisse anders aus. Das eben angeführte Beispiel ist nur eines von vielen.

(Beifall der Abgeordneten Jost de Jager [CDU], Peter Lehnert [CDU] und Ursula Röper [CDU])

In Dithmarschen - das berichtet die „Dithmarscher Landeszeitung“ vom 5. März - gab es vor kurzem die Gründung einer Elterninitiative von Hauptschulen. Auch in diesem Artikel verweisen die Elternvertreter auf den zu hohen Unterrichtsausfall und sprechen mit Blick auf die Unterrichtssituation davon, daß ihr Kreis ein „bildungspolitisches Niemandsland“ sei.

Frau Ministerin Erdsiek-Rave hat kürzlich das Leibniz-Gymnasium in Bad Schwartau besucht. Der Bericht der „Lübecker Nachrichten“ vom 23. Februar darüber hält fest, daß die Schulsprecherin die Ministerin auf einen wochenlangen Unterrichtsausfall im Fach Französisch an dieser Schule hingewiesen habe.

Das sind nur ein paar Beispiele aus jüngster Zeit. Ich könnte, wenn ich nicht nur auf den Vier-Wochen-Zeitraum zurückgreifen würde, locker einen Zehn-Minuten-Beitrag oder eine noch längere Rede mit Beispielen dieser Art füllen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist besser, Sie nehmen die zehn Minuten wahr, um zu sagen, wie die Schulen damit umgehen!)

Die Elterninitiative gegen Unterrichtsausfall - EGU - hat mir mitgeteilt, sie habe von den zuständigen Schulaufsichtsbeamten der Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde die Auskunft erhalten, in diesen Kreisen seien die kontingentierten Mittel für Vertretungslehrkräfte - Stundengebermittel - jedenfalls bis zum Ende des laufenden Schuljahres, das heißt bis Ende Juli, bereits vollständig gebunden. Das heißt mit anderen Worten: Wenn dort jetzt ab März Lehrkräfte durch längerfristige Erkrankung ausfallen, dann kann bis zu den Sommerferien, das heißt für die nächsten viereinhalb Monate, kein Ersatz aus diesem Stundengebertopf finanziert werden.

Die EGU hat vom Ministerium - ich könnte Roß und Reiter nennen - die Auskunft erhalten, der Haushaltstitel für **Stundengeber** sei in Höhe von 1,5 Millionen DM für andere Zwecke vorgesehen, die

(Dr. Ekkehard Klug)

mit der Vertretung erkrankter Lehrkräfte nichts zu tun haben.

(Ursula Röper [CDU]: Wofür denn?)

Das Kultusministerium erweckt in seiner Pressemitteilung vom 11. März - das ist die Pressemitteilung von Herrn Stegner - den Eindruck, als stünde der gesamte noch nicht gebundene Betrag - gut die Hälfte der überhaupt im Topf vorhandenen Mittel - für die Zeit nach dem 31. Juli bereit, um dann den Vertretungsunterricht zu finanzieren.

In dem Bericht, über den wir heute debattieren und der das Datum vom 9. März trägt, also zwei Tage früher datiert, lesen wir jedoch auf Seite 12, daß von den Geldern aus diesem Stundengebermitteltopf auch Lehrkräfte für Haushaltslehre, Sport- und Schwimmunterricht, Hausunterricht für erkrankte Kinder und in besonderem Maße auch berufsbildender Fachunterricht finanziert werde.

Wenn Herr Stegner in seiner Erklärung vom 11. März, also zwei Tage später, behauptet, die 2,2 Millionen DM, die noch nicht gebunden sind, ständen „für Vertretungsunterricht auch bei Erkrankungen von Lehrkräften zur Verfügung“, so ist dies offenkundig eine Täuschung der Öffentlichkeit und des Parlaments.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das geht aus dem von der Regierung am 9. März dem Parlament vorgelegten Bericht eindeutig hervor. Lesen Sie doch die Seite 12 dieses Berichts einmal durch!

Im übrigen ist es bemerkenswert, daß bereits Anfang März, als das Ministerium meine Anfrage bearbeitet hat, knapp die Hälfte des gesamten Stundengeberetats bis zum 31. Juli schon gebunden war. Das demonstriert doch mit aller Deutlichkeit, daß diese Mittel an allen Ecken und Enden nach wie vor zu knapp sind. Das kann man einfach nicht bestreiten.

Viele Krankheitsvertretungen kommen übrigens schon deshalb nicht zustande, weil das Ministerium Ausgleichsmaßnahmen offensichtlich nur bei sehr langfristigen Erkrankungen von Lehrern vorsieht. Auf Seite 17 des Berichts wird zum Beispiel das befristete Aufstocken von Teilzeitverträgen eines oder mehrerer Lehrer nur dann als „sinnvoll“ eingestuft, wenn absehbar sei, „daß es sich um eine längerfristige Maßnahme“, etwa ein halbes Jahr, handelt.

Ich stelle die Frage: Weshalb ist die Übernahme vergüteter Zusatzaufgaben nicht auch dann möglich, wenn es um eine Vertretung für einen Monat, für zwei, drei oder vier Monate geht?

(Sabine Schröder [SPD]: Das haben wir doch!)

Betrachtet die Landesregierung einen solchen krankheitsbedingten Unterrichtsausfall wirklich als ein vernachlässigbares Problem, das die Schulen mit Bordmitteln bewältigen müssen?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch eine kurzsichtige Version!)

Natürlich kann nicht gleich eine Ersatzlehrkraft eingestellt werden, wenn ein Kollege oder eine Kollegin einmal für 14 Tage wegen einer Grippe ausfällt. Das ist klar. Das muß man aus dem Kontingent der Schulen heraus regeln. Aber diese Problemlösung vor Ort in der Schule ist deshalb so unendlich schwer geworden für die Schule, weil die Personaldecke vor dem Hintergrund einer kaum steigenden Lehrerzahl bei massiv steigenden Schülerzahlen so außerordentlich eng geworden ist.

Ich will Ihnen das an noch einem Beispiel darlegen; es ist der Ministerin bekannt wie auch allen bildungspolitischen Sprechern. Der Schulleiternbeirat der Realschule Flintbek hat am 4. Dezember letzten Jahres der Ministerin geschrieben und ihr über die Unterrichtssituation seiner Schule berichtet. Er stellt die Situation im laufenden Schuljahr 1988/98 mit 295 Schülerinnen und Schülern mit derzeit 14,6 Lehrerstellen und 366 Ist-Stunden, also erteiltem Unterricht, der Situation vor elf Jahren im Jahre 1987/88 bei praktisch gleicher Schülerzahl von 261 mit 18,3 Lehrerstellen, also 3,6 Lehrerstellen mehr als heute, und 440 Ist-Stunden an erteiltem Unterricht gegenüber. Das heißt mit anderen Worten, im Vergleich zur Situation vor elf Jahren wird dort heute bei praktisch gleicher Schülerzahl ein Fünftel weniger Unterrichtsstunden erteilt.

(Beifall bei der CDU - Uwe Eichelberg [CDU]: Hört, hört!)

Das ist die Realität. Ich habe auch das Beispiel vom Sachsenwald genannt. Da reagierten Sie etwas ungnädig. Ich bitte Sie, das im Zweifelsfalle im Ausschuß richtigzustellen; uns sind die Zahlen in einem Brief so vorgelegt worden. Ich vermute, daß viele Schulen ähnliche Entwicklungen zu beklagen haben. Aus vielen **Hauptschulen** kommt die Information, vor zehn Jahren hätten sie ihren Schülern 30 Wochenstunden Unterricht erteilt, heute seien es 24 oder 25 Stunden.

(Ursula Röper [CDU]: Richtig! - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Dr. Ekkehard Klug)

Das sind Zahlen, die von den Schulleitern immer wieder in Gesprächen bestätigt werden. Es gibt einen realen Rückgang des tatsächlich erteilten Unterrichts.

(Lothar Hay [SPD]: Was ist real erteilter Unterricht?)

- Das ist der tatsächlich erteilte Unterricht im Vergleich zu dem vorgesehenen Unterricht. Die Stunden tafeln werden entweder nicht mehr erfüllt, oder sie sind im Laufe der Jahre reduziert worden. Im Rahmen des KLAUS-Konzeptes haben Sie die Stundentafel um 2 % gekürzt.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die F.D.P.-Fraktion hat im Dezember vergangenen Jahres im Rahmen ihrer Haushaltsanträge in Drucksache 14/1590 zur Maßnahmegruppe 04 des Kapitels 0710 beantragt, bei den „Leistungen für stundenweise zu erteilenden Unterricht“ die Erläuterungen im Haushaltsplan wie folgt zu ergänzen:

„Die Mittel können auch dazu verwendet werden, zum Ausgleich zeitweiliger Unterrichtsengpässe bereits im Schuldienst tätigen Lehrkräften Mehrarbeitsvergütungen beziehungsweise die befristete Aufstockung von Teilzeitarbeitsverhältnissen zu gewähren“.

Das war unser Haushaltsantrag im Dezember letzten Jahres. Dieser Antrag, der das Land keinen einzigen Pfennig zusätzlich gekostet hätte, sondern nur auf einen flexibleren Einsatz der vorhandenen Haushaltsmittel abzielte,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir doch gemacht!)

- Nein, haben Sie eben nicht gemacht! -, ist von der Koalitionsmehrheit abgelehnt worden.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Jetzt steht in dem zu diskutierenden Bericht der Ministerin auf Seite 20, sie strebe für die Zukunft eine noch flexiblere Gestaltung des Einsatzes der Stundengebermittel an. Und nun komme ich zu dem Zitat, in dem genau steht, was wir vor zweieinhalb Monaten beantragt haben und was Sie damals abgelehnt haben. Ich zitiere aus dem Bericht auf Seite 20:

„So sollte es künftig auch möglich sein, das Stundendeputat von Lehrkräften im Beamten- und Angestelltenverhältnis befristet anzuheben, um damit unterrichtliche und personelle Kontinuität an den Schulen zu gewährleisten, zeitnah Ersatz zu schaffen sowie die vorhandenen Haushaltsmittel sparsamer einzusetzen.“

Das haben wir vor zweieinhalb Monaten beantragt. Die Schulen hätten, wenn Sie diesem Antrag gefolgt wären, von Beginn dieses Jahres an das schon so machen können. Sie versprechen hier für die Zukunft eine Flexibilisierung, hinken damit aber bei der praktischen Verbesserung wiederum hinterher.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Ministerium hebt in seinem Bericht vielfach auf die Notwendigkeit schulinterner Maßnahmen insbesondere beim Ausgleich kurzfristiger Erkrankungen ab. Das ist sicherlich richtig. Gleichwohl - ich habe vorhin bereits darauf verwiesen - ist die Situation an den Schulen dadurch geprägt, daß die Schulen zu wenig Stellen haben. Wir haben 400 Stellen zum Etat 1999 beantragt. Das hätte natürlich auch die Möglichkeiten für die kurzfristige Vertretung nachhaltig verbessert, ganz abgesehen davon, daß die allgemeine Unterrichtssituation davon profitiert hätte.

Lassen Sie mich zum Schluß einen letzten Punkt kurz ansprechen. Ich glaube, das Ministerium könnte, was die Flexibilisierung angeht, noch eine wichtige Verbesserung, die wirklich ganz einfach ist, für die Schulen möglich machen. Ermöglichen Sie den Schulen dort, wo die Lehrkräfte sozusagen unbezahlte Mehrarbeitsstunden für eine kurzfristige Krankheitsvertretung leisten, diese in einer Art Guthabenkonto anzusammeln, das den Schulen zugute gerechnet werden kann, wenn in einem folgenden Schuljahr aufgrund des Planstellenbemessungsverfahrens der Abzug einer oder einer halben Lehrerstelle droht.

Dann könnten die Schulen auf dieses eingesparte Guthaben geleisteter Mehrarbeit für kurzfristige Krankheitsvertretungen zurückgreifen. Das wäre sicherlich auch hilfreich, um die Bereitschaft in den Schulen zu erhöhen, sich für die kurzfristigen Vertretungen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es gibt also Verbesserungen bei den Instrumentarien.

Hinsichtlich des Themas des Einsatzes von Lehrkräften aus den ostdeutschen Ländern - aus Mecklenburg - schließe ich mich der Kritik des Kollegen Jost de Jager an. Priorität muß nach meiner Meinung der Einsatz junger Lehrkräfte haben.

(Glocke des Präsidenten)

Der würde dadurch bloß verzögert und verhindert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht der Landesregierung gibt uns viel statistisches Material an die Hand. Mit Statistiken ist es aber immer so eine Sache. Es gibt kaum Grenzen dafür, welche Zahlenspiele damit möglich werden. Bezogen auf den Unterrichtsausfall können die Zahleninformationen 5 % Unterrichtsausfall in Schleswig-Holstein einerseits und 7 % im Länderdurchschnitt andererseits sehr widersprüchlichen Feststellungen dienen. Die einen können zu dem Ergebnis kommen, daß Schleswig-Holstein im Ländervergleich ganz gut abschneidet, die anderen können schlußfolgern, daß rein rechnerisch 5 % zwar weniger als 7 % sind, daß aber 5 % mehr als genug sind. Dritte können wiederum hinterfragen, ob die 7 % denselben Zustand wie die 5 % beschreiben. Aus dem Bericht ergibt sich ja, wie **Unterrichtsausfall** hierzulande definiert wird. Die Frage wäre demnach, ob in den anderen Bundesländern die gleichen Maßstäbe angelegt werden.

Vielleicht sollten wir etwas weniger Statistik und etwas mehr Handlungsanweisung bekommen. Ich werde darauf später noch eingehen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Auf jeden Fall steht fest: Der Glaubwürdigkeit der Politik stehen gegenseitige Schuldzuweisungen wie große Stolpersteine im Weg. Ich denke außerdem, daß so etwas die Zuhörer langweilt. Trotzdem - das möchte ich auch noch einmal vor dem Hintergrund dieser Debatte sagen - hat sich der Stil in den Bildungsdebatten seit 1996 wenig fortentwickelt. Damit möchte ich sagen, daß wir immer noch dazu neigen, solche Debatten nach dem Muster „Guten Tag - Mann - Butterbrot“ - zu führen, das heißt: Verständigung findet überhaupt nicht statt. Wir sind uns noch nicht einmal einig, worüber wir uns im Grunde genommen unterhalten, wenn wir über Unterrichtsausfall diskutieren. Stichworte sind hier: **Unterrichtsfehl** und Unterrichtsausfall.

In dieser Legislaturperiode hat der SSW viele Maßnahmen mitgetragen. Da gab es unter anderem KLAUS, das Konzept zur langfristigen Unterrichtssicherung und Beschäftigung von Lehrern im Angestelltenverhältnis. Beweggrund war für uns neben dem Anspruch, Politik glaubwürdig zu betreiben, immer auch, den Unterrichtsausfall einzudämmen, wobei ich mir natürlich sehr wohl bewußt bin, wie schwierig es ist, den Unterrichtsausfall völlig einzudämmen. Inzwischen haben wir eine neue Bildungsministerin bekom-

men, die uns die **Schaffung weiterer Lehrerstellen** zugesagt hat.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Vorgestern habe ich allerdings angefangen, mir darüber Sorgen zu machen, ob die Ministerin dieses Versprechen angesichts des Gesetzentwurfs zur Änderung des Landesbeamtengesetzes wird halten können.

(Ursula Röper [CDU]: Jetzt schon!)

Der SSW tritt - wie bereits gesagt - für die Altersteilzeit ein. Unter keinen Umständen darf diese **Altersteilzeit** aber zu Lasten der versprochenen Stellen gehen. Wenn sich im Rahmen der Ausschubarbeit herausstellen sollte, daß beides nicht geht, daß die Altersteilzeit nur durch Stellenabbau finanzierbar ist, dann sage ich für den SSW ganz klar: Diesen Preis wollen wir nicht zahlen. Für uns kommt die Altersteilzeit für Lehrer nur dann in Frage, wenn es bei den zugesagten Stellen bleibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schülerzahlen steigen weiter an. Das wissen wir. Diese Entwicklung scheint sich in den nächsten Jahren fortzusetzen. Das zentrale Problem wird weiterhin sein, daß das Land nicht das nötige Kleingeld hat, um die Anzahl von Lehrern zu beschäftigen, die wir bräuchten, damit das Wort Unterrichtsausfall ganz aus dem Wörterbuch gestrichen werden könnte.

Hier zeigt der Bericht aber Perspektiven auf, wie der Unterrichtsausfall weiter eingedämmt werden könnte. Unter den gegebenen Umständen scheint die **Erhöhung der Stundengebermittel** - wie sie im Bericht vorgeschlagen wird - zur Minimierung des Unterrichtsausfalls tauglich zu sein. Es ist erfreulich, daß die Erfahrungen der Schulämter eine positive Richtung weisen.

Wichtig ist, daß die Vertretungslehrkräfte zu der geplanten Anhebung ihres Stundendeputats stehen. Das scheint - so geht es zumindest aus dem Bericht hervor - auch der Fall zu sein. Die geplante weitergehende Flexibilisierung beim Einsatz vorhandener Stundengebermittel ist sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluß. Es ist aber angesichts der Haushaltslage eine sinnvolle Maßnahme in der Bemühung, den Unterrichtsausfall weiter abzubauen.

Zum Schluß möchte ich noch einmal meine Hoffnung deutlich machen, daß wir vielleicht im Ausschuß gemeinsam noch ein paar weitere Sachen hinbekommen könnten und daß wir nicht bei dem stehenbleiben. Konstruktive Maßnahmen sind erforderlich, und

(Anke Spoorendonk)

gemeinsam könnten wir vielleicht, wenn wir die ideologischen Grabenkämpfe in dieser Frage vergessen, auch noch ein Stück dazu beitragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht dem Bildungsausschuß zu überweisen. - Zur abschließenden Beratung?

(Lothar Hay [SPD]: Ja!)

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Baggergutentsorgung in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1861

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/2030

Wird das Wort zur Begründung der Großen Anfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich das Wort zur Beantwortung der Großen Anfrage dem Minister für Natur, Umwelt und Forsten, Herrn Steenblock.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In fünf Minuten ist es sicherlich nicht möglich, auf die ganzen Details der Großen Anfrage einzugehen. Die Beantwortung der Großen Anfrage durch die Landesregierung liegt Ihnen ja schriftlich vor. Deshalb will ich mich an dieser Stelle auf zwei Punkte beschränken, die allerdings von besonderer politischen Bedeutung sind.

Das erste betrifft die **Einordnung des Baggerguts in das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz**. Das ist ein bisher noch völlig ungelöste Frage. Baggergut ist nach meiner Auffassung und nach Auffassung der schleswig-holsteinischen Landesregierung im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes Abfall und wäre auch so einzuordnen. Baggergut kann man in einem Küstenland wie Schleswig-Holstein mit den vielen Häfen, die wir haben, mit den Bundeswasserstraßen, die hier sind, nicht vermeiden. Das bedeutet aber auch, daß das Material möglichst wiederverwertet oder zu einer zugelassenen Deponie gebracht und dort abgelagert werden muß.

Unsere Auffassung, daß Baggergut im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes als Abfall einzuordnen ist, wird leider von den Bundesländern nicht geteilt, sondern wird bisher nur von dem Land Brandenburg unterstützt. Deshalb ist eine dringende Konkretisierung auf Bundesebene erforderlich.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Wir haben dies bereits in einem Brief aus dem Jahr 1996 an das Bundesumweltministerium eingefordert, und 1997 in einem Schreiben an das Bundesumweltministerium noch einmal um eine Klarstellung ersucht. Ich hoffe, daß die neue Bundesregierung nun endlich in dieser dringenden Frage der Einordnung von Baggergut in das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz einen Schritt vorangehen wird. Ich hoffe das.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abgeordneten Lothar Hay [SPD]
und Konrad Nabel [SPD])

Mit der rechtlichen Einordnung von Baggergut ist die Frage zur **Unterbringung von Hamburger Hafenschlick** in Schleswig-Holstein und somit die Inanspruchnahme des Deponiestandortes Bovenau untrennbar miteinander verbunden.

Entsprechend unserer Rechtsauffassung hat Schleswig-Holstein schon sehr frühzeitig nach Verwertungsmöglichkeiten des Materials gesucht und sich darum gekümmert. So wurde ein Behandlungs- und Aufbereitungsverfahren zur Dekontamination und zur weiteren Verwertung von Baggergut gefördert, das von der Firma Balticon entwickelt und vorgeschlagen worden ist. Dies ist leider in der Realisierungsphase nicht so weit vorangeschritten, wie wir uns das sicherlich alle gewünscht hätten. Das ist bedauerlich.

Derzeit prüfen aber weitere Unternehmen in Schleswig-Holstein und auch in Hamburg Verfahrenstechniken - ähnlich wie die Firma Balticon - und die wirtschaftlichen Randbedingungen zur Verwertung dieses Baggerguts. Die Chancen für die Realisierung dieser Technologie, die ich für ausgesprochen unterstützenswert halte, bestehen weiterhin. Darüber hinaus bestehen allerdings - durch die sinkenden Abfallmengen der vergangenen Jahre - in Schleswig-Holstein **Deponiekapazitäten** in einem Maße, wie wir uns das vor einigen Jahren nicht vorgestellt haben. Das bedeutet, daß der zweite Lösungsweg, nämlich eine unproblematische, ökologisch vertretbare Ablagerung an Land, praktikierbar ist. Hierfür stehen in Schleswig-Holstein zwei Deponien zur Verfügung. Allerdings - um das noch einmal deutlich zu machen - sehe ich in der Deponierung von Baggergut nur die zweitbeste Lösung, da hierdurch Rohstoffressourcen in

(Minister Rainer Steenblock)

einem nicht zu vertretenden Umfang deponiert würden, Rohstoffressourcen, die uns für eine Nutzung zur Verfügung stehen.

Das geplante Mineralstoffaufbereitungszentrum in Lübeck halte ich als Nutzungsstrategie für vernünftig. Auch die Einsatzmöglichkeiten für eine Ziegelherstellung mit Technologien, die in jüngster Zeit entwickelt worden sind, sind vielversprechend. Umfassende **Verwertungspotentiale** stehen hier zur Verfügung, insbesondere für den Bereich der Bau-Steine-Erden-Industrie. Wir könnten, wenn wir das **Baggergut** vernünftig nutzen, auf eine Reihe von landschaftlich beeinträchtigenden Förderungen von Sand oder auch Ton verzichten. Das halte ich für eine vernünftige Strategie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vor diesem Hintergrund ist auch die Errichtung einer Deponie bei Bovenau für die Unterbringung von Hamburger Hafenschlick eindeutig überholt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich sage das sehr deutlich. Bedauerlicherweise sind die Verhandlungen der Wirtschaftsbehörde Hamburg mit Dow Chemical zur Kavernenverbringung noch nicht abgeschlossen. Die Tendenz geht aber deutlich dahin - soweit ich es aus Hamburg höre -, daß es dort nicht zu einer Einigung kommen wird. Hamburg arbeitet an anderen Verwertungsmöglichkeiten. Die Wirtschaftsbehörde ist dort auch im Koalitionsvertrag aufgefordert worden, ein neues Konzept zur Baggergutverbringung zu erstellen und auf dieser Grundlage dann mit Schleswig-Holstein weitere Gespräche zu führen. Das ist ein vernünftiger Weg.

Leider hat die Vereinbarung von Hamburg zwischen den Kabinetten vom November 1998, auf Staatssekretärssebene Gespräche zu führen, noch nicht den gewünschten Erfolg. Ich habe Herrn Senator Mirow jetzt noch einmal angesprochen, um deutlich zu machen, daß wir ein großes Interesse an diesen Gesprächen haben. Aber ich sage hier noch einmal sehr deutlich: Für den Fall, daß Hamburg trotz aller Anstrengungen für eine Übergangszeit Hafenschlick deponieren muß und der Unterstützung Schleswig-Holsteins bedarf, stehen hierfür in unserem Land geeignete Deponien zur Verfügung. Bei den jetzt schon durch verbesserte Aufbereitungstechnologien verringerten Hafenschlickrestmengen sollten - nach meiner Auffassung - die Hamburger Ablagerungskapazitäten allerdings ausreichend sein, so daß auf eine Ablagerung in den Nachbarländern verzichtet werden kann. Auf jeden

Fall halte ich eine Ablagerung in Bovenau für völlig überflüssig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Strauß.

Roswitha Strauß [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sinn und Zweck dieser großen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion war es, eine Bilanz der in Schleswig-Holstein in den letzten zehn Jahren praktizierten **Baggergutentsorgung** zu erhalten. Wir wollten wissen, mit welchen Ergebnissen die **Förderpraxis der Landesregierung** aufwarten kann, und wir wollten wissen, welche Perspektiven und Verbesserungen sich durch die Handlungsweise der Landesregierung in den letzten zehn Jahren für die Umwelt an Nord- und Ostsee, die Wirtschaft, den Ausbau des Lübecker Hafens und nicht zuletzt für die Bürgerinnen und Bürger in Bovenau ergeben haben.

Die Landesregierung hatte die CDU aufgrund umfangreicher Recherche um eine Fristverlängerung gebeten. Sie wurde gewährt. Nach drei Monaten konnte meine Fraktion also mit Recht eine substantielle Antwort erwarten, die das Recht und die Pflicht des Parlaments auf Kontrolle der Regierung respektiert. Das vorliegende Resultat gewährleistet diese Selbstverständlichkeiten in keinsten Weise. Da stellt sich dann doch die Frage nach dem Warum für dieses mehr als dürftige Resultat.

(Beifall der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Warum wurden keine Baggergutmengen zwischen 1990 und 1996 angegeben? Es gab doch welche. Warum wurde keine einzige Frage nach belasteten Baggergutmengen - und wo diese Mengen anfielen - spezifisch beantwortet? Warum wurden die jeweiligen Verbringungsorte nicht genannt? Warum wurden die Fragen nach den Nährstoff- und Schadstoffbelastungen der jeweiligen Baggerungen nicht spezifisch beantwortet?

Laut Baggergutkonzept ist der Umgang mit Baggergut doch entsprechend zu erfassen, wie man mir in der Antwort auf die Kleine Anfrage, Drucksache 14/1727, ausführlich dargestellt hat. Es hätte doch nur einiger entsprechender Tabellen bedurft, wie sie selbst bei Kleinen Anfragen üblich sind, Herr Minister! Warum wurden also keine Antworten, die die

(Roswitha Strauß)

Handlungsweise der Landesregierung nachvollziehbar machen könnten, gegeben?

Die Antwort ist leider so einfach wie auch niederschmetternd, jedenfalls für mich. Egal ob massiv belastet oder unbelastet, es muß davon ausgegangen werden, daß ausnahmslos verklappt wurde, und diese Bilanz wollte sich die Landesregierung selbstverständlich nicht selbst bescheinigen. Wie weit man bei der **Verklappung von Baggergut** gegangen ist - und zwar unter Hintenanstellung auch internationaler Abkommen, gesetzlicher Vorgaben, geschweige denn umweltrelevanter Gesichtspunkte -, zeigt die Antwort der Landesregierung zum Grundbruch auf dem ehemaligen Metallhüttengelände in Lübeck im Herbst 1998.

Während wir dieses Altlastengelände oberirdisch mit riesigem Millionenaufwand sanieren - hierüber bestand ja Konsens -, ist es unter Mitwirkung der Landesregierung möglich, den untersten Sott dieser Altlast, der sich nach dem Grundbruch in der Trave wiedergefunden hat, problemlos als zur Verklappung geeignet zu klassifizieren. Die Zauberformel dieser märchenhaften Verwandlung heißt: „Mischproben aus unterschiedlichen Tiefen.“ Ich kann nur sagen: Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Hintergrund ist natürlich, daß das Land als Mitgesellschafter der Grundstücksgesellschaft Neue Metallhütte Lübeck hier Verursacher und damit dann auch kostenpflichtig ist.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann würde ich mal eine Anzeige erstatten, Frau Kollegin!)

- Herr Kollege Matthiessen, jetzt kommen wir zur Förderpraxis. Ist aus dem Gutgemeinten das Gutgemachte geworden? - Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Während Sie sonst das Gras wachsen hören, bevor es gesät ist, haben Sie hier keine Fragen. Wir werden im Umweltausschuß noch darüber reden, darauf können Sie sich verlassen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zur **Förderpraxis der Landesregierung**: Ist aus dem Gutgemeinten das Gutgemachte geworden? Wir alle haben das unterstützt. - Mitnichten!

Die im April 1996 verausgabten Fördermittel von knapp 2,8 Millionen DM für eine Sedimentaufbereitungsanlage wurden nicht wie versprochen für einen Probetrieb mit einer 50prozentigen Förderung flankierend und nur so zielführend begleitet. Nein, wieder blieb die Landesregierung auf halbem Wege stehen, und so ist das Ergebnis nahezu folgerichtig: 2,8 Millionen DM Steuergelder sind futsch. Auch wenn Sie jetzt einen Prozeß führen, das Geld ist weg. Wirtschaftliche Perspektiven, Arbeitsplätze für die vielbe-

schworene Ökotechnik in Schleswig-Holstein? - Fehl-anzeige! Dieses Desaster hat auch gravierende Auswirkungen für die Hansestadt Lübeck und den anstehenden Hafenausbau. Auch Lübeck hatte auf die zugesagte Förderung eines Probetriebs gesetzt, auch Lübeck steht jetzt ohne greifbare Lösung da, und auch das, Herr Minister Bülck, ist für Sie nicht ganz ohne Interesse.

Das Fazit zieht die Landesregierung mit ihrer Antwort auf die Frage 48 selbst wie folgt: „Der Landesregierung sind zur Zeit keine in Schleswig-Holstein in Betrieb befindlichen Anlagen zur Verwertung von Baggergut bekannt.“ Soviel zur Förderpraxis und den sich daraus ergebenden Perspektiven für Wirtschaft und Umwelt in Schleswig-Holstein!

Zum Schluß die spannende Frage: Können wir sicher sein, daß es nicht zu einer **Hafenschlickdeponie in Bovenau** kommt? Herr Minister, Sie haben dazu weitreichende Ausführungen gemacht. Hat die Landesregierung - und das war meine Frage - nach den Debatten von 1996 in diesem Haus im Interesse der Bovenauer über Alternativen verhandelt, Ergebnisse produziert? Wir sind uns alle einig, wir brauchen in diesem Land keine Deponiekapazitäten mehr. Davon haben wir wirklich reichlich genug!

Wäre es dann nicht geradezu ein Gebot politischen Handelns gewesen, im Interesse der Bovenauer Bürger, im Interesse Schleswig-Holsteins und im Interesse der Umwelt diese Kapazitäten alternativ zu nutzen? - Aber nein! Statt das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen, ist die Landesregierung der Meinung, das seit acht Jahren währende Zeitspiel müsse weitergehen. Die Begründung der Landesregierung zu diesem Punkt könnte von Radio Eriwan stammen:

„Gemäß Koalitionsvertrag zwischen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 6.11.1997 ist der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg aufgefordert worden, ein Konzept zur Baggergutunterbringung zu erstellen. Dieses Konzept soll als Grundlage für weitere Gespräche und Verhandlungen dienen.“

Wir sind also zeitlich abhängig von dem Faktor „Hamburger Senat“. Das kann doch wohl nicht die Handlungsweise dieser schleswig-holsteinischen Regierung sein!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im übrigen stellen wir uns eine norddeutsche Zusammenarbeit anders vor, Herr Minister; das ist keine

(Roswitha Strauß)

Einbahnstraße, sondern hier müssen auch unsere Interessen in Schleswig-Holstein vertreten werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn es um Verordnungen geht - vom kleinkarierten Knickerlaß bis zur Aktion „Eichhörnchen“ -, ist der Umweltminister großartig; aber wenn es um wirkliches Handeln geht, wenn wirkliches Handeln gefordert ist, wenn es um die Interessen Schleswig-Holsteins und seiner Bürger geht, werden Tagebücher der Unfähigkeit geschrieben.

Meine Damen und Herren, wenn es eines weiteren Beweises dafür bedurft hätte, haben Sie ihn heute vorgelegt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Jacobs.

Helmut Jacobs [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit ihrer Großen Anfrage zur Baggergutentsorgung in Schleswig-Holstein befragt die CDU die Landesregierung in 64 Fragen über Themen wie Nährstoff- und Schadstoffbelastungen im Baggergut bis hin zur Verbringung von Baggergut. Ich habe - ehrlich gesagt - vorher nicht gewußt, daß zu diesem Thema so viel gefragt werden kann.

(Roswitha Strauß [CDU]: Na, bitte! - Martin Kayenburg [CDU]: Sie sind doch lange in Steinburg abfallpolitischer Sprecher gewesen! Das ist aber dünn, Herr Kollege!)

In einer Presseerklärung hatte die CDU die Große Anfrage damit begründet, daß überprüft werden sollte, ob die Landesregierung ihren eigenen Ansprüchen gerecht worden sei, die Baggergutentsorgung in Schleswig-Holstein umweltverträglich und ressourcenschonend durchzuführen. Durch die Fragestellung selbst wird unterstellt, daß möglicherweise mehr verklappt worden ist als ökologisch vertretbar. Zum gleichen Thema gab es bereits im Jahre 1990 eine Große Anfrage, die nach ihrer Beantwortung dann allerdings in einer Schublade verschwunden sein muß. Ich hoffe, daß diese erneute **Überprüfung der Baggergutentsorgung** nicht bei der vorgetragenen Kritik aufhört, sondern zu konstruktiven Vorschlägen zur ökologischen Weiterentwicklung im Lande führt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Mit der Beantwortung der Anfrage werden wir auf 26 Seiten teilweise umfassend über die Baggergutproble-

matik in Schleswig-Holstein informiert. Ich habe da in der Tat eine andere Wahrnehmung als Sie, Frau Strauß!

(Roswitha Strauß [CDU]: Sie wollen ja auch nichts wissen, Herr Jacobs; das ist doch klar!)

Es ist generell festzustellen, daß die **Entsorgungsregeln für Baggergut** einerseits im Spannungsfeld zwischen Wasser- und Abfallrecht und andererseits auch im Kontext internationaler Vereinbarungen wie der Baggergutrichtlinien der Oslo-Kommission und der Helsinki-Kommission zu sehen sind. Gerade die Ostsee wird stark durch die Zustromsituation aus der Nordsee bestimmt und weist sehr spezifische Verhältnisse hinsichtlich Rücklösungs- und Ausfällungsprozessen auf. Uns wird wieder einmal deutlich, daß Gewässerverschmutzungen vor Grenzen nicht haltmachen.

Wir erfahren aus den Antworten, daß Schleswig-Holstein im Grundsatz die Anwendung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes auf Baggergut bejaht, daß die stoffliche Verwertung Vorrang hat und daß die Grenzwerte der Klärschlammverordnung bei der Verbringung von Bedeutung sind. Wir erhalten einen Überblick über Baggergutmengen, Standorte, Spülfelder und technische Aufbereitungsverfahren. Viele Fragen beschäftigen sich speziell auch mit Lübeck - darauf sind Sie eben auch noch einmal ausführlich eingegangen -, aber ich habe den Antworten nicht entnommen, daß dort möglicherweise ungesetzliche **Verklappungen** durchgeführt worden sind, sondern Lübeck hat nach meiner Meinung vorbildliche Zukunftsideen; die wollen eine Mineralstoffaufbereitungsanlage errichten, in der mittel- und langfristig auch Baggergut aufbereitet werden soll. Ich denke, dies ist ein gutes Projekt für die Zukunft der Entsorgung des Baggerguts.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe damit gerechnet, daß die CDU mit der Beantwortung der Anfrage nicht zufrieden sein würde. In der Tat sind einige Antworten natürlich teilweise sehr knapp gehalten und häufig auch ohne Aussagekraft.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn aber einige Antworten dünn sind, dann liegt das an den falschen Fragen.

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist verwunderlich, daß in keiner Frage nach der Umsetzung des **Baggergutkonzepts von 1996** gefragt worden ist - vielleicht deshalb nicht, weil man

(Helmut Jacobs)

sich mehr an der zum selben Thema gestellten Großen Anfrage von 1990 orientiert und das einige Jahre später vorgelegte Baggergutkonzept gar nicht zur Kenntnis genommen hat. In diesem Konzept heißt es zum Beispiel, daß vor einer Ablagerung des Baggerguts stets zu prüfen ist, ob eine Verwertung des anfallenden Baggerguts technisch und wirtschaftlich möglich ist. Nur wenn dies möglich ist, kann eine Verbringung in Gewässer vor einer Ablagerung an Land in Betracht kommen. Zur Verwertung im Sinne dieser Regelung gehören auch die Verwendung des anfallenden Baggerguts für Strandaufspülungen, Aufhöhungen des Vorstrandes, wasserbauliche Unterhaltungsmaßnahmen und die landwirtschaftliche Verwertung. Ich hätte als Fragesteller auch einmal danach gefragt, inwieweit diese Vorgaben des Konzepts auch realisiert worden sind.

(Roswitha Strauß [CDU]: Das können Sie ja tun!)

- Ich habe aber nicht die Absicht, eine neue Anfrage hierzu zu stellen.

Die rote Lampe leuchtet hier, obwohl mir mein PGF gesagt hat, ich hätte zehn Minuten Redezeit; darauf hatte ich mich eingestellt. Ich werde deshalb jetzt versuchen, zum Schluß zu kommen.

Wir können uns gut vorstellen - das geht jetzt aus den letzten Antworten hervor -, daß Baggergut auf nicht TASI-konformen Deponien abgelagert werden könnte, um diese bis zum Jahre 2005 zu füllen. Wir sehen da aber keine große ökonomische Hilfeleistung für die Deponiebetreiber, weil diese Mengen nur sehr gering sind. Wir meinen aber auch, daß das nur geht, wenn es zu kreisübergreifenden Lösungen kommt, wenn es zu einem Landesabfallmanagement kommt, denn im Abfallgeschäft können die Kreise heute nicht mehr allein wurschteln.

Wenn die CDU hier eine Lanze auch für die Bürgerinnen und Bürger von Bovenau brechen möchte - auch dazu möchte ich jetzt zum Schluß noch etwas sagen -, dann erinnere ich daran, daß die Vereinbarung des Landes Schleswig-Holstein mit Hamburg von 1984 unter einer CDU-Regierung getroffen worden ist. Wenn man heute Bovenau definitiv ausschließen würde, dann würde dies zu einer Verschlechterung der Verhandlungsposition mit anderen möglichen Betreibern von Ablagerungsanlagen - zum Beispiel in den Kavernen in der Nähe von Stade - führen. Nach meiner Meinung müßte das, was der Umweltminister hier heute klar zum Ausdruck gebracht hat, ausreichend sein. Bovenau ist überholt. Die Landesregierung möchte Bovenau nicht und hat die Hamburger Regierung ständig aufgefordert, zu einer Lösung zu kom-

men, die Bovenau überflüssig macht. Dies sollten wir auch unterstützen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Pacta sunt servanda, Frau Strauß! Natürlich sind wir von Hamburg abhängig; in der Bovenau-Angelegenheit sind wir an bestehende Verträge gebunden.

(Roswitha Strauß [CDU]: Das heißt aber nicht, daß wir nicht eigene Ideen entwickeln dürften!)

- Das ist natürlich richtig, und der Umweltminister entwickelt ja auch eigene Ideen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte mich aber zunächst bei der CDU dafür bedanken, daß sie sich die Mühe gemacht hat, 64 Fragen zu dem komplexen Thema Baggergutentsorgung zu stellen. Besonders bedanke ich mich natürlich bei der Landesregierung, Herr Minister Steenblock, die auf alle Fragen ausführlich geantwortet hat.

Das Problem ist nicht die große Menge an unbelastetem Baggergut; das Problem sind die Stoffe, die TBT-verseucht oder organisch überfrachtet sind, also nicht das Baggergut, sondern das „Baggerschlecht“.

Die **Umsetzung des Baggergutkonzeptes** ist sehr problematisch, wie Minister Steenblock bereits in seiner Rede dargestellt hat. Die Entwicklung und Förderung alternativer Methoden zur Aufbereitung von Baggergut konnten leider bisher auf Landesebene, aber auch auf Bundesebene nicht so umgesetzt werden, wie wir uns das wünschen würden und wie es im Koalitionsvertrag auch tatsächlich - wie Sie das ja gesagt haben - vereinbart wurde.

Dies hat verschiedene Ursachen, die Ihnen, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sehr wohl bekannt sein dürften, wie man an der Art Ihrer Fragen und besonders der Detailfragen erkennt. Wer Ihnen diese Fragen in die Feder diktiert hat,

(Meinhard Füllner [CDU]: Na!)

kann der kundige Leser erahnen. Auch wir haben Kontakt zur Firma BALTICON. Daß dieses Projekt nicht anlaufen konnte, hat verschiedene Ursachen; zu denen gehört, daß in Aussicht gestellte Baggergut-

(Detlef Matthiessen)

mengen nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. Aber auch hier haben die komplizierten Zuständigkeiten und die sehr unterschiedliche Einschätzung zum Umgang mit Baggergut bei Bund und Ländern eine entscheidende Rolle gespielt.

Daß wir grundsätzlich auf die **Verwertung** von Baggergut setzen, zeigt ja die Tatsache der Förderung neuer Technologien in diesem Bereich. Trotz des Rückschlages, den nicht die Landesregierung zu verantworten hat, ist weiter auf diesen Weg gesetzt worden.

Jetzt den Finger in die Wunde zu legen und der Landesregierung Unfähigkeit im Umgang mit Baggergut zu unterstellen - das ist ja offenbar das erwartete Resultat Ihrer Anfrage -, nutzt niemandem, schon gar nicht den Bürgern Bovenaus, denen leider bisher immer noch nicht ihre unbegründeten Ängste vor einer Hafenschlickdeponie genommen werden konnten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Der Umweltminister hat gerade etwas anderes gesagt!)

Ich wiederhole: bisher nicht genommen werden konnten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie sagen „unbegründete Ängste“! Fragen Sie einmal Ihren Minister!)

- Das Verfahren ruht, Herr Kayenburg; das wissen wir alle. Aber nicht wir haben das Heft des Handelns in der Hand, sondern Hamburg.

(Zuruf von der CDU: Aber wir können es in die Hand nehmen!)

Wir werden sicherlich den Weg der Deponierung auf **Hausmülldeponien** gehen müssen, und das wird uns insofern erleichtert, als da ja die allseits bekannten Überkapazitäten im Lande bestehen.

Verklappung ist die schlechteste und ungläubwürdigste Lösung dieses Problems. Auch das Überdecken von anoxischen Sedimenten oder Altlasten ist nur Kosmetik, und die Folgen des eigentlichen Verklappungsprozesses für die unmittelbare Umgebung der Ostsee, in der ja Resuspension von sedimentierten Materialien natürlicherweise kaum vorkommt, sind in ihren Auswirkungen nicht abschätzbar.

Das Aufspülen von saurem Sand zu **Küstenschutz-zwecken** oder zur Sicherung von Badestränden ist nicht unproblematisch, aber wird ja vom Baggergutkonzept so zugelassen.

Die große Nachfrage und das geringe Angebot an derartigen Materialien sorgt aber dafür, daß wir hier relativ wenig Handlungsbedarf haben. Der Minister führte das aus.

(Die Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] reicht dem Redner ein Glas Wasser)

- Danke sehr! - Wir können hoffen, daß wir an Land, bei Eingriffen - zum Beispiel durch Tongruben - eher eine Entlastung durch das Baggergutkonzept zu erwarten haben.

Das Resümee: Wir fordern **Hamburg** auf, mit seinem **Hafenschlickkonzept** endlich in die Puschen zu kommen, und wir erwarten, daß es zwischen Bund und Ländern endlich zu einer gemeinsamen Einschätzung, daraus resultierend zu einer gemeinsamen Strategie beim Umgang mit Baggergut kommt. Hier liegen Konflikte und Zukunftschancen durch Nutzung von Ressourcen mit neuen Technologien sehr dicht beieinander, und der Knoten muß doch wohl durchzuschlagen sein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Matthiessen, ich bin auch einmal in der Situation gewesen, daß mir die Tränen kamen, weil ich praktisch kein Wort mehr sprechen konnte; das ist sehr unangenehm, wenn man hier steht. Ich kann das nachvollziehen.

Zum **Baggergutkonzept**! Herr Jacobs, vielleicht die eine Anmerkung: Kreise wurschteln nicht, und Ihre Bestrebungen, in der Abfallwirtschaft einen Zentralismus einzuführen, weise ich entschieden zurück. In zwei anderen Punkten will ich Ihnen nachher aber gern recht geben.

Angesichts der in der vergangenen Legislaturperiode in diesem Hause geführten Debatten zur **Verklappung von Baggergut**, in denen dies gerade von der linken Seite des Hauses als absolut unmöglich und so weiter beschrieben worden ist, finde ich es dann doch ein bißchen seltsam, wie inzwischen durch die Hintertür ganz langsam - und ohne daß man es in der Öffentlichkeit merkt - eben in bestimmten Fällen doch zur Verklappung gegriffen wird. In bestimmten Fällen ist dies ja auch sinnvoll.

Herr Minister, wir sind beruhigt, daß Sie sagen, **Bovenau** sei überflüssig, aber, bitte schön, es muß ir-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

gendwann auch für diese Gemeinde Sicherheit geben, daß Bovenau überflüssig ist, daß diese Deponie nicht gebraucht wird.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich teile Ihre Einschätzung, Herr Minister, daß eine **Verwertung** dann, wenn sie wirtschaftlich realisierbar ist - dafür gibt es inzwischen vielversprechende Ansätze -, eben auch gemacht werden soll, weil sie dazu führt, daß Rohstoffe im Land gespart werden können. Ich bin erstaunt, Herr Minister, wie problemlos Sie inzwischen mit einem Vorschlag der F.D.P.-Fraktion umgehen, doch die überflüssigen Deponiekapazitäten, die wir im Land haben, hierfür zu nutzen. Vielen Dank, daß Sie einmal auf einen solchen Vorschlag eingehen; es hat zwar lange gedauert, aber immerhin.

Herr Jacobs, in zwei Fragen stimme ich mit Ihnen überein: Die eine ist, Frau Strauß, Ihre Fraktion hätte Ihnen schon einmal sagen sollen, was es aus der letzten Legislaturperiode an Vorgängen gibt; das hätte Ihnen die Arbeit bei dem Fragenkatalog ein bißchen erleichtert. Wir brauchten das Baggergutkonzept nicht noch einmal abzufragen; das haben wir alle in unseren Schubladen liegen.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Das wäre etwas leichter gewesen.

Aber auch in einer anderen Frage möchte ich Herrn Jacobs recht geben: Die Beantwortung der Fragen ist teilweise äußerst oberflächlich, und von daher erübrigt sich eine Danksagung an das Ministerium. - Sie waren in dieser Bewertung ziemlich ähnlich, Herr Jacobs!

Es ist schon recht schlimm: 26 Seiten sind bedruckt worden, viel steht darauf nicht. Es ist beschämend, in welcher Weise mit dem Auskunftsrecht der Opposition umgegangen wird. Zum Beispiel muß man noch feststellen, daß die Presse informierter ist, als es die Landesregierung zu sein vorgibt. Auf Frage 59 nach den **Kosten** pro Kubikmeter Baggergut aus dem Hamburger Hafen bei den unterschiedlichen Möglichkeiten der Deponierung - Untertagedeponierung oder Verwertung - heißt es - ich zitiere -:

„Nach Auskunft der Wirtschaftsbehörde Strom- und Hafenbau wendet Hamburg aus seinem Haushalt derzeit jährlich 50 Millionen DM für die Behandlung und Unterbringung des anfallenden Baggergutes auf. Die Angabe von vergleichbaren spezifischen Kosten hat

die Freie und Hansestadt bisher nicht vorgelegt.“

Diese Antwort ist richtig, aber nicht zielführend - muß man einmal sagen.

Ich räume ein, das Thema hat die Landesregierung mit der Antwort nicht verfehlt, aber eine Antwort ist es eben nicht; sie sagt nicht das, was gefragt worden ist.

Bereits im „Flensburger Tageblatt“ vom 29. Dezember des letzten Jahres läßt sich nachlesen, daß die Deponierung in Bovenau mit 130 DM pro Kubikmeter zu Buche schlagen würde, daß die Lagerung in Salzkavernen bei Stade 300 DM und die Aufbereitung rund 40 DM pro Kubikmeter kosten würden.

Ein weiteres Mal zeigen die Landesregierung und speziell das Umweltministerium damit, daß sie entgegen ihrem Auftrag nicht bereit sind, Anfragen von Abgeordneten der Opposition umfassend zu beantworten.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Die **Informationspolitik** grüner Umweltminister ist ein einziges Trauerspiel. In Bonn verbietet Trittin, daß wissenschaftliche Veröffentlichungen im Internet als Information zur Verfügung gestellt werden, wenn die dargestellten Ergebnissen seinen politischen Wünschen widersprechen; in Kiel läßt sein kleiner Bruder, Umweltminister Steenblock,

(Heiterkeit)

Berichtsansträge der Opposition nur oberflächlich bearbeiten. Das sind die zwei Seiten derselben Medaille. Wer sich im Besitz der einzigen Wahrheit wähnt, den interessieren weder Transparenz noch sonst etwas. Das, was man zu Oppositionszeiten gesagt hat, ist dann, wenn man selbst in der Regierung ist, Schnee von gestern.

Ich bin sicher, daß die Antwort auf diese Große Anfrage in den Gemeinden Bovenau und Sehestedt mit Spannung erwartet worden ist, gleichwohl sind sie genauso schlau wie vorher. Es wird gesagt: Eigentlich ist sie überflüssig, aber den Standort müssen wir im Interesse der Verhandlungen mit Hamburg immer noch halten.

Ich glaube, es ist beschämend, wie wenig weiter wir innerhalb der letzten acht Jahre in der Frage **Bovenau** gekommen sind. Wir haben diese Diskussion im Landtag landauf, landab geführt, wir haben mit den Bürgern in Bovenau darüber gesprochen; ich meine,

(Dr. Christel Happach-Kasan)

es ist an der Zeit, daß Bovenau endlich von dem Etikett „möglicher Deponiestandort“ herunterkommt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur **Baggergutentsorgung** in Schleswig-Holstein macht deutlich, daß wir es hier mit einem Problem zu tun haben, das uns auch in den nächsten Jahrzehnten weiter beschäftigen wird. Das ist kein Grund zur Freude. Wir müssen feststellen, daß die Sedimentbelastungen unserer Gewässer hauptsächlich anthropogenen Ursprungs sind. Das läßt sich besonders - so geht es aus der Antwort hervor - in den Küstenbereichen von Einleitungen und in den Werft- und Häfen feststellen. Daher muß besonders in diesen Gebieten noch viel getan werden. Ich meine aber, daß wir mit den Umweltgesetzen dieses Landes auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Denn dank des Immissionsschutzes, der Düngeverordnung und der Schmutzwasserbehandlung in Kläranlagen hat sich die Situation in den letzten Jahren doch verbessert.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Hört, hört!)

Da jedoch die Anreicherung der Schadstoffe vom Wasser zum Sediment über einen langen Zeitraum geschehen ist, ist nicht so schnell mit einer Verbesserung der Situation zu rechnen. Daher meine ich, daß das Ziel einer umweltfreundlichen **Verwertung** des Baggerguts verstärkt verfolgt werden muß.

Daß heutige Verfahren zur technischen Aufbereitung des Baggerguts mit anschließender Verwertung vorangetrieben werden, zeigt uns das Beispiel der Freien und Hansestadt Hamburg. Hier wurde ein Unternehmen beauftragt, das mittlerweile zehn theoretisch sehr aussichtsreiche Verfahren für eine Verwertung erstellt hat, die unter Berücksichtigung ökologischer, technischer, realisierungsrelevanter und wirtschaftlicher Verfahrensparameter in Frage kommen könnten. Ich meine, daß dies Schritte in die richtige Richtung sind.

Weiter gibt die Antwort darüber Aufschluß, wie die Landesregierung zur Problematik mit dem **Hamburger Hafenschlick** steht. Unter diesem Fragenkomplex

hätte ich mir von der Landesregierung allerdings klarere Signale gewünscht.

(Thorsten Geißler [CDU]: Hört, hört!)

Sie stellt dar, daß der Standort **Bovenau** nach wie vor als potentieller Standort für eine Baggergutdeponie betrachtet wird. Jedoch wird von einem abfallrechtlichen Planfeststellungsverfahren derzeit abgesehen, da vorrangig eine Kavernenverbringung verfolgt wird. Hierüber hat der Hamburger Senat aber leider noch nicht befunden. Also läßt sich aufgrund der 1984 geschlossenen Rahmenvereinbarung zwischen den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein eine Deponierung in Bovenau grundsätzlich nicht ausschließen. Ich meine, daß für die Bürgerinnen und Bürger von Bovenau endlich eine klare Entscheidung getroffen werden muß. Ich habe den Umweltminister so verstanden, daß es zu keiner Deponie in Bovenau kommen wird. Ich möchte hinzufügen, daß sich der SSW jedesmal, wenn das in diesem Haus zur Sprache gebracht wurde, vehement gegen die Deponierung in Bovenau ausgesprochen hat.

Mit der Beantwortung der Frage, ob die Landesregierung beabsichtigt, das Baggergut auf **Hausmülldeponien** abzulagern, ist der SSW auf keinen Fall einverstanden. Es kann doch wohl nicht angehen, den Hafenschlick auf Hausmülldeponien zu lagern,

(Jost de Jager [CDU]: Warum nicht?)

selbst wenn diese nach der TASI als geeignet eingestuft werden. Damit würde ein neues Faß aufgemacht werden, und es würde zu neuer Unsicherheit in der Bevölkerung kommen.

(Konrad Nabel [SPD]: Ganz im Gegenteil, Frau Kollegin! - Martin Kayenburg [CDU]: Hausmüll ist giftiger!)

- Dem möchte ich dann nichts weiter hinzufügen, sondern da werde ich mich im Ausschuß noch einmal schlau machen.

Auch zum Problem der **Verklappung** werde ich im Ausschuß einige Fragen zu stellen haben. Denn ich habe vor meiner Zeit als Abgeordnete mitbekommen, wie die Diskussion verlaufen ist. Dazu sollten wir uns äußern.

Insgesamt - das möchte ich ehrlicherweise hinzufügen - hätte ich mir gewünscht, daß einige Antworten nicht ganz so luftig wären, wie sie es sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat Frau Abgeordnete Strauß.

Roswitha Strauß [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu zwei Punkten zu Wort gemeldet. Einmal zum Stichwort „Bovenau“! Herr Minister, wir freuen uns natürlich, daß Sie die Perspektive, die die CDU aufgezeigt hat, annehmen können. Ich möchte klarstellen: Das Heft des Handelns haben wir für Schleswig-Holstein schon in der Hand. Wir haben eine Alternativlösung, die Hamburg nicht annehmen muß - das ist völlig richtig -, aber wir sind nach wie vor nicht gezwungen, den Wunsch der Hamburger, das Offenhalten der **Bovenauer Deponie** und die Planfeststellung für diese Deponie, zu akzeptieren. Das war mein Ansatz, und ich möchte darum bitten, daß das nun endlich umgesetzt wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte darauf hinweisen - Sie haben sich ja gestern in ganz besonderer Weise zum Thema Technologie eingelassen, und wir unterstützen das auch -, daß die Bovenauer dort möglicherweise **Windkraftanlagen** betreiben möchten. Warum unterstützen Sie das nicht? Das wäre doch eine gute Sache! Dann wäre endlich einmal ein bißchen Planungssicherheit gegeben.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erst die Verträge schließen, und dann nicht einhalten wollen als CDU!)

- Ich will die Verträge einhalten, aber ich muß mir nicht von Hamburg sagen lassen, wie das zu machen ist. Wir bieten Hamburg eine Alternativlösung. Das haben im übrigen auch die Niedersachsen mit ihrer Kavernenlösung gemacht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Erst denken und dann reden, Frau Heinold, auch wenn man nicht in allen Themen so drinsteckt.

Ich möchte außerdem auf die Antwort auf unsere Große Anfrage und das Thema **Verklappung** eingehen. Uns war insbesondere auch das Thema Ostsee wichtig. In der Beantwortung auf meine Kleine Anfrage wird mir gesagt, kontaminiertes Baggergut werde an der Ostsee auf Spülfelder verbracht. In der Antwort auf unsere Große Anfrage machen Sie zu den Spülfeldern an der Ostsee, Glückstadt, die Aussage, Glückstadt werde neu konzipiert, und zum Spülfeld „Am Stau“ machen Sie gar keine Angaben, Sie wüßten nicht,

welche Kapazität; Lübeck habe gesagt, es sei nach wie vor in Betrieb.

(Frauke Walhorn [SPD]: Meinen Sie vielleicht Glücksburg? Glückstadt liegt an der Elbe! - Unruhe)

- Entschuldigung, Glücksburg. Ich bedanke mich. Ich werde mich an dieser Stelle bessern.

(Heiterkeit bei der CDU)

Die Probleme sind nicht ganz so einfach, wie Sie denken, Herr Wodarz!

Es geht mir um das Spülfeld „Am Stau“ in Lübeck. Die Landesregierung sagt in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage, kontaminiertes Baggergut werde auf Spülfelder verbracht, während sie in der Antwort auf unsere Große Anfrage zum Spülfeld Glücksburg sagt, es werde neu konzipiert, und zum Spülfeld „Am Stau“ werden keine Angaben gemacht. Sie wissen nichts über weitere Kapazitäten, sagen aber gleichzeitig, daß es weiterhin in Gebrauch ist.

Ich möchte auf das Protokoll des Umweltausschusses zurückkommen. Wir waren nämlich im April 1997 in Lübeck und haben uns das Konzept von BALTICON angehört.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluß!

Roswitha Strauß [CDU]:

Ja, ich komme zum Schluß, Entschuldigung!

Damals stellte die Abgeordnete Gröpel zum Spülfeld „Am Stau“ fest: Ob sich dieses Konzept, die Nutzung des Spülfeldes, beispielsweise mit dem Spülfeld „Am Stau“ angesichts des inzwischen eingetretenen ökologischen Wertes dieses Spülfeldes werde realisieren lassen, sei fragwürdig. Wenn man sagt, ein Spülfeld habe inzwischen einen ökologischen Wert bekommen, dann gehe ich davon aus, daß es nicht mehr in Benutzung ist.

Hier wird straff gelogen. Wir haben im Augenblick an der ganzen Ostsee kein Spülfeld. Es stellt sich also die Frage, wohin mit dem Zeug. Das heißt, es ist massiv verklappt worden.

Sie sollten sich als Rote und auch als Grüne vielleicht einmal die Frage stellen, ob das so schön ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung dem Umweltausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich frage die Fraktionen, ob ich jetzt noch Tagesordnungspunkt 22 aufrufen soll. - Nein. Dann rufe ich noch einen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache auf, nämlich Tagesordnungspunkt 38:

Beseitigung des Wracks des Frachters „Pallas“ vor dem Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer

Landtagsbeschluß vom 20. Januar 1999

Drucksachen 14/1880 und 14/1888

Bericht der Landesregierung

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW]

Drucksache 14/2067

Es ist keine Aussprache vereinbart worden. Ich lasse über den Antrag 14/2067 abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, daß wir um 15:00 Uhr mit Tagesordnungspunkt 32, Agenda 2000, beginnen werden.

(Unruhe)

- Ich habe die Sitzung noch nicht geschlossen. - Die Frau Ministerpräsidentin hat angeboten, über die Ergebnisse der Sondertagung des Europäischen Rates in einer Regierungserklärung zu berichten. Wir werden mit der Regierungserklärung beginnen. Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause.

(Unterbrechung: 12:50 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe den Tagesordnungspunkt 32 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Regierungserklärung zu den Ergebnissen des EU-Sondergipfels in Berlin „Agenda 2000 und ihre Auswirkungen auf Schleswig-Holstein“

b) Agenda 2000 - Agrarpolitische Vorschläge der Kommission

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1540

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1571

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1578

Bericht und Beschlußempfehlung des Agraraussschusses

Drucksache 14/2022

Ich erteile zunächst der Frau Ministerpräsidentin das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wer in diesen Tagen über Europa redet, muß auch darüber sprechen, daß in Europa wieder Krieg herrscht: ein Krieg der serbischen Regierung gegen das Kosovo, ein Krieg der Regierung gegen Mitmenschen, ein Krieg, der nach langen, erfolglosen diplomatischen Bemühungen nur noch eine Antwort zuließ. Milosevic ließ der NATO keine andere Wahl, als militärische Mittel einzusetzen, um dem Völkermord ein Ende zu setzen.

Europa kann diesem Völkermord nicht tatenlos zusehen. Europa darf und wird eine humanitäre Katastrophe nicht tolerieren. Die Leitidee für die europäische Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg war die Schaffung einer Friedensgemeinschaft. Heute gerät das im europäischen Alltag manchmal in Vergessenheit. Der **Kosovo-Krieg** führt uns grausam vor Augen, daß diese Leitidee nach wie vor aktuell ist und daß Europa eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik braucht.

Europa steht für mehr als Milchquoten und Strukturfonds. Es ist eine Idee für Herzen und Köpfe, und es wird unsere Zukunft sein.

(Beifall bei der SPD)

Daran sollten wir uns erinnern. Wir sollten nicht nur mit Buchhaltermentalität kurzfristig finanzielle Erträge bilanzieren und Defizite feststellen.

Die Einigung der europäischen Staats- und Regierungschefs zur Agenda 2000 ist ein sehr gutes Zeichen für Europa, weil es zeigt: Es geht weiter, und man ist gewillt, weiterzumachen. Sie ist eine gute Entscheidung für unsere Nachbarn im Osten, und sie ist gut für Schleswig-Holstein.

Mit der jetzt vereinbarten Reform der Agrar- und Strukturfonds hat die europäische Union eine wichtige Hürde auf dem Weg zur Erweiterung genommen. Bis zum Jahr 2006 können 80 Milliarden Euro für die neuen Mitgliedstaaten eingesetzt werden. Ein großer

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Akt der Solidarität! Darüber sollten und wollen wir uns freuen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn diese **Erweiterung der Europäischen Union** liegt im Interesse Schleswig-Holsteins. Unser Land, dessen Wirtschaft so eng mit der Polens und der baltischen Republiken verbunden ist, wird aus dieser Erweiterung ganz praktische Vorteile ziehen.

Unabhängig davon ist dieser Schritt auch politisch wünschenswert. Die Mitgliedschaft Polens, Estlands, Litauens und Lettlands in der Europäischen Union stärkt die Ostseeregion und damit auch unser Land Schleswig-Holstein. Das Ergebnis des Berliner Gipfels stärkt den Standort Schleswig-Holstein und gibt unserer Wirtschaft und den Arbeitnehmern gute Zukunftschancen.

Die Landesregierung hat stets den Gesamtzusammenhang der Elemente der Agenda 2000 betont. Ohne eine grundlegende **Reform der Agrar- und Strukturförderung** läßt sich die Erweiterung der Europäischen Union nicht solide finanzieren. Es war von vornherein klar: Verhandlungen nach dem Motto „Deutschland weniger bezahlen, Struktur- und Agrarförderung nicht kürzen und gleichzeitig die Osterweiterung finanzieren“ - das kann nicht funktionieren.

Aber natürlich haben wir für die schleswig-holsteinischen Interessen gekämpft. Ich bin froh, Ihnen heute - allen Unkenrufen zum Trotz - für Schleswig-Holstein ein insgesamt sehr befriedigendes Ergebnis präsentieren zu können. Wir bedanken uns bei der Bundesregierung und sprechen unsere Glückwünsche an Bundeskanzler Gerhard Schröder aus.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit Juni 1997 hat sich die Landesregierung in Bonn und Brüssel dafür eingesetzt, möglichst viele **Fördergebiete in Schleswig-Holstein** zu erhalten. Insbesondere haben wir dafür gekämpft, daß es auch künftig möglich ist, die Entwicklung des ländlichen Raums in Schleswig-Holstein zu fördern. Auch wenn zur Stunde noch kein abschließendes Urteil gefällt werden kann, kann man doch davon ausgehen, daß Schleswig-Holstein den Umfang seiner EU-Fördergebiete um ein Viertel erweitern kann - um ein Viertel erweitern kann! -

(Beifall bei der SPD)

und sich die Fördermittel für die **Regionalförderung** deutlich erhöhen werden.

Wenn die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs umgesetzt wird, werden sich die EU-Mittel für die künftige Ziel-2-Förderung für Schleswig-Holstein in den Jahren 2000 bis 2006 deutlich erhöhen. Zum Vergleich: In der nun zu Ende gehenden Förderperiode - 1994 bis 1999 - hat Schleswig-Holstein für die Ziel-2- und Ziel-5b-Förderung zirka 230 Millionen DM bekommen. Wir gehen davon aus, daß wir jetzt deutlich mehr bekommen werden. Damit wird es möglich sein, die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein auch in Zukunft intensiv zu fördern und auf den notwendigen Strukturwandel vorzubereiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bislang erhalten die Kreise Nordfriesland, Dithmarschen, Schleswig-Flensburg und Teile des Kreises Rendsburg-Eckernförde Förderung nach Ziel 5b. Große Teile Kiels kommen in den Genuß der Ziel-2-Förderung.

Aufgrund der neuen Gebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wird die schleswig-holsteinische EU-Förderkulisse künftig voraussichtlich zirka 850.000 Einwohner umfassen, fast 200.000 mehr als bisher.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn nicht auszuschließen ist, daß die Kommission noch Änderungen vornimmt, wird die Landesregierung folgende Gebiete bei der Europäischen Kommission anmelden:

- die gesamte Westküste, also die Kreise Nordfriesland und Dithmarschen und den Kreis Schleswig-Flensburg,
- die Kreisstädte Husum, Heide und Schleswig,
- ebenso strukturschwache Gebiete in Ostholstein sowie Stadtteile Kiels und der Hansestadt Lübeck,
- schließlich sehen wir auch noch eine Chance für angrenzende strukturschwache Gebiete in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Plön.

Alle neuen Ziel-2-Gebiete werden zudem Gebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sein. Allerdings wird das Herzogtum Lauenburg wegen seiner positiven wirtschaftlichen Entwicklung künftig nicht mehr als GA-Gebiet ausgewiesen. Allerdings, auch hier gilt: Alle Gebiete, die nicht berücksichtigt sind, können aus anderen Förderprogrammen gefördert werden wie etwa dem Ziel-3-Programm, Förderung der Humanressourcen und Forschungsförderprogrammen. Es

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

kommt nur darauf an, die richtigen, guten, zukunftsweisenden Ideen zu entwickeln.

Insgesamt ist das ein hervorragendes Verhandlungsergebnis, zu dem ich unserem Wirtschaftsminister Horst Günter Bülek ausdrücklich beglückwünschen darf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn alles, was wir bekommen, bekommen andere nicht. Ich kann mir vorstellen, daß solche Verhandlungen nicht immer einfach sind.

Mit diesen Entscheidungen sind die Grundrisse für das Regionalprogramm 2000 und die Fortsetzung unserer bewährten Strukturpolitik gegeben.

Es ist uns gelungen, bisherigen Ungerechtigkeiten bei der Festlegung der Fördergebiete ein Ende zu setzen, die in der Vergangenheit gegenüber Süddeutschland zu einer Benachteiligung unseres Landes geführt haben. Die Landesregierung hat sich dafür eingesetzt, daß die Europäische Union bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine aktivere Rolle spielt.

Nach dem heutigen Ergebnis des Gipfels kann man sagen: Schleswig-Holstein wird auch nach dem Jahr 2000 mit Hilfe der Europäischen Union seine Beschäftigungspolitik und seine aktive Arbeitsmarktpolitik fortsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollten die Förderung der erfolgreichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark fortsetzen. Heute können wir sagen: Es wird ein INTERREG III geben. Damit können wir die Kooperation mit unseren Nachbarn, insbesondere mit Sønderjylland, fortsetzen.

Wir wollten die Förderung der **interregionalen Zusammenarbeit** im Ostsee- und Nordseeraum fortsetzen. Wie Sie wissen, hat die Europäische Kommission 1997 auf maßgebliche Initiative Schleswig-Holsteins das neue INTERREG-IIc-Ostseeprogramm beschlossen und unsere Investitionsbank mit der Verwaltung beauftragt, worauf wir sehr stolz sind, weil wir als Partner der **Ostseeregion** damit anerkannt sind. Dieses Programm wird über das Jahr 2000 hinaus fortgeführt. Auch in der Nordseeregion wirkt sich INTERREG IIc positiv aus. Heute können wir sagen: Schleswig-Holstein wird damit auch künftig von der EU bei seiner Kooperation im Ostsee- und Nordseeraum unterstützt. Wir alle werden davon den Vorteil haben.

(Beifall bei der SPD)

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER III werden wir auch in Zukunft innovative Projekte - jetzt

voraussichtlich sogar im ganzen Land - fördern können.

Mit gemischten Gefühlen - das muß ich Ihnen zugeben - betrachtet die Landesregierung die Ergebnisse der **Agrarreform**. Richtig ist: Wir müssen das Europäische Agrarmodell auf den Weltmärkten wettbewerbsfähiger machen. Die Gesellschaft hat leider kein Verständnis mehr dafür, daß wir einfach Überschüsse produzieren, die nur mit hohen Subventionen verkauft werden können. Die in der Nachkriegszeit richtige Hochpreispolitik ist unbezahlbar geworden. Wir brauchen Ergänzungen und Verbesserungen.

Die europäischen Ausgleichszahlungen sind für weitere sechs Jahre gesichert. Für die Landwirte sind die jetzigen Beschlüsse erträglicher als die ursprünglichen Kommissionsvorschläge.

Allerdings: Die Reform geht mit Einkommensverlusten für die Landwirte einher. Der Wegfall eines Teils der Subventionen stellt die bäuerliche Landwirtschaft in Schleswig-Holstein vor hohe Anforderungen. Unsere Landwirte sehen sich erheblichen Einkommensverlusten konfrontiert.

Vor diesem Hintergrund gibt es keine Alternative zur Orientierung am Markt mit umweltgerecht erzeugten Qualitätsprodukten. Es kommt jetzt darauf an, die drohenden Verluste durch unternehmerisches Handeln zu verringern.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Landwirte haben dabei allerdings auch gute Karten. Die im Vergleich zu anderen Regionen hohen Hektarprämien bleiben ihnen erhalten. Der Strukturwandel wird und muß weitergehen, um den Betrieben eine rasche betriebswirtschaftliche Anpassung an die neuen Gegebenheiten zu ermöglichen.

Die Landesregierung wird diesen Weg weiter intensiv unterstützen, durch eine Investitionsförderung zur Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe ebenso wie durch die Eroberung neuer Märkte zum Beispiel im ökologischen Landbau.

Wir sind - wir stellen das mit Stolz fest - und bleiben eine Spitzenregion mit sehr guten natürlichen Voraussetzungen und hervorragend ausgebildeten Landwirten. Unter dem Strich hält die Landesregierung den Agrarkompromiß der Agenda 2000 für akzeptabel, weil wir mit den Herausforderungen fertig werden. Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird deshalb dem Ergebnis im Bundesrat zustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Aber auch wenn die schleswig-holsteinische Landesregierung mit den Resultaten des Berliner Gipfels sehr zufrieden ist, werden wir in den nächsten Wochen und Monaten eine breit angelegte Diskussion im Lande führen, damit alle wissen, welche Projekte wir gemeinsam angehen und welche Schwerpunkte wir in den kommenden Jahren setzen wollen, welche Initiativen und Kreativität wir von unten nutzen wollen.

Es geht bei diesen Ergebnissen nicht ausschließlich um Geld, auch wenn das in der öffentlichen Wahrnehmung den größten Raum einnimmt. Wir bekommen eine Chance, uns in Schleswig-Holstein mit allen gesellschaftlichen Gruppen über die zukünftige Position unseres Landes in Europa dahin zu verständigen, was wir in Europa darstellen können. Diese Chance bekommt man nur einmal, und wir werden sie nutzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, Sie werden verstehen, daß ich mich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich bei allen bedanke, die zu diesem guten Ergebnis beigetragen haben, zuerst, zuallererst und zuvörderst bei „Mister Ostsee“, Gerd Walter, und seinen Mitarbeitern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem danke ich Horst Günter Bülck, Klaus Buß und Heide Moser sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr großes Engagement, die es geschafft haben, mit ihren guten Ideen Europa und die Bundesregierung zu überzeugen. Ihre Arbeit hat sich für unser Land, für Schleswig-Holstein, ausgezahlt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Last, but not least möchte ich mich bei dieser Gelegenheit auch beim Landtag bedanken. Es war sicherlich nicht von Nachteil, daß zwischen den Fraktionen Konsens über Grundfragen zur **Agenda 2000** besteht. Natürlich schließe ich die MdBs ein, ebenso die Europaabgeordneten, die über alle Parteigrenzen hinweg die Interessen unseres Landes vorgetragen und verfolgt haben.

Ein großer Schritt ist getan worden. Ich darf Sie, die Damen und Herren Abgeordneten, aber bitten, in und mit ihren Parteien dafür zu werben, daß die schleswig-holsteinischen Abgeordneten im Bundestag und im Europäischen Parlament die Ergebnisse des Berliner Gipfels unterstützen, damit es uns gelingt, die Möglichkeiten und Chancen, die wir jetzt vor uns haben, der Bevölkerung so nahezubringen, daß alle die Ärmel mit aufkrempeln und anpacken und wir uns dieser Chance nicht begeben.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile jetzt dem Berichterstatter des Agrarausschusses, Herrn Hopp, das Wort zu Tagesordnungspunkt 32.

Claus Hopp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Europaausschuß hat sich in seiner Sitzung am 4. Februar und der Agrarausschuß in seiner Sitzung am 4. März mit diesem Tagesordnungspunkt beschäftigt. Als Ergebnis wurde der Antrag Drucksache 14/1571 angenommen. Das war der Antrag der SPD und der Grünen. Der Antrag der CDU, Drucksache 14/1540, und der Antrag der Freien Demokraten, Drucksache 14/1578, wurden abgelehnt.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? -

(Sabine Schröder [SPD]: Nach dem heutigen Ergebnis können wir, so denke ich, Herr Kollege Hopp, die Anträge für erledigt erklären! - Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

- Das kann noch in der Aussprache geklärt werden.

Ich eröffne jetzt die Aussprache und erteile zunächst dem Herrn Oppositionsführer das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Dank für das Ergebnis der **Agenda 2000**, das wir heute zu diskutieren haben, geht natürlich an alle, die mitgewirkt haben, insbesondere auch deswegen, weil das Ergebnis für Schleswig-Holstein erfreulich ist.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich glaube, es ist eine gute Botschaft, daß in den nächsten Jahren Millionenbeträge für Schleswig-Holstein und unsere Entwicklung zur Verfügung stehen. Wir freuen uns, daß das - so will ich es einmal sagen - Wasser für die Wirtschaft ab dem nächsten Jahr, dem Jahr 2000, in bekanntem Maße fließen wird. Wir werden die Pferde zum Saufen bringen.

Allerdings hat der Erfolg für Schleswig-Holstein einen relativ hohen Preis. In diesem Zusammenhang habe ich wenig Verständnis dafür, wenn der Kollege Hentschel das dahin kommentiert, daß die Erpressung der Republik durch eine süddeutsche Regionalpartei

(Martin Kayenburg)

endlich aufhören müsse. Es ist in der Tat so, daß unser Erfolg darauf beruht, daß die anderen Bundesländer, insbesondere die südlichen, weniger in die künftige Förderung eingebunden sein werden, als es bisher der Fall war.

Im übrigen ist zu bedauern, daß beispielsweise Lauenburg aus der Förderung herausgefallen und es nicht gelungen ist, die einzelbetriebliche Förderung nach wie vor durchzuhalten. Denn wir müssen sehen, daß gerade dies in der Vergangenheit ein wesentlicher Aspekt für die Entwicklung in den Regionen war. Diese **einzelbetriebliche Förderung** konnte leider nicht durchgesetzt werden.

Gescheitert ist man in Brüssel auch an dem Widerstand dagegen, daß die Entscheidung über die Förderung allein vor Ort durchgesetzt werden sollte. Bei aller Freude über das Ergebnis sollten wir nicht vergessen, daß all das, was künftig gefördert werden soll, zunächst einmal in Brüssel zur Genehmigung vorzulegen ist. Ich denke, vor dem Hintergrund ist das Ergebnis längst nicht so optimal wie es uns auf den ersten Blick erscheinen mag.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, ich weiß gar nicht, warum Sie stöhnen. Das ist Fakt, es ist so. Es wäre sicherlich besser, wenn wir allein entscheiden könnten, und wenn wir nicht wegen jeder Förderung in Brüssel nachfragen müßten und vor der Unsicherheit stünden, ob es denn durchführbar ist oder nicht. Das ist im Interesse des Landes von Bedeutung.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Konrad Nabel [SPD]: Wollen wir Europa, oder wollen wir es nicht?)

Ich glaube, daß Kompromisse erforderlich sind. Vor dem Hintergrund war es richtig, einen Weg zu finden, der sicherstellt, daß die Osterweiterung auch weiter möglich ist, wenngleich der Schritt sicher nicht so schnell durchzuführen sein wird, wie wir uns das in der Vergangenheit erhofft haben. Allerdings glaube ich, daß die notwendigen Voraussetzungen mit dieser Entscheidung in Berlin nun auch getroffen worden sind.

Wir müssen allerdings bedauern, daß wir zum Teil hinter den gesteckten Zielen deutlich zurückgeblieben sind. Insofern kann ich nicht verstehen, daß Sie Glückwünsche an Herrn Schröder aussprechen, Frau Ministerpräsidentin. Denn der hat ja eines seiner Ziele mit Sicherheit nicht erreicht. Er wollte den Nettobeitrag, der nach Brüssel geht, deutlich senken.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Diese Senkung ist nachweislich nicht erfolgt. Im Gegenteil, wenn Sie einmal von 1994 bis 1997 schauen, hatten wir eine Senkung von 27 Milliarden DM auf 22 Milliarden DM. Dann ist das Ergebnis in Berlin eher bescheiden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das pikante an dieser Situation ist doch folgendes: Mit dem Mißerfolg von Herrn Schröder haben wir als Schleswig-Holsteiner - ich sage auch Gott sei Dank - die Chance, daß wir mehr Mittel bekommen. Denn mit der Rückführung der Mittel, die Herr Schröder vorhatte, wäre die Förderung für Schleswig-Holstein erheblich schlechter ausgefallen. Von daher will ich mich diesem Glückwunsch ausdrücklich nicht anschließen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir müssen doch auch etwas tun, wenn wir die Osterweiterung wollen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich bin nach wie vor der Meinung - das habe ich eben auch gesagt -, daß Kompromisse erforderlich sind. Verheerend ist es nur, wenn die Kompromisse ausschließlich zu Lasten einer Bevölkerungsgruppe ausfallen. Die Stabilität unseres Landes - da sage ich nun wirklich nichts Neues - beruht auf einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Stadt und Land. Wenn wir die Lebensfähigkeit der Landwirtschaft einschränken, wenn wir in diesem Bereich erheblich kürzen, dann beschädigt das die Stabilität gerade unseres Landes Schleswig-Holstein.

Es gilt darum, die Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes zu erhalten, die ja gerade auch für unsere Städte wichtig ist. Von daher gibt es hinsichtlich der Agrarkomponente deutliche Kritik an den Berliner Beschlüssen, insbesondere deswegen, weil hier zusätzliche Belastungen auf die Agrarwirtschaft zukommen werden.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Es werden weitere Belastungen aus der Ökosteuer hinzukommen, die Zuschüsse für die Berufsgenossenschaften werden um 115 Millionen DM im Haushalt gestrichen. Diese Belastungen kommen auf die **Landwirtschaft** zusätzlich zu dem hinzu, was aus Brüssel beziehungsweise aus Berlin auf die Landwirte zugekommen ist.

Wir sind deswegen der Auffassung, daß wir im Rahmen der Förderung ein besonderes Augenmerk auf die ländlichen Gebiete zu richten haben und nicht - da

(Martin Kayenburg)

zusätzlich auch alle kreisfreien Städte in die Förderung hineingekommen sind - diesen Bereich überproportional fördern sollten.

Gestatten Sie mir ein letztes Wort zum Kommissionspräsidenten! Auch hier ist es ja nicht so, daß wir einen Erfolg von Herrn Schröder zu verzeichnen hätten, sondern dieser hat zunächst einmal Herrn Wim Kok vorgeschlagen. Ich meine, daß nun Herr Prodi durch allgemeinen Konsens zum Kommissionspräsidenten ernannt worden ist, ist sicher eine gute Entscheidung.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nur, diese gute Entscheidung ist nicht auf einen Erfolg oder eine Maßnahme von Herrn Schröder zurückzuführen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch das sollten wir hier deutlich machen.

(Holger Astrup [SPD]: Na, ob man das nun hier diskutieren muß!)

Schließlich glaube ich, daß wir bei den Ergebnissen aus Berlin noch einmal überprüfen sollten, wie es denn mit den **Förderkulissen** und den Gebieten wirklich aussieht. Denn anders, als es in der Pressemitteilung des Wirtschaftsministers von gestern stand, ist die Förderung nicht auf die Gebiete mit 23,4 % des Bevölkerungsanteils - wie das bei den GA-Mitteln ja wohl ausgehandelt worden war -, sondern nur auf die 18%-Linie festgelegt worden. Vor dem Hintergrund ist auch zu fragen, ob die hier genannten Zahlen in der Tat so stabil sind. Ich glaube, wir müssen hier die Beschlüsse aus Berlin noch einmal insgesamt und ganz genau überprüfen.

Diese Kritik soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir uns insgesamt für Schleswig-Holstein freuen, daß alle Gebiete außer Lauenburg nach wie vor in die Förderung hineinfallen und daß hier ein für Schleswig-Holstein insgesamt positiv zu bewertendes Ergebnis erzielt worden ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kayenburg, den Anfang und das Ende Ihres Beitrages fand ich gut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Meinhard Füllner [CDU])

Zwischendurch erinnerte mich das etwas daran, daß man zwar in der Suppe kein Haar gefunden hat, aber doch den Haarträger suchte.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute morgen lief eine „dpa“-Meldung über den Ticker. Sie spiegelt in schonungsloser Nüchternheit der Weltfinanzmärkte die augenblickliche Stimmung wider. Sie titelt: „Euro zwischen Agenda 2000 und Kosovo“. In ihr wird ein Frankfurter Devisenhändler zitiert:

„Für den Euro spricht die Einigung über die Agenda 2000, gegen ihn die Bomben in Jugoslawien.“

Dies zeigt, daß Europa mehr sein muß als ein Europa der Subventionen, mehr sein muß als ein Europa der Agrarquoten. Was wir brauchen, ist ein Europa der vereinten Regionen, wir brauchen ein Europa, das sich auch in der Außenpolitik im gemeinsamen Streit für die Menschenrechte stark macht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Und in diesem Sinne kommt auch der **Agenda 2000** eine doppelte Bedeutung zu. Mit ihr wird nämlich nicht nur das Finanzsystem der EU nach innen reformiert, sondern mit ihr schafft die Europäische Union auch die Voraussetzung für eine Öffnung nach außen, für die Aufnahme der neuen Beitrittskandidaten aus dem ehemaligen Ostblock, vor allen Dingen aus dem Ostseebereich.

Lassen Sie mich deshalb für die SPD-Fraktion eindeutig feststellen: Der heute nacht ausgehandelte Kompromiß zur Agenda 2000, zur **Finanz- und Agrarreform der Europäischen Union** ist gut.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er ist gut für die Europäische Union selbst, weil er die Handlungsfähigkeit der Union auch nach dem Rücktritt der Kommission zeigt. Er ist gut für Deutschland, weil er vorsieht, ab 2002 die Nettozahlungen an der Wirtschaftskraft der einzelnen Länder

(Lothar Hay)

auszurichten und so die finanziellen Ungleichgewichte zu reduzieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und er ist besonders gut für Schleswig-Holstein, weil es mit ihm gelungen ist, auch weiterhin überproportional viele Fördermittel für unser Land zu gewinnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit hat nicht nur Gerhard Schröder sein Meisterstück als EU-Ratspräsident abgeliefert

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Meinhard Füllner [CDU]: Seine Zwischenprüfung! - Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

- auch wenn Herr Kayenburg das aufgrund einer Personalie nicht so sieht -, sondern damit hat sich auch gezeigt, daß die Vertretung der Interessen Schleswig-Holsteins im europäischen Konzert bei dieser Landesregierung, bei Heide Simonis und Gerd Walter, in den besten Händen liegt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist vor allem ihr Verdienst, daß die „Landeszeitung“ - auch bekannt als Tageblatt - heute völlig zu Recht titeln kann: „Der Norden Sieger im Agenda-Poker“.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn obwohl Schleswig-Holstein schon bislang zu den am stärksten profitierenden alten Bundesländern gehörte, ist es gelungen, die **Förderkulisse** - bezogen auf die Fläche, aber auch bezogen auf die Bevölkerung - nochmals nachhaltig zu steigern. Das Verhandlungsgeschick der Landesregierung, von Wirtschaftsminister Horst Bülck, kann gar nicht hoch genug gewürdigt werden,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

insbesondere, wenn man berücksichtigt, daß - bezogen auf die Bundesrepublik insgesamt - die Zahl der Fördergebiete in den alten Ländern erheblich gekürzt werden mußte.

Mit dem Verhandlungserfolg im Rücken ist nun eine aktive Strukturförderung auch für die Zukunft gesichert. 1998 sind schon 6 Millionen DM aus Brüssel nach Schleswig-Holstein geflossen.

Bei dem Versuch, die Interessen aller Mitgliedsländer unter einen Hut zu bekommen - was eher an den Ver-

such der Quadratur des Kreises erinnert -, bleiben natürlich auch Ecken und Kanten. So sind im **Agrarbereich** wesentliche Entscheidungen beispielsweise bezüglich des Milchmarktes, aber auch hinsichtlich der Garantiepreise von Getreide zunächst vertagt worden. Sicherlich ist es zudem bedauerlich, daß auch der Vorstoß der Bundesregierung, eine nationale Kofinanzierung im Agrarsektor einzuführen, am Widerstand Frankreichs gescheitert ist. Trotzdem: Aus Sicht der heimischen Landwirtschaft bleibt unter dem Strich festzuhalten, daß es trotz erheblicher Einkommenseinbußen nicht zu den drastischen Verlusten kommen wird, die die ursprünglichen Vorschläge der EU-Kommission mit sich gebracht hätten.

Wir werden dabei die Bauern in Schleswig-Holstein mit ihren Problemen nicht allein lassen, wir werden die notwendigen Reformen zum Beispiel im Hinblick auf eine bessere regionale Vermarktung, eine engere Verzahnung mit der Veredelungswirtschaft oder eine stärkere Ausrichtung auf den Wachstumszweig ökologischer Landbau weiter unterstützen. Das ist immer auch das Ziel von Klaus Buß gewesen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend zwei Dinge hervorheben. Mit der Einigung über die **Agenda 2000** haben die Mitgliedsstaaten auf europäischer Ebene ein Stück Glaubwürdigkeit zurückgewonnen.

(Beifall der Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD], Günter Neugebauer [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Dies war um so wichtiger, als in weiten Teilen der Bevölkerung der Eindruck entstanden ist, daß der einzige Wirtschaftszweig, den die **Europäische Union** nachhaltig gefördert hat, der Wirtschaftszweig der Vetterwirtschaft war.

Für die neu gewonnene Glaubwürdigkeit steht nun auch ein Mann wie Romano Prodi, auf den man sich als Kommissionspräsidenten geeinigt hat. Für Schleswig-Holstein und für die SPD-Landtagsfraktion heißt die Einigung, daß wir nunmehr auf solider Basis in einen strukturpolitischen Dialog insbesondere über die Zukunft des ländlichen Raumes im kommenden Jahrtausend eintreten können.

Unsere vordringlichen Ziele werden aber weiter die Bekämpfung der regionalen Arbeitslosigkeit, die Sicherung der bäuerlichen Landwirtschaft und die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen dem Landesteil Schleswig und Søn-

(Lothar Hay)

derjylland, aber auch zwischen Ostholstein und Storstrøms Amt sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben jetzt die Möglichkeit, Schleswig-Holstein weiter gemeinsam zu einer innovativen und zukunftsfähigen europäischen Region auszubauen. Diese Möglichkeiten werden wir gemeinsam konsequent mit der Landesregierung nutzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich mußte noch die Rede zu Ende schreiben, weil das hier ja alles so brandaktuell ist.

Herr Kayenburg, ich möchte auf einige Ihrer Argumente zwar nicht chronologisch eingehen, aber doch einige davon aufgreifen. Sie haben gesagt, die Vereinbarung über die Nettzahlungen sei nicht gelungen. Die CDU hat sich in der Agenda-Debatte wiederholt in einen grundsätzlichen Widerspruch gebracht. Sie fordern, **Deutschlands Nettzahlungen** in den EU-Topf sollen heruntergefahren werden. Gleichzeitig wollen Sie die Osterweiterung finanzieren, und es darf auch in den Topf Landwirtschaft, landwirtschaftliche Fördermittel nicht hineingegriffen werden, obwohl er doch bekanntermaßen immer noch mehr als 50 % der EU-Mittel bindet. Wie Sie mit diesen Widersprüchen immer so glatt durch die Landschaft kommen - Respekt!

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Sie sprachen die einzelbetriebliche Förderung an. Ich möchte Ihnen da eines deutlich sagen: Die einzelbetriebliche Förderung ist ein marktverzerrendes Instrument. Wenn ein Betrieb meint, die Größe sei das, was ihn entwicklungsfähig mache, wenn er meint, eine bestimmte Technik einsetzen zu müssen, dann soll er das tun. Wir wollen Rahmenbedingungen fördern, wir wollen aber nicht in die Fiktion eines modernen Betriebes hineinfördern, was sich ja häufig auch als unrichtig herausstellt und den landwirtschaftlichen Strukturwandel extrem beschleunigt und zum Nachteil derjenigen Betriebe gerät, die die einzelbetriebliche

Fördermaßnahmen nicht in Anspruch nehmen wollen oder können.

Merkwürdigerweise sprachen Sie dann die **Ökosteuer** an. Mir ist nicht erklärlich, was die Ökosteuer im Zusammenhang mit der Agenda 2000 verloren hat. Ich sage Ihnen dazu aber folgendes: Es ist gelungen, die Landwirtschaft dem Gewerbe gleichzustellen, das heißt, sie wird von der Ökosteuer nur zu 20 % - wie Industrie und Gewerbe - betroffen. Die Landwirtschaft - das sage ich noch einmal deutlich - wird von dem Programm zur Förderung der Biomasse profitieren können. Die Auswirkungen der verbleibenden Ökosteuern, die der **Landwirtschaft** aufgelastet werden, werden bei weitem durch die Liberalisierung der Strommärkte einerseits und durch die Degression bei den Preisen für fossile Energieträger auf den Weltmärkten andererseits mehr als ausgeglichen. Also, jammern Sie nicht, die Landwirtschaft würde nennenswert durch die Ökosteuer belastet werden. Anderenfalls würde ich das gern noch einmal mit Ihnen vor ein paar Bauern genau durchrechnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Dazu laden wir Sie gern ein!)

- Herr Jensen-Nissen, aus Sicht meiner Fraktion befriedigen die agrarpolitischen Beschlüsse aus schleswig-holsteinischer Sicht nicht. Das habe ich hier schon mehrfach deutlich gesagt. Nehmen Sie nur folgendes Beispiel: Es gibt immer noch die verfluchte Maisprämie.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut! - Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Nicht gut!)

- Ja. Der Bauernverband kämpft dafür - und dabei sind 70 % der schleswig-holsteinischen Betriebe Futterbetriebe. Obwohl ein Drittel der Flächen des Landes natürliche Grünflächen sind, macht sich der Bauernverband für eine Maisprämie stark, wo sich der Anbau eh lohnt. Wir Grünen haben immer gefordert: Maisprämie weg, eine Flächenprämie für die Futterbauflächen im allgemeinen, Bullenprämie weg für 18 Monate alte Bullen, wo wir doch mit unseren Weidemastochsen das Alter überschreiten. Diese agrarpolitischen Beschlüsse sind für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft nicht gut. Das sage ich deutlich.

Ich komme jetzt vom Thema Landwirtschaft weg zu den ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen, zu der Förderung des ländlichen Raumes. Ich begrüße ausdrücklich im Namen meiner Fraktion die Vorträge

(Detlef Matthiessen)

der Ministerpräsidentin. Die Förderkulisse ist erfreulicherweise gewachsen. Nicht nur das,

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

das Fördervolumen ist erheblich gesteigert worden. Das ist wirklich eine Leistung unserer Landesregierung in den Verhandlungen, die sich weiß Gott sehen lassen kann.

Ich möchte mich dem Lob des „Ostseekönigs“ anschließen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht übertreiben!)

Ich möchte jedoch zu dem Ressort kommen, Herr Minister Buß, in dem die ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen abgewickelt werden. Es ist sicherlich auch für Ihr Haus eine hochehrwürdige Botschaft. Wir begleiten das Thema ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen wirklich gern. Ich weiß auch nicht, ob die EU-Kommission die neue, von Ihnen formulierte Richtlinie hinsichtlich der LSE inzwischen zertifiziert hat. Sie liegt der Kommission vor. Ich weiß nicht, wie dort der Zustand im Moment ist, ob die Arbeit abgewickelt wird. Aber die Inhalte dessen, was Herr Buß in Brüssel vorgelegt hat, können sich wirklich sehen lassen.

Die **ländlichen Strukturen- und Entwicklungsanalysen** in Schleswig-Holstein werden sich in Zukunft nicht mehr an Amtsgrenzen, an Kommunalgrenzen, sondern an Räume, die etwas Gemeinsames zu bieten haben, orientieren. Wir kommen ja aus der Gegend der Hüttener Berge. Das ist ein klassisches Beispiel. Diese gehen über mehrere Amtsgrenzen hinweg, sie schneiden manchmal auch mit den Grenzen durch Amtsgebiete hindurch. Wir kennen sehr positive Beispiele. Ich erwähne darüber hinaus nur Wiedingharde.

Was mich besonders erfreut, ist, daß Sie den Prozeß der Agenda 21 in die ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen implementiert haben. Dies ist die Philosophie, die der Entwicklung der **ländlichen Räume** in Schleswig-Holstein in Zukunft zugrunde liegt.

Die Entscheidungen werden auf die Ebene verlegt, wo sie hingehören, in die Kommunen, zu den Bürgern, dort, wo die Menschen vor Ort davon profitieren.

Auch Nichtregierungsorganisationen können sich an dem Prozeß der Erarbeitung ländlicher Struktur- und Entwicklungsanalysen beteiligen. Das ist nicht ohne Risiko. Das ist ein basisdemokratischer Ansatz, und wir kennen auch Beispiele, wo die Überlegungen eher

in die Richtung alter Dorfverschönerungs- und Dorf-erneuerungsmodelle gehen. Dann müssen wir schlucken und sagen: Jeder kriegt das, was er verdient. Das ist ein transparenter, natürlich auch von außen moderierter sehr demokratischer Prozeß, der die Chancen bietet, daß sich die Menschen vor Ort mit diesen Projekten identifizieren, oder - um das einmal mit Mao Tse-tung zu sagen:

(Zurufe von der CDU)

„Laßt tausend Blumen blühen!“ Ich denke, Minister Buß hat für die ländlichen Räume seinen Beitrag dazu geleistet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mir scheint, die Worte von Mao Tse-tung sind ungeeignet, den Prozeß der europäischen Einigung zu begleiten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es ist eine gute Nachricht für Deutschland und Europa, daß der **EU-Gipfel in Berlin** mit der Einigung über die Agenda 2000 zu einem Erfolg geführt werden konnte. Der Jubel muß verhalten bleiben angesichts der Tatsache, daß auf dem Balkan Krieg herrscht und erstmalig nach 50 Jahren deutsche Soldaten an diesem Krieg teilnehmen. Angesichts der Zerstörungen, die der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg Europa gebracht hat, ist mir unverständlich, daß nur 50 Jahre später wieder das Schüren von Haß, das Bombardieren von Dörfern, das Vertreiben von Familien aus ihren Häusern zum Mittel von Politik geworden ist. Toleranz gegenüber dem serbischen Diktator ist verfehlt. Der Krieg im Kosovo zeigt, daß die europäische Einigung noch nicht am Ziel ist. Er ist Ansporn, an dem ehrgeizigen Ziel festzuhalten, ganz Europa zum Frieden zu führen. Wir haben 50 Jahre Frieden erleben dürfen. Darin liegt eine Verpflichtung, anderen Staaten zum Frieden zu verhelfen.

(Beifall bei F.D.P., SPD und SSW)

Sowohl die SPD als auch die CDU/CSU haben mit ihren Forderungen nach Abbau der **Nettozahlerposition** den Gedanken der europäischen Einigung zur Erbsenzählerei verkürzt. Es ist dennoch ein annehm-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

barer Kompromiß gefunden worden. Dies ist ein Glücksfall. Den Weg zu diesem Ergebnis hätten sich viele von uns - kann ich mir vorstellen - etwas harmonischer gewünscht.

Mit den Ergebnissen zur Agenda 2000 sind wir auf dem Weg der Erweiterung der Europäischen Union um die osteuropäischen Staaten ein Stück vorangekommen. Deutschlands geographische Lage in der Mitte Europas wird sich in absehbarer Zeit in seiner politischen Lage in der Mitte der Europäischen Union widerspiegeln. Ich meine, dies ist ein Erfolg.

Darin liegen Chancen für den kulturellen Austausch. Länder mit einer gemeinsamen Kulturgeschichte finden wieder zusammen. Auch wenn zwölf Jahre **Nazidiktatur** und 40 Jahre der Trennung durch den **Eisernen Vorhang** überwunden werden müssen, bilden die davor liegenden Jahrhunderte gemeinsamer kultureller Entwicklung mit ihren vielen erhalten gebliebenen Zeugnissen eine wertvolle Basis für die Erweiterung der Europäischen Union um unsere östlichen Nachbarn.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Osterweiterung bedeutet einen enormen Gewinn an Sicherheit, bietet Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung. Eine wirtschaftliche Stabilisierung der osteuropäischen Staaten ist Voraussetzung dafür, daß sie ihre Umweltprobleme lösen können.

Die Kommissionsvorschläge zur Agenda 2000 sind von der F.D.P. immer im Zusammenhang mit den Vorteilen der Osterweiterung gesehen worden. Eine isolierte Betrachtung verbot sich angesichts der besonderen Bedeutung der Osterweiterung für Deutschland und insbesondere für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Die nun absehbare Erweiterung der Europäischen Union ist eine Bestätigung der Politik der Ostseekooperation. Schleswig-Holstein ist auf der Grundlage dieser Politik hervorragend auf die EU-Osterweiterung vorbereitet. Mit dem erzielten Ergebnis zur Agenda 2000 kann Schleswig-Holstein insgesamt zufrieden sein.

Unbefriedigend sind die Ergebnisse im Agrarteil der Agenda 2000. Notwendige Reformen wurden verschoben. Der Weg zu mehr Marktorientierung wird nur zögernd beschritten.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf zum Weltmarkt!)

- Herr Kollege Matthiessen, es ist schade, daß in Ihrem Beitrag nicht zu bemerken war, daß wir über die

Agenda 2000 diskutieren, weil wir die europäische Osterweiterung brauchen. Dieses sollte im Mittelpunkt stehen, und nicht irgendeine Kleinstdefinition in diesem gesamten Papier. Es tut mir leid, Herr Matthiessen!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der Weg zu mehr Marktorientierung wird nur zögernd beschritten. Für die Landwirtschaft wird die Agenda 2000 damit zunächst finanziell erträglicher. Dies ist jedoch ein kurzfristiger Gewinn, denn langfristig sind Reformen - wie zum Beispiel im Milchbereich - dringend erforderlich. Wir brauchen sie auch für junge Landwirte, die sich ausrichten wollen, die entscheiden wollen, in welcher Weise sie ihren Betrieb orientieren.

Gleichwohl sind Einbußen im Bereich der Landwirtschaft vorprogrammiert. Die Landesregierung hat Möglichkeiten, diese durch Abbau der spezifisch schleswig-holsteinischen **Wettbewerbsverzerrungen** zu vermindern.

Nur so kann ernstgenommen werden, daß sie diese Einbußen sieht. Sie muß handeln, und sie hat Handlungsmöglichkeiten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Die **Reform der Strukturpolitik** bedeutet für Schleswig-Holstein einen deutlichen Gewinn. Diese Reform führt insgesamt zu einer gerechteren Verteilung der Strukturmittel in Deutschland. Schleswig-Holstein profitiert davon in großem Umfang. Ursache der gerechteren Verteilung der Strukturmittel ist die Kohärenz von nationaler und europäischer Regionalförderung. Wenn der Norden gewinnt, muß es jemanden geben, der diesen Gewinn bezahlt. Es sind dies die süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg sowie Nordrhein-Westfalen. Bei allem Bedauern für deren Verluste, meine ich, ein bißchen mehr Gerechtigkeit für Schleswig-Holstein ist ein ganz bedeutender Gewinn.

(Beifall bei F.D.P., SSW und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die zusätzliche Regionalförderung in Schleswig-Holstein bedeutet eine große Chance. Je intelligenter wir sie nutzen, um so besser werden wir unsere Strukturprobleme lösen können. Es wird nicht ausreichen, die Anstrengungen allein darauf zu richten, alle möglichen Fördermittel einzufahren. Entscheidend wird sein, daß Projekte gefördert werden, die die

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Strukturschwäche der Regionen mindern, die Anreize zu Selbsthilfe geben und die darauf verzichten, unrentable Strukturen durch Förderung am Leben zu erhalten.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hars [CDU])

Die Beschlüsse in Berlin bedeuten, daß aus dem Haushalt der Union für die Erweiterung der Europäischen Union in den Jahren 2000 bis 2006 80 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Dies ermöglicht einen vernünftigen Start der Erweiterung. Das ist ein großer Akt der Solidarität. Die **künftigen Beitrittsländer** haben sich dies durch ihre völlig am Beitritt zur EU orientierten Politik verdient. Von all diesen Ländern sind in den vergangenen zehn Jahren hervorragende Leistungen erbracht worden. Bei allen Schwächen, die sie noch haben, sollten wir anerkennen, welche Anstrengungen sie zum Beitritt in die Union unternommen haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ereignisse im Kosovo machen deutlich, wie wichtig es ist, daran festzuhalten, daß Europapolitik auch immer Friedenspolitik sein muß. Im Moment befinden wir uns in dem Dilemma, daß mit militärischen Mitteln versucht wird, den Frieden in einem Krisengebiet wieder herbeizuführen, das historisch betrachtet mehr Kriege gehabt hat als die meisten anderen Gebiete in Europa. Wir wissen nicht, ob die **NATO** ihr Ziel erreichen wird. Das Ende der Aktion ist noch lange nicht absehbar. Wir wissen im Grunde genommen nicht, wie es ausgehen wird. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, sich in Erinnerung zu rufen, daß europäische Politik mehr als EU-Politik ist, daß ein ganz wichtiger Teil der europäischen Politik seit nunmehr 50 Jahren vom Europarat wahrgenommen worden ist. Wesentliches Merkmal dieser Arbeit ist und war eine Politik für die Menschenrechte und für die Minderheitenrechte in Europa.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit meine ich: Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, daß es bei der Osterweiterung der EU nicht zuletzt darauf ankommt sicherzustellen, daß sich alle Menschen - dort wo sie ihre Heimat haben - sowohl in sozialer, kultureller als auch in politischer Hinsicht frei entfalten können. Oder anders formuliert:

Minderheitenpolitik ist nichts Exotisches. Minderheitenpolitik sagt in jedem Fall etwas über den Stand der Demokratie in einer Gesellschaft aus. Gerade dies wird entscheidend dafür sein, daß wir letztendlich - so hoffen wir - gemeinsam den Konflikt im Kosovo überwinden können.

Gleichzeitig wird die Minderheitenpolitik Maßstab dafür sein, wie gut die Osterweiterung der EU gelingt. Ich stehe dazu, daß ich mir gewünscht hätte, daß es mehr Chancengleichheit für die baltischen und für die osteuropäischen Länder gegeben hätte, das heißt, daß es eine andere Modalität gegeben hätte.

Konkret gilt es jetzt jedoch, mit dem weiterzuarbeiten, was auf dem **Berliner Gipfel** beschlossen wurde. Für Schleswig-Holstein sind die erzielten Ergebnisse - das ist ja schon mehrfach gesagt worden - ein Erfolg. Dafür danke ich allen, die daran mitgearbeitet haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Paket der Agenda 2000 wurde nach langem und zähem Ringen letztlich doch geschnürt, wenn auch weiterhin Klärungsbedarf in einigen kritischen Fragen besteht. Wichtig ist jetzt nur, was dabei herausgekommen ist. Dabei muß man feststellen, daß das Ergebnis für unsere Landwirtschaft besonders im Hinblick auf die Stützpreissenkungen doch anders ausgefallen ist, als es die Landwirtschaftsminister in Brüssel festgelegt hatten. Dies bedeutet, daß unsere Landwirte in den nächsten Jahren weiterhin - wenn auch vermindert - mit Subventionierungen bei Milch, Getreide und Rindfleisch rechnen können. Auf den ersten Blick gesehen ist das natürlich für die landwirtschaftliche Entwicklung positiver als erwartet. Aber jeder weiß, daß wir eine **Reform** in dem bizarren Gefüge der **europäischen Agrarmarkordnung** dringend benötigen. Die gefundene Einigung ist da vielleicht doch kaum mehr als ein Reförmchen, oder vielleicht haben wir es wieder einmal mit einem typischen europäischen Kompromiß zu tun.

Schon in der ersten Debatte des Landtages zum Thema „Agenda 2000“ im Herbst letzten Jahres wurde das übergeordnete Problem klar umrissen. Die Hauptgründe für die Kürzung der Agrarförderkulisse sind die angestrebte Osterweiterung und die bevorstehenden **WTO-Verhandlungen**. Diese beiden Punkte stellen ein großes Problem für den europäischen und den deutschen Agrarmarkt dar. Das wird nach dem Kompromiß in Berlin wohl auch weiterhin so bleiben.

(Anke Spoorendonk)

Für den SSW galt damals: Wenn man die geplante Osterweiterung will, müssen neue Regelungen geschaffen werden. Bisher lagen die Agrarsubventionen bei über 50 % der EU-Ausgaben. Daß die Beibehaltung dieser Regelung bei einer gleichzeitigen Osterweiterung den europäischen Finanzrahmen sprengen würde, mußte jedem klar sein. Beides ist nicht möglich. Wir können nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilen, wenn wir ein wirtschaftlich ausgewogenes Europa schaffen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Der in der Agenda 2000 vorgesehenen finanziellen Förderung einer ökologisch orientierten Landwirtschaft sehen wir jedoch positiv entgegen. Hierbei darf man nicht außer acht lassen, daß wir in Deutschland im Gegensatz zu manch anderen europäischen Ländern fortschrittliche Umweltregelungen haben. Um gleiche **Wettbewerbschancen** auf europäischer Ebene zu schaffen, muß auf diesem Sektor unbedingt eine europaweite Ordnung geschaffen werden. Auch ist es für den SSW wichtig, daß finanziellen Einbußen, die durch die Subventionskürzungen eintreten - auch wenn wir heute noch nicht genau wissen, wie weit der Kompromiß denn eigentlich geht -, unbedingt Ausgleichszahlungen folgen müssen, denn der ländliche Raum - auch im Landesteil Schleswig - hat ja Probleme genug. Da es aber zwangsläufig auch zu Arbeitsplatzverlusten in der Landwirtschaft kommen wird, müssen diese unbedingt durch Kompensationsmaßnahmen der Wirtschafts- und Regionalpolitik aufgefangen werden.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Dies kann aber nur stattfinden, wenn entsprechende Strukturförderungen geleistet werden. Daß die Förderung für Schleswig-Holstein - ich denke hierbei besonders an den Landesteil Schleswig -, daß der Umfang seiner **EU-Fördergebiete** um ein Viertel erweitert wird und daß sich die Fördermittel für die Regionalförderung deutlich erhöhen, begrüßen wir natürlich außerordentlich. Das sagte ich schon in meinem Eingangsstatement. Gerade dieser Punkt hatte bei uns natürlich erhebliche Bauchschmerzen hervorgerufen.

Auch daß im Rahmen der **INTERREG-III-Förderung** Erfolge erzielt wurden, möchte ich lobend hervorheben. Für die Menschen im deutsch-dänischen Grenzland ist dies ein ganz wichtiges Signal.

Ich bin der Meinung, daß für das Land Schleswig-Holstein bezüglich der Strukturförderung im großen und ganzen wichtige Erfolge erzielt wurden. Diese Forderungen hatten wir auch in unserem Antrag zur letzten Agenda-Debatte erhoben. Die Anhörung Anfang Februar machte noch einmal die unterschiedli-

chen Interessenlagen der Verbände deutlich. Festzustellen war dabei, daß sich niemand der Angehörten gegen eine Osterweiterung ausgesprochen hat. Die Anzuhörenden machten deutlich, daß die natürlichen Voraussetzungen für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft so gut seien, um auf dem Weltmarkt existieren zu können,

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

sofern die notwendigen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Dazu gehört unter anderem, daß eine Degression der Stützpreiszahlungen unbedingt durch Ausgleichszahlungen kompensiert werden muß. Den Landwirten muß die notwendige Planungssicherheit gewährleistet werden. Ebenso wurde von vielen der Anzuhörenden eine ökologische Orientierung der Landwirtschaft befürwortet, wenn dies mit einer entsprechenden Honorierung verknüpft wird.

Für ein Land wie Schleswig-Holstein würde mit der Erweiterung der EU in Richtung der **Ostseeanrainerstaaten** ein enormer Markt eröffnet werden. Die Osterweiterung bringt für unsere Wirtschaft auch die Chance, neue Märkte zu erschließen. Daher ist es wichtig, den Beitrittsländern deutliche Signale zu kommen zu lassen. Ich möchte in Klammern hinzufügen, daß ich letztens in einer Zeitung las, daß der EU-Widerstand in Polen wächst. In Polen fangen jetzt aber gerade die schwierigen Verhandlungen an.

Für den SSW gilt weiterhin, daß eine konkrete Zusammenarbeit zwischen den Ländern viel wichtiger ist, als es große abstrakte Reformpläne sind, die auf ein Ziel hinarbeiten, das auf europäischer Ebene ganz unterschiedlich gesehen wird.

Also: Wichtig für Schleswig-Holstein, wichtig auch für die konkrete Zusammenarbeit in Europa ist das, was wir mit dem Berliner Gipfel erreicht haben. Ich wünsche uns allen eine glückliche Hand in der Fortsetzung dieser Arbeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Jensen-Nissen.

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sicherlich ist es richtig, daß das übergeordnete Ziel der Osterweiterung im Vordergrund aller unserer Überlegungen steht. Ich habe dies

(Peter Jensen-Nissen)

auch in der letzten Debatte um die Agenda 2000 sehr deutlich gesagt; ich habe aber auch gesagt, daß ich mich dagegen wehre - auch im Namen der CDU -, daß die Landwirtschaft als ein Hemmschuh in dieser Richtung gesehen wird. Wer die Demonstrationen der polnischen Bauern sieht, wer sieht, wie die **Anpassungsprozesse** Osteuropas erfolgen, der weiß, daß dies sehr viel mehr ein Arbeitsmarktproblem ist und daß der Ausgleich dort gesucht werden muß. In diesem Sinne sollten wir tätig werden, und zwar gemeinsam tätig werden.

Wenn hier die Erfolge des Herrn Schröder so plakativ dargestellt werden, möchte ich trotzdem versuchen, Revue passieren zu lassen: Was ist denn in den letzten drei, vier Monaten passiert? Die deutsch-französische Freundschaft ist nachhaltig beschädigt worden, und zwar durch „Ramboauftritte“ des Bundesaußenministers und des Herrn Trittin; und durch forsche Formulierungen des Bundeskanzlers ist das deutsch-französische Verhältnis nachhaltig belastet worden.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies haben Sie einfach zur Kenntnis zu nehmen.

„Tatsache ist,“

- und ich zitiere Alfred Grosser, der das in einer großen deutschen Tageszeitung gesagt hat -

„daß die Präsidentschaft von Bonn nicht ausgefüllt wurde.“

Darauf zielte ja auch der französische Vorwurf an die Regierung Schröder, unfähig zu sein.

„Die Deutschen waren zwar Teilnehmer der Diskussion, übten aber die Präsidentschaft nicht aus.“

Das ist die schlichte Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das ist die schlichte Wahrheit des Kompromisses von gestern nacht.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn der Kollege Matthiessen sich hier hinstellt und sagt, „Wie wollen wir die Enden zusammenbekommen?“, dann zeigt dies einfach, daß er von der Materie, in der er sich bewegt hat, schlichtweg keine Ahnung hat.

(Beifall bei der CDU)

Denn der Grundansatz von Herrn Fischler war ja: Senkung der Preise auf Weltmarktniveau bei gleichzeitigem Ausgleich um 50 %. Je höher dieser Ausgleich gewesen und je weiter die Absenkung gegangen wäre, um so höher - und dies ist es ja, was wir immer

gesagt haben - wären die Zahlungen in den **Agrarhaushalt** gewesen. Sie wären nämlich nicht in der Höhe von 40,5 Milliarden Euro zu halten gewesen, sondern sie wären deutlich auf 60 Milliarden Euro gestiegen.

Auf genau diese Problematik haben wir immer wieder hingewiesen. Insofern war das Einschwenken Ihres Bundeslandwirtschaftsministers auf den Kurs von Herrn Fischler ein Irrweg. Dies ist, glaube ich, in den Beschlüssen auch sehr deutlich geworden.

Ich glaube, die Verhandlungsergebnisse, die wir jetzt erreicht haben, müssen durch nationale Rahmenbedingungen verbessert werden. Das ist unabdingbar notwendig. Kollege Matthiessen - jetzt greife ich dankbar seine Kritik an der Ökosteuer auf -, Sie haben wohl die Bedingungen überhaupt nicht gelesen!

(Claus Ehlers [CDU]: Sehr richtig!)

Sie müssen in einem landwirtschaftlichen Betrieb mindestens 50.000 kW verbrauchen, bevor Sie überhaupt in den Genuß der Verbilligung und der Absenkung kommen; gleiches gilt bei Heizöl und Gas. Dort ist eine Riesenmogelpackung aufgemacht worden, und hier zeigt sich sehr deutlich, wo der Stellenwert der Landwirtschaft in der Politik Ihrer Regierung liegt.

(Beifall bei der CDU)

Die Ministerpräsidentin hat ja davon gesprochen, daß wir Landwirte in Schleswig-Holstein Spitze sind. Das mag ja so sein. Wenn Sie Ihre Ziele formulieren, dann ist ja sicherlich festzustellen, daß der Ökolandbau an der Wertschöpfung in Schleswig-Holstein nur mit 1,5 % beteiligt ist. Hier überproportional zu erhöhen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird unserer Aufgabe insgesamt nicht gerecht.

(Zuruf der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Eines ist doch auch ganz klar: Sie haben, Frau Schröder, in diesem Land die größte Belastungsarie für die Landwirtschaft überhaupt gestartet; so ist das bislang in keinem anderen Bundesland erfolgt.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Die Garantiepreise - nehmen Sie das doch bitte einmal mit - für Ackerkulturen

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

werden in zwei Schritten um 7,5 % reduziert, und zwar in den Jahren 2000 und 2001. Die Rindfleisch-

(Peter Jensen-Nissen)

preise werden unverändert gekürzt - das ist Beschlußlage der Kommission - und bleiben nicht unverändert auf dem Satus quo. Die Aufstockung der Milchquoten in den Südstaaten ist das Ergebnis dieses Verhandlungsmarathons. Das bedeutet 1 % mehr Quote, 1 % mehr Marktbelastung. Wer hier noch von einem positiven Ergebnis spricht, der kennt die Beschlußlage überhaupt nicht, der weiß nicht, daß dies um 8 % preissenkend wirkt.

Ich darf das Ergebnis der Präsidentschaft Schröder einmal zusammenfassen: Mit der Haltung Frankreichs zur Agenda 2000 ist der deutschen Landwirtschaft mehr gedient als mit der Politik der Bundesregierung. Das vorliegende Ergebnis ist dem französischen Präsidenten zu verdanken und nicht dem Bundeskanzler.

(Lachen bei der SPD)

- Das war ja nun so; Sie können ja die Verhandlungsprotokolle nachlesen.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Wissen Sie, wenn Sie einmal in die „FAZ“, in die „Welt“, in den „Spiegel“ geguckt hätten, hätten Sie die Fundamentalkritik von Herrn Chirac und von Herrn Glavany schon bemerkt. Dieser Kompromiß, den Herr Funke verkündet hat, war ein Nullsummenspiel; nichts anderes war das, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Ja, ja, unangenehme Wahrheiten! Sich vielleicht in einem Detailerfolg zu sonnen, ist das eine, aber unangenehme Wahrheiten zu ertragen, ist die andere Schwierigkeit.

Die Verschiebung der Lösung der Milchmarktproblematik eventuell bis zum Jahre 2000 ist schlichtweg nicht akzeptabel. Unsere nationalen Probleme, die ja Herr Funke lösen wollte - dort hat er ein Chaos angerichtet -, werden fortbestehen. Ein angedachter Ausstieg aus der Milchquote ab 2006 ist damit wegen fehlender Übergangsfristen kaum noch möglich. Berechtigte deutsche Interessen für einen notwendigen Ausgleich sind nicht berücksichtigt worden, die Einkommensverluste für die deutsche Landwirtschaft werden bestehen bleiben, und unsere Landwirte werden mit einer verschlechterten Einkommenslage in die WTO-Verhandlungen geschickt und müssen dann noch einmal bluten. Das sage ich Ihnen heute voraus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen weiter voraus: In Kürze werden wir eine Agrarreform-III-Diskussion haben. Dafür sind Sie verantwortlich; die Mitschuld daran tragen Sie!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Jensen-Nissen, ich finde es schade, daß Sie diesen schwer errungenen Kompromiß, an dem viele beteiligt gewesen sind - auch die Vorgängerbundesregierung -, so niederschmettern, und ich finde den Ton unangemessen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem die Ministerpräsidentin, aber auch die Fraktionsführer den Agrarbereich mit einbezogen haben, hätten wir auf diese gesonderte Debatte verzichten können. Aber wenn das nun einmal von Ihnen so gewollt wird, muß das so sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe schon, daß die Landwirte in diesem Bereich der Agenda 2000 besonders betroffen sind, und es geht ja auch darum, daß es unterschiedliche Interessen der Nordbundesländer, der Südbundesländer, der osteuropäischen Länder und auch Frankreichs gibt, und natürlich gibt es da Interessenkonflikte.

Da etwas auszuhandeln, ist nicht einfach. Ein Kompromiß kann dann für niemanden optimal sein.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Aber ich denke, die Osterweiterung ist für die Landwirtschaft eine Chance, aber auch eine Herausforderung; denn der Beitritt von neuen Ländern zur EU bedeutet einen Zuwachs an Einwohnern von über 100 Millionen an der Zahl. Die Anbaufläche im Agrarbereich verdoppelt sich. In Polen beispielsweise sind in der Landwirtschaft ebenso viele Menschen beschäftigt wie in der Landwirtschaft in den gesamten Vereinigten Staaten. Daß da Probleme entstehen und der Strukturwandel schmerzlich sein wird, ist völlig verständlich.

Bereits jetzt betragen die Agrarausgaben des EU-Haushaltes rund 44 %. Von den Mitteln aus dem EU-Haushalt in Höhe von 594 Millionen DM - das sind 3,3 % des Landeshaushaltes - fließen allein in Schleswig-Holstein rund 480 Millionen DM in die Landwirtschaft. Das sind die Zahlen von 1997.

Diese Dauersubventionen sind gesellschaftlich nicht hinnehmbar, zumal der Landwirt kaum merkt, daß seine Leistung honoriert wird.

(Sabine Schröder)

In einer aktuellen Sendung im Fernsehen wurden die durchschnittlichen Subventionszuschüsse pro Landwirt mit 57.000 DM im Jahr beziffert.

Daher ist die Linie, die Richtung der Agenda 2000 im Agrarbereich auch richtig: Abbau der Garantiepreise, hin zu mehr Weltmarkt, Ausgleich durch Direktzahlungen für Umweltmaßnahmen und für die Entwicklung ländlicher Räume.

Es wäre unfair, gegenüber den Landwirten zu verschweigen, daß es Einkommensverluste geben wird, wenn der Agrarretat auf der jetzigen Höhe von 40,5 Milliarden Euro bis 2006 eingefroren werden soll. Sie brauchen Planungssicherheit, um marktmäßig und betriebswirtschaftlich reagieren zu können.

Möglichkeiten sehe ich in sinkenden Futtermittelpreisen und Kostensenkungen durch technischen und züchterischen Fortschritt.

Viele Landwirte nutzen bereits jetzt die Chance des Zuverdienstes über ein unternehmerisches zweites oder drittes Standbein. Der beste Gewerbesteuerzahler in meiner kleinen Gemeinde ist ein Landwirt, der Reiterferien auf dem Bauernhof anbietet.

Ein weiteres Beispiel vor Ort belegt die Zusammenarbeit von Gemeinden, Bauernverband und Umweltverbänden - nicht ein Gegeneinander, sondern ein Miteinander! -: In drei Gemeinden wurden einvernehmlich - das ist keine Selbstverständlichkeit - Pläne erarbeitet, wie Landwirte für Umweltleistungen direkt entlohnt werden können.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nach den Plänen der Agenda 2000 eine gute Chance! Bisher war diese Förderung nicht möglich. Statt zu greinen und zu schimpfen, sollten solche Chancen genutzt werden.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD], Helmut Plüschau [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies wurde auch in der Anhörung durch den Agrarausschuß, den Wirtschaftsausschuß und den Europaausschuß des Landtages am 4. Februar deutlich.

Durch den massiven Einsatz des Bundeslandwirtschaftsministers Funke ist es gelungen, die von der Kommission geplanten Preissenkungen erheblich abzumildern. Eine Einigung der verschiedenen Länderinteressen ist weiß Gott nicht leicht. Die „Shoppingliste“ der Agrarminister hätte andererseits ein Plus von 25 Milliarden Euro bedeutet und - jetzt

kommt es! - zu 60 % zugunsten von Frankreich. Daß es da Schwierigkeiten gibt, ist doch klar. Von daher ist es zu begrüßen, daß Minister Funke ein Kompromiß gelungen ist, von dem man insgesamt sagen kann: Dat harr noch leger warn kunnt.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Wie ich höre, sind bei der heutigen Einigung in Berlin die Vereinbarungen der Agrarminister nur unwesentlich verändert worden beziehungsweise ist die Abstimmung darüber vertagt worden. Auch ich bedauere es, daß beim Milchmarkt eine Lösung aufgeschoben wird; ich hätte mir auch gewünscht, daß die Neuregelungen im Agrarbereich ein viel Weniger an Bürokratie bedeutet hätten. Ich meine auch, daß hier nachgebessert werden muß.

Zu den Anträgen möchte ich noch sagen, daß sie durch die heutigen Beschlüsse erledigt sind.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Jensen-Nissen, Sie haben mich motiviert, doch noch einmal nach vorn zu kommen.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Da haben wir ein Ergebnis, das ein Stück Geschichte ist. Da ist etwas erreicht worden, es geht nach vorn. Da haben wir eine Landesregierung, die mit einem sehr weltoffenen Europaminister

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

tatsächlich erreicht hat, viel für Schleswig-Holstein herauszuholen. Da haben wir einen CDU-Fraktionsvorsitzenden, der es schafft, dies anzuerkennen und eine Rede zu halten, in der er sich nicht verbiegt, sondern diese Leistungen fürs Land anerkennt.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Da haben wir einen Bauernverbandspräsidenten, Herrn Steensen, den wir weiß Gott nicht oft loben, der heute morgen in einem Interview sehr ausgewogen, differenziert geantwortet hat und kein schlechtes Wort für Herrn Schröder fand, obwohl er nahezu genötigt wurde, sich in den betreffenden Fragen ne-

(Monika Heinold)

gativ über Schröder zu äußern. Nein, Anerkennung trotz der Kritik, die es in der Sache gibt. Und da stellen Sie sich hier hin, kleinkariert, als wären Sie gerade hereingekommen und hätten die Debatte am Rande einmal mitbekommen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

nach dem Motto: „Immer drauf auf die Landesregierung, immer drauf auf Rot-Grün, egal wozu“,

(Martin Kayenburg [CDU]: Im Zweifel ist das immer richtig!)

damit Sie bei der nächsten Zusammenkunft der Mitglieder Ihres Ortsverbandes oder des Bauernverbandes glänzen können. Ich weiß nicht, ob die für so ein Niveau dankbar sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Und das hat Sie jetzt motiviert? - Martin Kayenburg [CDU]: Ich dachte, Sie wollten etwas zur Sache sagen! - Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Walter das Wort.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man einen solchen Prozeß im nachhinein analysiert, dann stellt sich unter anderem eines heraus: Eine der wesentlichen Voraussetzungen und Stärken des ganzen Prozesses, der Begleitung eines ungewöhnlich schwierigen Verhandlungsprozesses war in Schleswig-Holstein, daß wir es uns nicht geleistet haben, uns über Grundfragen der Agenda 2000 landespolitisch zu zerstreiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Wir sollten diese Form von Einigkeit im Grundsatz auch in die Bewertung dieses Ergebnisses hinübertragen.

Herr Jensen-Nissen, auch ich möchte Ihnen jetzt nicht die Zitate des Bauernverbandes von heute morgen vorhalten,

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Ich kenne sie alle!)

der gewürdigt hat - dann hätten Sie das vielleicht auch so wiederholen sollen -, daß beim Berliner Gipfel die Sorgen der Bauern aufgegriffen und die Belastungen

durch das Agrarreformpaket der Agenda 2000 gemildert worden seien.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich will das jetzt gar nicht diskutieren, ich hänge mich nur an einem Wort auf, das Sie gesagt haben: Sie haben gesagt, hier würde man sich in einem Detailerfolg sonnen. Wir stehen vor dem größten Förderprogramm in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein mit Hilfe der Europäischen Union.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Das ist kein Detailerfolg, das ist eine Riesenchance für dieses Land, die so schnell nicht wiederkommt. Lassen Sie uns das Ergebnis deshalb nicht kleiner machen, als es ist. Es wird uns übrigens gemeinschaftlich noch sehr viel Arbeit machen, weil die grundsätzliche Entscheidung zu haben und anschließend etwas Anständiges daraus zu machen - Frau Happach-Kasan, Sie haben das besonders deutlich erwähnt -, nicht automatisch die gleiche Sache ist.

Wenn es um die politischen Bewertungen geht, gerade auch aus der kritischen Sicht der Landwirtschaft heraus, möchte ich noch einmal fragen: Wissen Sie eigentlich, was geschehen wäre, wenn man sich in Berlin nicht geeinigt hätte? Das wäre ein schwerer Schlag für die Erweiterung gewesen und damit ein Schlag für eine der großen Chancen dieses Kontinents.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Im übrigen wäre dieses Europa auch ökonomisch ganz gewaltig abgestraft worden. Denn die Devisenmärkte hätten natürlich reagiert. Wir sind ja nicht mehr im Sandkasten, wir sind im Euroland, und das ist ein ganz gewaltiger Unterschied.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Insofern liegt mir daran, daß wir die grundsätzliche Einigkeit in der ganzen Vorbereitung auch in die Bewertung hinübertragen.

Herr Kayenburg, damit wir wissen, worüber wir reden, möchte ich zu drei Punkten etwas sagen.

Erstens. Sie haben dem Sinne nach gesagt, es ändere sich nichts an der Bevormundung durch Brüssel bei der Auswahl der Fördergebiete. Das ist keine zutreffende Einschätzung. Wir haben noch nie soviel Frei-

(Minister Gerd Walter)

heit bei der Auswahl der Fördergebiete gehabt wie jetzt.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hatten noch nie soviel Gestaltungsfreiheit bei der Formulierung der sogenannten **operationellen Programme** wie jetzt. Es ist den Mitgliedstaaten noch nie soviel Freiheit gelassen worden, die Fördergebiete in ihrem innerstaatlichen Schlagabtausch festzulegen. Auch wenn nicht alle Blümenträume, was Verwaltungsvereinfachung angeht, gereift sind, so ist dies unterm Strich doch ein ganz wichtiger Punkt. - Wenn ich Sie falsch verstanden haben sollte, in Ordnung. Ich möchte nur sagen: Es ist auch in dieser Hinsicht wirklich ein großer Fortschritt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zweitens. Damit kein Mißverständnis besteht, sollte man den Lauenburgern noch einmal sagen: Lauenburg ist nicht aus der europäischen Förderung herausgefallen - Lauenburg war als Region nie darin -, sondern es gibt eine Veränderung bei der **Gebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe**. Die Frau Ministerpräsidentin hat es bereits gesagt: Lauenburg kann wie alle anderen Regionen auch natürlich an den Programmen der Europäischen Union teilhaben, die nicht an eine Fördergebietskulisse gebunden sind, und das sind unterm Strich noch eine ganze Menge.

Drittens. Herr Kayenburg, ich möchte das Stichwort der einzelbetrieblichen Förderung aufnehmen. Sie haben gesagt, da sei etwas nicht durchgesetzt worden. Das Thema **einzelbetriebliche Förderung** bezieht sich auf einen sehr schmalen Korridor, eine Reststreitfrage zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kommission über das Ausmaß der Fördergebietskulisse. Es gibt eine gewisse Grauzone zwischen dem, was in der Größenmasse unstrittig ist, und einer kleinen Marge, die noch strittig ist, und zwar strittig nicht im Hinblick auf die Frage, daß generell gefördert werden kann - ich rede hier über Teile der Arbeitsmarktregion Kiel, Rendsburg-Eckernförde -, nicht strittig im Hinblick darauf, daß prinzipiell gefördert werden kann, sondern strittig bezogen auf die Frage, was gefördert werden kann.

(Zurufe: Genau!)

Nur in diesem kleinen Teilbereich bedarf es einer abschließenden Klärung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kommission im Hinblick auf die einzelbetriebliche Förderung. Ich sage das, damit nicht der Eindruck entsteht, daß die einzelbetriebliche Förderung in Schleswig-Holstein generell strittig wäre.

Letzte Bemerkung! Herr Kayenburg, Sie haben die Frage aufgeworfen: Wer hat gewonnen, wer hat verloren, Sieg von Schröder oder nicht, ja oder nein, vor oder zurück? Im Zusammenhang mit der Nettozahlerdebatte sage ich ganz ehrlich, daß ich nicht immer glücklich gewesen bin über die Art und Weise, wie in Deutschland generell, auf allen Seiten, teilweise auch durch wechselseitiges Antreiben, die Nettozahlerposition Deutschlands in Teilen der öffentlichen Wahrnehmung zum alleinigen Maßstab des Erfolgs einer Präsidentschaft gemacht worden ist.

(Glocke des Präsidenten)

Ich kann nur raten - auch im Hinblick auf die Debatte, die in Bonn abläuft -, daß man dies nicht zum Maßstab der Beurteilung des Ergebnisses dieses Gipfels macht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man die Frage stellt, wer auf diesem Gipfel eigentlich gewonnen hat, dann sage ich Ihnen ganz einfach: Gewonnen hat ein Europa, das sich nicht in Erbsenzählerei erschöpft. Das ist das wichtige Resultat dabei.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P., SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund sollten wir uns schlicht und einfach freuen. Es ist am Ende ein super Ergebnis für Schleswig-Holstein und ein schönes Ostergeschenk. Die Arbeit werden wir in Zukunft noch kriegen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Ich stelle fest, daß wir die Regierungserklärung zur Kenntnis nehmen. - Dem wird nicht widersprochen. Die Anträge sind zurückgezogen worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 22 auf:

Stellungnahmen zum Landschaftsprogramm

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2036

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2064

Wird das Wort zur Begründung des Antrages gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich zur Berichterstattung der Landesregierung dem Herrn Minister für Umwelt, Natur und Forsten das Wort.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Landschaftsprogramm ist sowohl im Bundes- wie auch in unserem Landesnaturschutzgesetz verankert. Schleswig-Holstein wird hier keinen Sonderweg beschreiten, sondern Schleswig-Holstein gehört zu den zehn der 13 Flächenländer unserer Republik, die sich für diese Form der landesweiten Planung entschieden haben.

Das Umweltministerium hat nicht nur aufgrund des Gesetzauftrages, sondern auch aus der Überzeugung von der Notwendigkeit eines Landschaftsprogramms den längst fälligen Entwurf erarbeitet und in sehr breiter Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt.

Wie auch andere Politikfelder, beispielsweise die Wirtschaftspolitik, brauchen wir - davon bin ich fest überzeugt - im Naturschutz eine vorausschauende Planung. Nur dieser Weg einer vorausschauenden Planung eröffnet für den Natur- und Umweltschutz die Möglichkeit des langfristigen Erhalts und der aktiven Gestaltung unserer natürlichen Umwelt.

Ziel des **Landschaftsprogramms** ist es, einerseits landesweit die Ansprüche des Naturschutzes aufzuzeigen und andererseits Wege darzustellen, wie und wo die verschiedenen Ansprüche an Natur und Landschaft in möglichst umweltverträglicher Weise verwirklicht werden können.

Das Landschaftsprogramm gibt Orientierung bei der Erstellung von Landschaftsrahmenplänen und gemeindlichen Landschaftsplänen. Es gibt Entscheidungshilfen für den Abwägungsprozeß beispielsweise bei der Bauleitplanung, bei Flurbereinigungsverfahren oder in der Straßenplanung. Letztlich ergibt sich also für die Wirtschaft, für die Landwirtschaft, für den Tourismus oder für die Bauwirtschaft in Schleswig-Holstein durch das Landschaftsprogramm langfristige Planungssicherheit - eine unabdingbare Voraussetzung für das Positive Image des Wirtschafts- und Tourismusstandorts Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Mit der Beantwortung einer vor kurzem gestellten Kleinen Anfrage der CDU haben wir den Bearbeitungsstand des Landschaftsprogramms detailliert dargestellt. Der Ihnen inzwischen vorliegende schriftliche Bericht kann dies als Zwischenbericht - er wird das auch tun - ergänzen. Das will ich hier im einzelnen nicht vortragen. Sie haben das sicherlich gelesen.

Insgesamt möchte ich feststellen, daß die Abgabe von weit über 1.000 Stellungnahmen zeigt, daß eine wich-

tige und breite Diskussion über die Zukunft unseres Landes ausgelöst worden ist. Ich gestehe gern zu, daß noch nicht von allen die Notwendigkeit gesehen wird, daß auch für den Natur- und Landschaftsschutz ähnlich grundlegende und auf die Zukunftssicherung abzielende Planungen wie für Bereiche wie Wirtschaft, Finanzen, Bildung oder Verkehr vorzunehmen sind. Für diese Bereiche ist es seit langem üblich, solche langfristigen Planungsziele zu erarbeiten und zu erstellen. Es ist notwendig, dies auch für den Natur- und Umweltschutz zu tun.

Ich bin davon überzeugt, daß nach dem Zwischenbericht, der Ihnen vorliegt und in dem dargestellt worden ist, daß wir das Landschaftsprogramm in seiner ursprünglich vorgelegten Form überarbeiten werden - wir werden es deutlich kürzen,

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

lesbarer machen und in anderen Teilen ergänzen, etwa den Landwirtschaftsteil -, die Zahl der Kritikerinnen und Kritiker sinken und das Verständnis für eine querschnittsorientierte Landschafts- und Umweltplanung steigen wird.

Ich glaube, daß wir das Ziel der **Nachhaltigkeit**, das über die Parteigrenzen hinweg als Orientierungsziel für die Zukunft geteilt wird, nur dann erreichen werden, wenn Naturschutzbelange gleichberechtigt zu anderen Belangen in Planungsprozessen berücksichtigt werden, so daß ein gleichberechtigter Abwägungsprozeß stattfindet. Wenn wir die Agenda 21 ernst nehmen, wenn wir sie nicht nur in Sonntagsreden beschwören, sondern sie zum Leitbild unseres politischen Handelns machen, müssen wir auch dafür stehen, daß Natur und Umwelt nicht Verfügungsmasse für andere Interessen sind, die beliebig nutzbar sind, sondern daß Natur- und Umweltschutz gleichberechtigt in die Planungsprozesse für die Zukunft unseres Landes einfließen, daß Natur- und Umweltschutz für die Zukunftssicherung dieses Landes einen erheblichen Stellenwert haben. Wenn dem so ist, müssen wir uns auch zu den Planungsinstrumenten, die dafür notwendig sind, bekennen. Das ist das Landschaftsprogramm.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Todsens-Reese das Wort.

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ein bißchen enttäuscht bin ich schon - nicht nur von dem mageren Bericht, den Sie schriftlich vorgelegt haben, sondern auch von dem, was Sie heute hier vortragen haben. Ich hatte erwartet, daß Sie sich dann wenigstens hier in der mündlichen Rede ein wenig mit dem auseinandersetzen, was es an Stellungnahmen zum Landschaftsprogramm gegeben hat. Auch hier: inhaltlich nichts!

Der schriftliche Zwischenbericht hat einmal mehr deutlich gemacht: Dieses Landschaftsprogramm für Schleswig-Holstein reiht sich nahtlos in die einzigartige Geschichte umweltpolitischen Versagens dieser rot-grünen Landesregierung ein!

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie der schriftliche Zwischenbericht ausweist, gingen „insgesamt 1.146 zum Teil sehr umfangreiche Stellungnahmen“ - so steht es in Ihrem Bericht - ein.

(Konrad Nabel [SPD]: Ja!)

Das ist eine Anzahl, die der Landesregierung zumindest einen Eintrag in das Guinness-Buch der Rekorde einbringen könnte.

Laut Antwort der rot-grünen Landesregierung auf die Kleine Anfrage meiner Kollegin Frauke Tengler, auf die sich auch der schriftliche Zwischenbericht bezieht, haben insgesamt 969 Kommunen sowie 67 Vereine und Verbände eine Stellungnahme abgegeben.

Nach einer weiteren Kleinen Anfrage haben elf Kreise Stellungnahmen abgegeben.

(Konrad Nabel [SPD]: Was ein Wunder!)

Das sind für mich: 1.036 plus 11 gleich 1.047 Stellungnahmen!

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist lebende Demokratie!)

- Rechnen Sie einmal mit, Herr Nabel! Das sollten Sie als Physiker können!

Bleibt also zwischen 1.146 - aus dem Zwischenbericht - und 1.047 eine Differenz von 99 Stellungnahmen, deren Verfasser und Inhalte nicht zugeordnet oder bewertet werden können.

Es stellt sich die Frage: Wer oder was steckt eigentlich hinter diesen 99 Stellungnahmen?

Wie sind eigentlich Genauigkeitsgrad und Wahrheitsgehalt der schriftlichen Vorlagen des Umweltministers zu bewerten?

(Konrad Nabel [SPD]: Kommen Sie mal zum Inhalt!)

Zu diesem babylonischen Zahlenwirrwarr gibt es noch erheblichen Aufklärungsbedarf.

(Lachen des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie brauchen gar nicht zu lachen! Es ist schon eine Frage, wie man mit den Stellungnahmen, die aus dem ganzen Land gekommen sind, umgegangen ist!

(Beifall bei der CDU)

Entscheidend ist, daß von den 969 Kommunen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, 781 Kommunen das Landschaftsprogramm abgelehnt haben; das sind über 80 %. Von den 67 Vereinen und Verbänden haben 49 negative Stellungnahmen abgegeben; das sind 73 %.

Dieses katastrophale Ergebnis wird auch durch die weiteren Angaben keineswegs verbessert: 32 Kommunen und zehn Vereine kommen zu einer positiven Stellungnahme. Eine positive Stellungnahme mit Einschränkungen haben 156 Kommunen abgegeben.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen lassen mit Recht den Schluß zu: Dieses Landschaftsprogramm stößt nach wie vor landesweit auf eine breite Ablehnung.

(Frauke Tengler [CDU]: So ist es!)

Schwer wiegt, daß diese Ablehnung aus den Kommunen zum Teil parteiübergreifend getragen wird. Viele SPD-Kommunalpolitiker sind mit dabei. Zwei Prominente, die leider gerade nicht im Saal sind - einer, Minister Buß, kommt gerade herein -, der frühere Bürgermeister der Stadt Eckernförde und der seinerzeitige Bürgermeister auf Nordstrand, Günter Fleskes, haben harsche Kritik am Landschaftsprogramm geübt.

(Frauke Tengler [CDU]: Ja!)

Vor diesem eben geschilderten Hintergrund ist noch interessanter die Antwort auf die Frage, wie nun die rot-grüne Landesregierung mit diesen nach eigener Aussage zum Teil umfangreichen 1.146 Stellungnahmen umgegangen ist.

(Konrad Nabel [SPD]: 1.047!)

In dem mit dreieinhalb Seiten leider mehr als dürftigen Zwischenbericht ist die Rede von „grundsätzlichen Befürchtungen“, „Bedenken ohne spezifische Begründung“. Es wird festgestellt, „daß sich nur wenige Gemeinden detailliert auf der

(Herlich Marie Todsens-Reese)

Grundlage der örtlichen Verhältnisse mit dem Landschaftsprogramm auseinandergesetzt haben“.

Der Bericht gipfelt in der Aussage: „Aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen ist jedoch keine wesentlich inhaltliche Änderung der programmatischen Aussagen in Text und Karte erforderlich geworden!“

Nimmt diese rot-grüne Landesregierung die Stellungnahmen der Kommunen, der Vereine und der Verbände eigentlich überhaupt noch ernst?

(Frauke Tengler [CDU]: Nein!)

Das ist um so empörender, weil das Landschaftsprogramm handwerklich miserabel, in weiten Teilen inhaltlich nicht akzeptabel und nicht verantwortbar und hinsichtlich Text und Karten in weiten Teilen unleserlich ist. Das waren zentrale Kritikpunkte.

Ich kann dazu nur fragen: Was haben Sie eigentlich auf den sechs Regionalkonferenzen und den 60 Informationsveranstaltungen gemacht, die Sie vor Erstellung des Zwischenberichts durchgeführt haben und die bestimmt viel Geld gekostet haben?

Sie haben dort nicht zugehört.

(Glocke des Präsidenten)

Sie nehmen offensichtlich die Kommunen, Vereine und Verbände nicht sehr ernst.

Es tut mir jetzt sehr leid, daß die Frau Ministerpräsidentin nicht hier ist. Ich wollte sie bitten, dieses Thema endlich zur Chefsache zu machen und dafür zu sorgen, daß - bevor sich das Kabinett abschließend mit dem **Landschaftsprogramm** und der überarbeiteten Fassung befaßt - den **Kommunen** und **Verbänden** noch einmal die Möglichkeit gegeben wird, sich mit der letzten Fassung auseinanderzusetzen. Ich denke, die Kommunen haben ein Recht darauf.

(Konrad Nabel [SPD]: Noch einmal! - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluß!

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Ja, ich komme zum Schluß.

Die kommunalen Landesverbände haben in einem Gespräch am 22. März 1999 mit dem Umweltministerium den Wunsch danach geäußert. Er ist dort abgelehnt worden. Deshalb meine Aufforderung: Kommen Sie dem Wunsch der Kommunen nach! Ich denke, sie haben ein Recht darauf. Das Landschaftsprogramm wird behördenverbindlich und hat weite Auswirkungen auf die Planungshoheit der Kommunen.

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite - von roter und grüner Fraktion -, setzen Sie sich ebenfalls dafür ein. Ich bin überzeugt, daß ein solches Zugeständnis eine kluge Investition für eine vertrauensvollere Zusammenarbeit mit den Kommunen wäre. Ich kann Ihnen nur zurufen: Nutzen Sie diese Chance!

Ich beantrage für meine Fraktion die Überweisung an den Umweltausschuß, damit wir über diese Dinge dort noch einmal reden können.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich wirklich an die vereinbarten Redezeiten zu halten und immer in dem Verständnis zu handeln, daß es sich um Höchstredezeiten und nicht um Mindestredezeiten handelt!

Das Wort hat Frau Abgeordnete Franzen.

Ingrid Franzen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte mir fest vorgenommen - gerade nach dem Beginn der Debatte heute nachmittag, wo wir über große Politik geredet haben -, positives Denken an den Tag zu legen und mich nicht an der Erbsenzählerei zu beteiligen. Ob ich das schaffe, das schauen wir dann mal. Ich möchte gern auch die Kritik des Präsidenten, daß wir die Redezeit nicht ausnutzen müssen, beachten.

Wir haben vor einem Jahr eine Landtagsdebatte gehabt. Ich muß sie hier nicht wiederholen. Dort gab es die totale Ablehnung des **Landschaftsprogramms**, und zwar die ersatzlose Streichung. Wir haben jetzt nach einem Jahr eine erneute Debatte, bei der Sie im Grunde genommen nur **Verfahrensfragen** stellen und gar keine inhaltlichen Sachen abfragen.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Wir haben in diesem Haus über das Landschaftsprogramm inhaltlich überhaupt noch nicht debattiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Zurufe der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU] und Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

- Wir wissen eigentlich überhaupt nicht, meine sehr geehrten Damen von der CDU, wie Sie darüber denken. Sie haben im Umweltministerium gearbeitet, Frau Todsens-Reese; mir graust es, wenn ich daran denke.

(Ingrid Franzen)

Wir haben heute also wieder eine Erbsenzählerei hoch drei erlebt, Frau Todsens-Reese - wie viele Gemeinden, wie viele Stellungnahmen, wieviel genannt und wieviel nicht genannt.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das interessiert Sie wohl gar nicht!)

Und wir haben gehört, daß Sie auf diese große Zahl der Ablehner so stolz sind, nachdem Sie vielen Gemeinden gemeinsam mit dem Gemeindetag und mit dem Bauernverband das „Copyright“ für gleiche Vorlagen von Beschlüssen geliefert haben. Sie haben ihnen gar nicht die Chance eröffnet, einmal hineinzuschauen und sich inhaltlich dazu zu äußern. Darauf würde ich an Ihrer Stelle nicht stolz sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Zurufe von der CDU)

Ich möchte noch etwas anderes ansprechen, weil Sie die **Regionalkonferenzen** und damit ja eine ganz freiwillige Beteiligungsform der Regierung mit den Worten „viel Geld und nicht zugehört“ hier kritisiert haben. Das Geld war im Prinzip gut investiert.

Das mit dem Zuhören, das war ein Problem. Das war nämlich nicht möglich, weil Leute, die informieren wollten, niedergebrüllt wurden, weil an den Wänden Informationen hingen, die unbürokratisch waren. So sind diese Veranstaltungen gelaufen. Deshalb wird auch unsere Fraktion über sie nachdenken, aber aus anderen Gründen als Sie.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Und ich will die CDU darauf hinweisen, welche Glaubwürdigkeitslücke sie mittlerweile im Zusammenhang mit Umwelt und Naturschutz hat. Je nachdem wie es paßt, schicken Sie hier regionale Abgeordnete in die Bütt - nehmen wir den Offshore-Antrag von gestern, nehmen wir die Ausgleichsflächen „Aerospace“, das haben wir alles gehabt - und vertreten die optimalen Umwelt- und Naturschutzinteressen je nachdem wie es paßt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim Landschaftsprogramm, wo alle gefordert sind - wenn sie denn Inhalte zu kritisieren hätten, wir kennen sie ja nicht -, kneifen Sie, da gehen Sie auf die Seite der Nutzer. Wenn die Nutzer Bauern sind, von denen Sie glauben, daß sie Sie wählen, dann sind das gute Menschen. Sind diese Nutzer Windmüller

(Lachen der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

- davon gibt es noch nicht so viele -, dann sind das schlechte Menschen. Und Sie drehen und wenden sich, wie es gerade paßt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muß Sie über das **Landesnaturenschutzgesetz** und unsere Meinung zum **Landschaftsprogramm** nicht aufklären,

(Holger Astrup [SPD]: Doch, das ist notwendig!)

aber ich will gern für die SPD darauf hinweisen: Wir werden die Kabinettsbefassung abwarten, denn das Landschaftsprogramm ist Sache der Landesregierung, und wir werden dann hier im Landtag eine inhaltliche Debatte anstreben. Dann bin ich sehr gespannt, was Sie sagen werden.

Ich möchte - damit Frau Happach-Kasan nicht das Gefühl hat, man redet hier nur mit der CDU; das lohnt sich auch nicht - gern noch sagen, daß ich die Debatte vom letzten Jahr nachgelesen habe und mit Ihnen richtig gern einmal darüber streiten möchte - ich bin inhaltlich auch noch gar nicht festgelegt -, ob Ihr Beitrag, den Sie damals geleistet haben, nämlich ob das Biotopverbundsystem, das ja ein Kernpunkt des Landschaftsprogrammes und auch sonst der Umweltpolitik ist, eine Sache ist, die wir gut oder schlecht machen.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das sind reine Marginalien!)

Das würde sich wirklich lohnen. Das möchte ich gern hier anstreben. Das ist keine Marginalie, das ist einfach nicht wahr, sondern das ist Inhalt, zu dem Sie keine Meinung haben.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Ein, zwei Ebenen tiefer, auf der Ebene der **Landschaftsrahmenpläne** und **Landschaftspläne**, läuft das ganze sehr viel ruhiger, sehr viel konkreter und sachlicher. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Ich möchte sagen, daß ich kein Verständnis dafür habe - in welcher Not sich Bauern auch immer befinden -, wenn Landschaftspläne und Landschaftsrahmenpläne verbrannt werden. Wir haben schon einmal Verbrennungen gehabt. Auch hinter diesen Planungen steckt geistiges Eigentum und Arbeit. Eine Verbrennung hilft da wenig.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Ingrid Franzen)

Lassen Sie mich als Schlußbemerkung zum Landschaftsprogramm sagen, daß wir ja noch nicht den Inhalt kennen und es deshalb auch gar nicht ablehnen können, Frau Todsens-Reese; das hat ja fast etwas von einem gespaltenen Bewußtsein.

Das Landschaftsprogramm Schleswig-Holstein ist sicherlich eine schwere Geburt gewesen, das wird niemand besser wissen, als der Fachminister und die Fachabteilung selbst. Aber die SPD ist zuversichtlich, daß sich die Schmerzen gelohnt haben und daß wir ein gutes Produkt bekommen. Das werden wir dann vor der Sommerpause wieder hier diskutieren.

Herr Präsident, fünf Sekunden habe ich noch!!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ja, Sie bekommen fünf Sekunden gutgeschrieben.

Herr Abgeordneter Matthiessen hat das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! „320 Seiten Naturschutz pur“ - so lautete eine Schlagzeile im „Bauernblatt“ vom November 1997. Das war als Vorwurf gemeint und drückt ein großes Mißverständnis aus, das von Anfang an die Debatte über das Landschaftsprogramm belastete.

(Lachen der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Viele waren der Meinung, daß die Festlegungen im **Landschaftsprogramm** so auch direkt und ohne Wenn und Aber wirksam werden. Es war nicht klar, daß die Abwägung mit anderen Belangen wie mit Wirtschaft und Verkehr sowie Bauvorhaben später erfolgen sollte.

Es ist geradezu Zweck der Übung und gesetzlich auch vorgeschrieben, daß sich eine Naturschutzfachplanung mit Naturschutz befaßt. **Naturschutz** pur und flächen-deckend ist also geradezu Auftrag und Sinn des Landschaftsprogramms, das dann in die Landesraumordnung als ein Aspekt neben vielen anderen Belangen einfließt.

Von politischen Interessen geleitet wurde das falsche Verständnis von der Oppositionsfraktion gehegt und gepflegt und gezielt politisch eingesetzt. Obwohl das Umweltministerium mit bisher einmaliger Offenheit die Vorstellung des Entwurfs betrieben und versucht hat, von Anfang an allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit umfassender Information und Beteiligung zu eröffnen, wurde im Zusammenhang mit dem Land-

schaftsprogramm polemisiert und verdreht, wie das kaum jemals zuvor der Fall war. Die CDU ließ ihre „fünfte Kolonne“ aufmarschieren.

Auf einigen der sechs **Regionalkonferenzen** ging es hoch her. Bezeichnend war, daß das Angebot der Veranstalter abgelehnt wurde, sich in Pausen und kleineren Gesprächsrunden zu informieren und sachlich zu diskutieren. Auffällig war, daß von Mal zu Mal - obwohl es Regionalkonferenzen waren - haargenau dieselben handgemalten Protestplakate überregional eingesetzt wurden. Das Wort von „kalter Enteignung“ und andere Kampfbegriffe wurden geprägt. An Gemeinden wurden Musterstellungnahmen zur Ablehnung des vorgestellten Entwurfs verschickt.

Aber, keine Medaille hat nur eine Seite. Der vorgelegte Entwurf war fachlich völlig korrekt. Und auch Sie, Frau Todsens-Reese, haben in Ihrem Beitrag heute keine inhaltliche Kritik geübt.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Oh doch!)

Jedoch war die Gliederung des Entwurfes unklar, in recht akademischem Sprachgebrauch abgefaßt und gewaltig lang. Auch war eine Stellungnahme von den Gemeinden nicht nur zum Landschaftsprogramm gefragt, sondern in Teilen des Landes stand auch gleichzeitig eine Stellungnahme zum Synthesebericht und/oder Stellungnahmen zu den Teilregionalplänen und gleichzeitig auch die Erarbeitung des Landschaftsplans der Gemeinde an.

Ich war selber jahrelang Gemeindevertreter auf dem Dorf. Ich kann das Gefühl der Überforderung durch „Planeritis“ gut nachvollziehen, das sich bei unseren Kommunalpolitikern, die ihrer Aufgabe ja ehrenamtlich nachgehen, breitmacht.

Das Landschaftsprogramm ist neu überarbeitet worden. Der Minister hat das ja ausgeführt. Es ist besser strukturiert, stark verkürzt und verständlicher formuliert worden. Etliche Kritikpunkte und Anregungen wurden aufgenommen und eingearbeitet.

Die Bedeutung und die Auswirkungen des Landschaftsprogramms sind jetzt im Laufe der Zeit vor Ort erkannt geworden, so daß wir auf gutem und wesentlich ruhigerem Wege sind.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das glauben Sie doch wohl selber nicht!)

Herr Minister, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Offshore-Debatte gestern und viele Diskussion, die wir um andere - meist Großprojekte - führten, zeigen, daß die Flächenansprüche in unserem dicht besiedelten und von hoher wirtschaftlicher Ak-

(Detlef Matthiessen)

tivität geprägten Land groß sind und daß viele verschiedene Interessen aufeinanderprallen.

Die Antwort grüner Politik heißt: Saubere und transparente **Planung**. Um alle verschiedenen Interessen und Flächenansprüche unter einen Hut zu bekommen, ist Planung die einzig sachgerechte Antwort. Für uns Grüne ist dabei Transparenz, Beteiligung und Demokratie ein zentrales Anliegen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die CDU-Fraktion betreibt in allen Debatten, in denen es um Planungsvorhaben geht, nur interessengeleitete Ablehnung und Destruktion. Die Anliegen unter dem Motto „Naturschutz mit den Menschen“ und „Flächenplanung mit den Menschen“, werden von Ihnen lediglich instrumentalisiert. Für uns ist Naturschutz mit den Menschen eine Herzensangelegenheit und demokratischer Anspruch.

(Lachen bei der CDU - Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Minister Steenblock steht für diese Politik wie kein anderer hier in diesem Lande. Die **Einbeziehung von Menschen in Planungsvorhaben** der Politik ist ein sensibler Prozeß - das wissen wir alle -, der nicht immer einfach ist, besonders dann nicht, wenn wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen und Verbände jeglicher Art Lobbyarbeit betreiben. Steenblock geht diesen Weg. Dies hat er beim Landschaftsprogramm mit sechs Regionalkonferenzen

(Heinz Maurus [CDU]: Wann?)

und 60 weiteren Informationsterminen bewiesen. Er hat es ebenfalls bewiesen anlässlich der Diskussion über den Nationalpark, wo Naturschützer das Wort prägten,

(Widerspruch bei der CDU)

sie sähen es mit einem weinenden, aber als Basisdemokraten auch mit einem lachenden Auge. Steenblock hat es beim Jagdgesetz bewiesen. Er setzt auf Dialog, der - wenn er fair bleiben will - auch echte Partizipationschancen eröffnen muß.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Menschen wollen nicht nur mitreden, sie wollen das Gefühl haben, dabei auch tatsächlich Einfluß zu haben. Das Risiko dieses demokratischen Prozesses ist der Vorwurf des Kompromißlertums - Weicheier und

was man sich alles anhören muß. Aber es ist eben auch viel positive Resonanz zu spüren.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter - -

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ich komme zum Schluß.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ja, ich hoffe es.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren von der Opposition, wir gehen diesen schwierigen Weg, und Sie werden über kurz oder lang die Verlierer sein. Die Menschen werden erkennen, daß wir ehrlich sind. Sie werden erkennen, daß **Naturschutz** und **Ökologie** nicht Folterinstrumente, sondern Sicherung unserer gemeinsamen Zukunft sind.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

Wir brauchen eine moderne nachhaltige Wirtschaft auf hohem technologischen Niveau. Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD], Konrad Nabel [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke beziehungsweise Frau Abgeordnete Happach-Kasan.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Wen möchten Sie denn gern?)

- Ja, wenn Sie aufstehen, werden Sie wahrscheinlich reden wollen, vermute ich einmal. Angemeldet war jemand anderes.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor etwas über einem Jahr haben wir uns in diesem Haus ebenfalls mit dem Entwurf des **Landschaftsprogramms** beschäftigt. Ich sagte zum Schluß, insgesamt ist festzustellen, das Experiment „Landschaftsprogramm“ ist als Gesamtansatz mißlungen. Dieser Auffassung hat sich die Landesregierung angeschlossen, denn offensichtlich hat sie eine gründli-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

che Überarbeitung des Entwurfs vorgenommen. Die vorgelegte Gliederung des Landschaftsprogramms läßt dies zumindest vermuten.

Frau Franzen, ich danke Ihnen, daß Sie darauf hingewiesen haben, daß man auch inhaltliche Punkte im Landschaftsprogramm diskutieren kann. Wir hatten bisher in der Tat wenig Gelegenheit, dies zu tun.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Ich teile nicht die Auffassung des Kollegen Matthiessen, der sagt, das Landschaftsprogramm sei fachlich korrekt. Darüber ist im Augenblick nicht zu diskutieren, denn wir müssen nicht nur über den Entwurf, sondern über die Neufassung diskutieren.

Die Aussagen im Zwischenbericht zum Landschaftsprogramm und zu den vorgenommenen Änderungen sind gleichwohl sehr widersprüchlich und lassen die vielfältigsten Interpretationsmöglichkeiten zu. Daraus ist zu schließen: Die Regierung weiß zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht, welche Ausrichtung sie dem Werk letztlich geben soll. Einerseits heißt es, daß der **Entwurf des Landschaftsprogramms** auf der Grundlage der **Stellungnahmen** erarbeitet wurde. Der überwiegende Teil der 1.046 Stellungnahmen hat das Programm abgelehnt oder negativ beurteilt. Andererseits heißt es, eine grundsätzliche Änderung der programmatischen und kartographischen Aussagen soll es im Endergebnis nicht geben. Das geht nicht. Die Stellungnahmen sind negativ. Auf ihrer Grundlage soll das Programm überarbeitet werden, und gleichzeitig sollen die programmatischen Aussagen unverändert bleiben. Eines geht nur: Entweder Sie schließen die Stellungnahmen mit Ihren Bewertungen in das neue Programm ein, dann können die programmatischen Aussagen nicht unverändert bleiben, oder sie fließen nicht ein, dann war die Mühe der vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger umsonst. Das ist dann Bürgerbeteiligung nach rot-grüner Art.

Aufgrund des Zwischenberichts stellt sich die Frage, ob die Neufassung des Landschaftsprogramms nichts weiter als eine Kurzfassung des alten verfehlten Entwurfs ist. Das 1993 beschlossene **Landesnaturschutzgesetz** verpflichtet die Landesregierung zur Aufstellung eines **Landschaftsprogramms**. Die Landesregierung hat sich erst spät um die Ausfüllung dieser von ihr gewollten rechtlichen Verpflichtung bemüht. Bei der Erstellung des Landschaftsprogramms und der Begründung seiner angeblichen Notwendigkeit hat sich die Landesregierung nahezu ausschließlich auf das in der Bevölkerung nie akzeptierte Landesnaturschutzgesetz bezogen. Auch Sie, Herr Minister, haben in der heutigen Vorstellung des Zwischenberichts nichts anderes gesagt, als daß Landschaftsplanung

notwendig sei. Daran hat hier im Hause - meine ich - niemand irgendeinen Zweifel. Die Frage ist, ob zusätzlich zu Landschaftsrahmenplänen noch ein Landschaftsprogramm erforderlich ist. Das ist die Frage und nicht, ob wir Landschaftsplanung brauchen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mir fällt immer wieder auf, daß Sie bei der Begründung eines Landschaftsprogramms niemals berücksichtigt haben, daß Schleswig-Holstein mit seinen weitgehend natürlichen Grenzen zur Erstellung eines Landschaftsprogramms geeignet ist und daß es sinnvoll ist, Landschaft zu planen und über die Grenzen von Planungsräumen hinaus zu bewerten.

Rot-Grün hat offensichtlich nie begriffen, daß die Koalition zwar **Rechtsnormen** schaffen kann, daß deren **Akzeptanz** aber nicht automatisch vom Himmel fällt. Ihr technokratisches Naturschutzverständnis führt dazu, daß Sie Naturschutz weitgehend über die Köpfe der Menschen hinweg durchsetzen wollen, statt Menschen davon zu überzeugen, daß Naturschutz auch die Sicherung von Lebensqualität und Zukunftschancen bedeutet. Die Funktion des Landschaftsprogramms als reiner Fachplan des Naturschutzes wird von den Menschen nicht akzeptiert. Der Zwischenbericht stellt dies ehrlich und zutreffend fest.

Ursache für die mangelnde Akzeptanz ist, daß die Notwendigkeit und Bedeutung einer **Naturschutzfachplanung** in der Bevölkerung nicht verstanden wird. Dies kann nicht verwundern, da von der Landesregierung bislang kaum Anstrengungen unternommen wurden zu vermitteln, daß naturschutzfachliche Entscheidungen fachliche und keine ideologischen Entscheidungen sind.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU] und Gudrun Hunecke [CDU])

Beispiele dafür gibt es landauf landab. Die Verpflichtung einer Kommune, bei Ausgleichsmaßnahmen zum Beispiel Hybridpappeln statt - wie sie wollte - Eichen oder Buchen zu pflanzen, ist eine ideologische. Wer kann sie begründen? Niemand! Wir brauchen naturschutzfachliche Entscheidungen. Hinzu kommt, daß das bestehende Naturschutzrecht in seinen Normen ebenfalls dem verbreiteten Rechtsempfinden widerspricht. Jüngstes Beispiel ist der Vorschlag der Landesregierung, das Schutzgebiet Twielenflether Sand in ein Paradies für Löffelenten „ummöblieren“ zu wollen. Das ist für die Menschen nicht zu verstehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Auch wenn es im Zwischenbericht heißt, daß das überarbeitete Landschaftsprogramm eine bürgerfreundlichere, für Laien verständlichere sprachliche Darstellung erhalten soll - vorher gab es sie also nicht -, ist nicht zu erwarten, daß es bürgernäher sein wird. Die vorgestellte Gliederung ist technokratisch. Das Kapitel „Leitbilder“, das viele Fehler enthält, aber auch deutlich regionale Züge aufweist, fehlt - Möglichkeiten für die **Menschen** der Region, sich mit diesem **Programm** zu identifizieren. Ich finde das schade. Ich weiß, daß dies vermutlich auf Einwirken des BUND zurückzuführen ist, der dies in seiner Stellungnahme gefordert hat.

Angesichts der grundlegenden Änderungen des Landschaftsprogramms hält die F.D.P.-Fraktion eine erneute Anhörung für erforderlich und fordert die Landesregierung auf, sie durchzuführen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk. Beim SSW kann ich mich ja nicht vertun.

(Zurufe)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den **Zwischenbericht zum Landschaftsprogramm**. In diesem Zwischenbericht wird dargestellt, wie der derzeitige Verfahrensstand ist und inwieweit der Entwurf des Landschaftsprogramms geändert wurde. Seit der Veröffentlichung des Entwurfs zum Landschaftsprogramm im Jahr 1997 hat es hierzu im Rahmen des Anhörungsverfahrens insgesamt 1.146 **Stellungnahmen** von Gemeinden und Verbänden geregnet. Das ist verständlich, weil das Landschaftsprogramm viele Interessengruppen berührt.

Nebenbei möchte ich kurz bemerken, daß der SSW begrüßt, daß die Anhörungsfrist zum Entwurf seinerzeit von der Landesregierung bis zum 31. Juli 1998 verlängert wurde.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Somit wurde vielen Gemeinden - unter Berücksichtigung der Kommunalwahlen im letzten Jahr - ein ausreichender Zeitraum gewährt, um ihre Stellungnahmen vorzubringen. Es war ja auch ein Wunsch der Kommunen, daß es zu dieser Verlängerung kommen sollte.

Der Zwischenbericht macht deutlich, daß sich zirka 80 % der Kommunen und Verbände, die eine Stellungnahme abgegeben haben, kritisch zum Landschaftsprogramm geäußert haben. Daß es so weit gekommen

ist, mag darauf zurückzuführen sein, daß die rechtlichen **Konsequenzen** und **Zielsetzungen** des Entwurfs für die Kommunen und Verbände nicht klar genug - oder überhaupt nicht klar - verfaßt wurden. Das haben wir, als wir über das Landschaftsprogramm im Februar 1998 in diesem Haus debattierten, auch von seiten des SSW kritisiert.

Ich möchte einmal daran erinnern, daß wir einen Änderungsantrag zu dem CDU-Antrag einbrachten, wo wir nicht forderten, das Landschaftsprogramm zurückzuziehen, aber wir forderten einige wichtige **Nachbesserungen**. Wir erwarten natürlich im weiteren, daß es zu diesen Nachbesserungen kommt. Aus unserer Sicht ist es wichtig, um das Verständnis und die Akzeptanz des Landschaftsprogramms zu fördern.

Aus der Antwort auf die zweite Kleine Anfrage der Kollegin Tengler geht hervor, daß sich viele **Stellungnahmen von Kommunen** sehr eng an die allgemeinen und grundsätzlichen Stellungnahmen einzelner Verbände - wie dem Bauernverband oder dem Gemeindegtag - angelehnt haben und daß viele kritische Stellungnahmen auf grundsätzlichen oder rechtlichen Mißverständnissen beruhen. Auch sind Mißverständnisse bezüglich der Verbindlichkeit der Aussagen des Landschaftsprogramms bei den Stellungnahmen der Verbände deutlich geworden. Ich denke, das ist die Erklärung dafür, daß so viele Stellungnahmen auch so formuliert worden sind. Das heißt, in einer weiteren Arbeit muß dies ja auch berücksichtigt werden.

Ich will mich nicht an den Zahlenexperimenten der Kollegin Todsens-Reese beteiligen. Redlich muß aber argumentiert werden, daß viele Gemeinden - wir wissen das auch aus Gesprächen - eigentlich den kürzeren Weg gegangen sind und sich für das entschieden haben, was von einigen Verbänden vorgegeben worden ist.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Durch eine bessere **Aufklärungsarbeit** im Vorfeld wäre es bestimmt möglich gewesen - das ist ja auch unsere Kritik von Anfang gewesen -, einige **Mißverständnisse** zu unterbinden. Dies hätte nicht nur den Kommunen und Verbänden viel Zeit und Arbeit erspart, vielmehr wäre auch dem Umweltministerium viel Ärger erspart geblieben. Man muß also erkennen, daß die vom Umweltministerium herausgebrachte Schrift mit dem Titel „Wie ist das mit dem Landschaftsprogramm?“, in der das Programm noch einmal inhaltlich kurz erklärt wird, viel zu spät erschienen ist. Das ist wirklich bedauerlich.

(Anke Spoorendonk)

Für den SSW gilt: Nachdem die überwiegende Mehrheit der eingebrachten Stellungnahmen kritisch zum Entwurf steht, müssen alle relevanten Bedenken und **Änderungsvorschläge** im neuen **Landschaftsprogramm** berücksichtigt werden; der Entwurf muß in seinen Aussagen deutlicher formuliert werden.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Das sagte ich schon, als wir letztes Jahr über den CDU-Antrag debattierten. Auch ist es wichtig, daß die überarbeitete Fassung so bald wie möglich vorgelegt wird, damit für die Gemeinden und Verbände die notwendige Planungssicherheit gewährleistet ist. Ich bin nicht dafür, daß jetzt noch eine weitere Anhörung durchgeführt wird. Wir müssen von seiten des Umweltministeriums einen neuen Entwurf haben, damit man weiß, woran man ist.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Ja! Zuletzt ein Zitat! Herr Minister, Sie sagten einmal:

„Das Ergebnis wird für die Gemeinden und für alle Bürgerinnen und Bürger kürzer und verständlicher abgefaßt.“

(Glocke des Präsidenten)

„Die in den Stellungnahmen dargestellten Nutzerbelange werden eine gebührende Berücksichtigung finden.“

Ich hoffe, daß diese Aussage dann auch in der überarbeiteten Fassung des Landschaftsprogramms wiederzufinden ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit sind die Beratungen abgeschlossen.

Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/2036, Stellungnahmen zum Landschaftsprogramm, ist als erledigt zu betrachten.

Den Zwischenbericht der Landesregierung sollen wir auf Antrag in den Umweltausschuß überweisen. Das tun wir, indem wir zustimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Stellungnahme in dem Verfahren zur Prüfung der Entscheidung des Schleswig-Holsteinischen Land-

tages vom 4. September 1998 (Drucksache 14/1657), mit der die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ der Aktion mündige Schule e. V. für unzulässig erklärt wird

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/2023

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2070

Die Beratungen sind abgeschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und zwar soll auf Antrag der F.D.P.-Fraktion abschnittsweise abgestimmt werden.

Also rufe ich aus diesem Antrag zunächst die Nummer 1 auf. Wer der Nummer 1 der Drucksache 14/2070 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Die Nummer 1 ist bei einer Gegenstimme so angenommen.

Wer Nummer 2 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit großer Mehrheit bei Gegenstimmen der F.D.P. angenommen worden.

Wer Nummer 3 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Einige haben ihr Stimmrecht nicht ausgeübt. Ich kann also feststellen, daß die Drucksache in allen drei Punkten mit großen Mehrheiten angenommen ist.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Hafenkooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg

Landtagsbeschluß vom 20. Januar 1999

Drucksachen 14/1879 und 14/1890

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/1960

Ich erteile das Wort dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Bülck.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der einstimmige Beschluß des Hauses am 20. Januar dieses Jahres signalisiert, daß über die Fraktionsgrenzen hinweg das Thema „Häfen“ als bedeutsames und gemeinsames Anliegen anerkannt wird. Mit der Vorlage des Berichtes will die Landesregierung ihren Beitrag zu einer vertiefenden Diskussion über die strategische Ausrichtung der norddeutschen **Hafenpolitik** leisten.

(Minister Horst Günter Bülck)

Am 22. Februar hatte die **Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister der norddeutschen Küstenländer** die gemeinsame Plattform des Bundes und der Länder für eine deutsche Seehafenpolitik einstimmig verabschiedet. Mit der gemeinsamen **Plattform** verfügt die Bundesrepublik erstmalig über einen verkehrspolitischen Handlungsspielraum, der erstens die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der deutschen Seehäfen in den Mittelpunkt stellt, zweitens gemeinsame Grundsätze deutscher Seehafeninteressen formuliert und drittens Schwerpunkte gemeinsamer Ziele und Maßnahmen als hafenspolitisches Programm setzt.

Nicht ohne Genugtuung lassen Sie mich für die Landesregierung feststellen, daß die **Hafenentwicklungskonzeption**, die wir für 1994 vorgelegt haben, mit vielen Elementen in der gemeinsamen Plattform enthalten ist. Die Plattform dient einer verstärkten Koordinierung staatlicher Initiativen im Rahmen der deutschen Seehafenpolitik. Bund und Länder bekennen sich zu ihren vom Grundgesetz vorgegebenen jeweiligen Verpflichtungen. Die generelle Zuständigkeit obliegt den Ländern. Der Bund hat vorwiegend Verantwortung für Investitions- und Ordnungspolitik sowie in der Außenvertretung in der EU. Gemeinsam gestalten Bund und Küstenländer den Rahmen für die Hafenswirtschaft, sich in einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung zu behaupten.

Die unternehmerische Eigenverantwortung, zu der sich Bund und Küstenländer uneingeschränkt bekennen, verdient besondere Hervorhebung. Sie ist für das Zustandekommen von Kooperation der Hafenswirtschaft, dem Kernpunkt des Berichtsantrags, unabdingbare Voraussetzung.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Die **Plattform**, die Ihnen zusammen mit dem Bericht der Landesregierung vorliegt, fordert gleiche **Rahmenbedingung** für einen fairen **Seehafenwettbewerb** in Europa.

Hierzu in aller Kürze die Stichworte: gemeinschaftliche Leitlinien über staatliche Beihilfen für Hafenunternehmen, Wegekosten, Einbeziehung der deutschen Seehäfen in die transeuropäischen Netze. Das alles muß unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips stattfinden. Nur gemeinsam sind die deutschen Seehäfen im Wettbewerb, insbesondere mit den ARA-Häfen, stark. Die Verkehrsminister der Küstenländer haben anläßlich der Verabschiedung der Plattform den Bund aufgefordert, die Hinterlandanbindung und seewärtigen Zufahrten der deutschen Seehäfen bei der **Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans** verstärkt zu berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Doch nun zu den besonderen Aspekten der Hafenskooperation für die schleswig-holsteinischen Häfen! Ich habe gelegentlich den Eindruck, daß bei der CDU-Fraktion die Rolle des Staates, was Hafenszusammenarbeit angeht, in der Regelung verbindlicher Vorgaben, das heißt in der Anordnung der Zusammenarbeit und der Verteilung des Güteraufkommens auf die einzelnen Häfen, gesehen wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Es würde mich freuen, wenn dieser Eindruck falsch ist,

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

denn **Zusammenarbeit der Hafenswirtschaft** - das heißt von Unternehmern - muß vor allem durch die unternehmerischen Interessenlagen begründet sein und kann nicht angeordnet werden.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Das ist auch unsere Meinung! - Martin Kayenburg [CDU]: Richtig! Sehr gut!)

Der Staat schafft den Rahmen, innerhalb dessen die Hafenswirtschaft in unternehmerischer Eigenverantwortung und Initiative zusammenfindet. Hier ist kein Raum für Zwangsehen. Den Part einer Landesregierung sehe ich insoweit vor allem darin, Hafenskooperationen anzuregen, die überregionalen strategischen Aspekte deutlich zu machen und bei Gesprächsbereitschaft Kontakte zu moderieren.

Wichtiger Ansatzpunkt für eine von der Wirtschaft auszufüllende Hafenskooperation ist länderübergreifende gegenseitige Unterstützung bei den **Hinterlandverbindungen** und den **seewärtigen Zufahrten**. Den Häfen selbst stellt die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten Finanzhilfen zum Ausbau ihrer Infrastruktur zur Verfügung. Den Schwerpunkt bilden dabei die großen Seehäfen Lübeck und Kiel. Nur mit leistungsfähiger **Hafensinfrastruktur** lassen sich Kooperationsmodelle auf den Weg bringen.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Sehr richtig!)

Ich weiß, daß manche Häfen gern noch höhere Zuschüsse für ihren Ausbau hätten und dann auf angeblich vergleichbare Unterstützung anderen Orts verweisen. Bei solchen Vergleichen kann ich nur Zurückhaltung empfehlen, denn ich weiß auch, daß die Frage der Finanzhilfen für den Hafensausbau ein hochsensibles Thema und wenig geeignet ist, offen auf dem Markt ausgetragen zu werden.

(Beifall bei der SPD)

(Minister Horst Günter Bülck)

Hier drängt sich das schon mehrfach im Parlament und in den Fachausschüssen diskutierte Stichwort „Hafenlasten“ auf. Über die **Neuordnung des Länderfinanzausgleichs** wird verhandelt werden. Dabei wird sich die Landesregierung für eine Gleichbehandlung mit den anderen Küstenländern einsetzen und ebenfalls auf der Berücksichtigung von **Hafenlasten** bestehen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Das wird aber auch Zeit!)

Im Geist der druckfrischen „gemeinsamen Plattform“ erwartet die Landesregierung eine faire Unterstützung an der Küste.

(Glocke des Präsidenten)

Meine begrenzte Redezeit erlaubt es mir nicht, noch detaillierter auf diesen Bericht einzugehen. Ich freue mich deshalb heute schon auf eine lebhaftige Diskussion im Wirtschaftsausschuß.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Oppositionsführer das Wort. - Sie sind mir zumindest als Redner angezeigt worden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann machen wir das doch!)

Bitte, Sie haben das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im September 1994 hat die Landesregierung ein **Hafenentwicklungskonzept** für Schleswig-Holstein vorgelegt. Die Diskussion im Landtag war kurz. Die Liste der erforderlichen Maßnahmen und Vorhaben war lang. Die Landesregierung hatte vieles als regelungsbedürftig eingestuft. Getan hat die Landesregierung bis heute jedenfalls nichts, und die Ankündigungspolitik geht weiter. Neue Anforderungen sind fünf Jahre danach hinzugekommen. Wegen dieser Entwicklung haben wir bereits im Dezember 1997 die Vorlage eines neuen norddeutschen Hafenkonzepts gefordert. Ergebnis: Fehlanzeige!

Dann haben wir im Juli 1998 erneut die Vorlage eines Hafenkonzepts gefordert. Die betroffenen Hafenstädte sollten genauso einbezogen werden wie die Nachbarländer Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg. Mit rot-grüner Arroganz haben Sie den Oppositionsantrag vom Juli 1998 hier dann - nachdem er eine Zeit ge-

schmort hatte - im Januar 1999 abgelehnt. Blinde Ablehnungswut ist offensichtlich der einzige Entscheidungsmaßstab für alles, was von der Opposition kommt, immer nach dem Motto: Erst reden, dann denken!

Offensichtlich haben Sie sich daran aber nicht erinnert, als wir diesen Antrag erneut eingebracht haben. Erstaunlich war dann, daß der **Bericht zur Hafenkooperation** schon am 9. Februar 1999 vorgelegt wurde, also 20 Tage nach der Ablehnung unseres Antrags durch SPD und Grüne hier im Parlament.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Hört, hört!)

Ich kann daraus nur schließen: Der Bericht dürfte in der Schublade gelegen haben. Vielleicht hätte der Minister eher dort hineinschauen sollen.

(Beifall bei der CDU - Meinhard Füllner [CDU]: Er hat ohnehin noch nicht alle Schubladen durch!)

Es wundert mich auch nicht, daß der Bericht fertig war, denn der Wirtschaftsminister hat darauf hingewiesen, daß die **Konferenz der norddeutschen Wirtschafts- und Verkehrsminister** und -senatoren am 22. Februar 1999 stattgefunden hat. Offensichtlich sind nur unsere Anträge aus den Jahren 1997 und 1998 zur Unzeit gekommen, und Sie wollten nicht zugeben, daß es wieder einmal die Opposition war, die wichtige Projekte für das Land vorangetrieben hat. Die Regierung zeichnet sich hier durch Langsamkeit aus.

(Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Die Bedeutung, die die Landesregierung diesem Tagesordnungspunkt - wie nachher auch einem späteren Tagesordnungspunkt - zumißt, erkennen wir an der Abwesenheit von Frau Simonis. Wir hätten sie ja zitieren können, haben das aber nur mit Rücksicht darauf nicht getan, weil heute in Lübeck ein wichtiges Thema, nämlich die Energiepolitik, auf der Tagesordnung steht. Nur - auch dies will ich hier gern sagen -: Wir werden es uns nicht ein weiteres Mal gefallen lassen,

(Beifall bei der CDU)

daß die Ministerpräsidentin bei so wichtigen Themen durch Abwesenheit glänzt.

Jetzt konkret zu dem Bericht! Es sind eine Vielzahl von Ankündigungen und Absichtserklärungen darin enthalten, in die unsere Forderungen teilweise eingeflossen sind. Ich möchte dies auch mit einigen Beispielen begründen.

(Martin Kayenburg)

So will sich - ich zitiere - „die Landesregierung im Zuge der anstehenden Verhandlungen über eine **Neuordnung des Länderfinanzausgleichs** dafür einsetzen, daß auch für Schleswig-Holstein“ - wie bereits für Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen und Niedersachsen - „**Hafenlasten** in dem Finanzausgleich zwischen den Ländern berücksichtigt werden“. Sie haben diese Stelle hier auch zitiert, Herr Wirtschaftsminister. Nur darf ich Sie daran erinnern: Mein Antrag, daß dies so geschehen solle, stammt vom 14. August 1996 und schmort seitdem in den Ausschüssen.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: So ist es!)

Herr Möller hatte mir 1996 gesagt, daß er Angst habe, dies könne sich negativ auf den Finanzausgleich des Landes auswirken, und deshalb gebeten, darüber nicht öffentlich zu diskutieren. Heute schreiben Sie das selbst in Ihren Bericht hinein. Und der Finanzausschuß hatte im Dezember 1998 immer noch keine konkreten Berechnungen des Finanzministers. Der Kollege Kubicki hat diese Berechnungen dann eingefordert. Der Wirtschaftsausschuß und der Finanzausschuß sind bis heute aber darüber im unklaren geblieben, welche nachteiligen Folgen der Finanzminister aus diesen Anträgen für das Land berechnet. Wir jedenfalls kennen keine Berechnungen dieser Art.

Demgegenüber hat der Finanzminister Mehreinnahmen in Höhe von 175 Millionen DM aus der Erbschaftsteuer gehabt, und dieser Erbschaftsteuerbetrag ist dann mit 107.000 DM in den Finanzausgleich eingeflossen. Ich frage mich, was die Panikmache des Herrn Möller in diesem Zusammenhang eigentlich soll.

Doch zurück zum Bericht! Sie haben unter anderem völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß die **Hinterlandanbindung** der Häfen von erheblicher Bedeutung ist. Dazu gehört natürlich auch die Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Ich frage Sie: Sind da eigentlich Signale richtig, nach denen sich die Landesregierung hier zurücklehnt und daß die DB AG dann möglicherweise nicht mehr an dieser Finanzierung interessiert ist und die Elektrifizierung ein Stück weit zurückstellt? Das hätten Sie uns heute einmal mitteilen sollen.

Wenn Sie sagen, Sie seien nicht angetreten, den Häfen irgendwelche Vorschriften zu machen - völlig d'accord! Aber wo sind denn eigentlich die runden Tische, die Sie sonst so lieben? Wo ist eigentlich die

Moderation der Dinge in der Hafenkooperation, die Sie völlig zu Recht angesprochen haben?

Es reicht bei Ihnen wieder einmal nur zur Ankündigungspolitik. Die Analyse mag in manchen Punkten richtig sein, die Aktivitäten jedenfalls kann ich bis heute nicht erkennen. Ich hoffe, Herr Minister, daß das, was Sie hier gesagt haben, nicht wiederum nur Ankündigungspolitik bleibt.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Saxe.

Bernd Saxe [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Oppositionsführer, es mag ja mit Ihrem Verständnis von einer Oppositionsrolle in Übereinstimmung zu bringen sein, daß Sie hier eine lange Rede halten, ohne wirklich ein Sachargument vorzubringen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann mal los!)

daß Sie sich nur beklagen und sich über Geschichten auslassen. Auch daß Sie dabei ein Zerrbild der Wirklichkeit zeichnen, mag ja noch in der Rolle der **Opposition** liegen, die natürlich versuchen muß, selbst im besten Licht dazustehen und die **Regierungsfraktionen** in einem möglichst schlechten Licht dastehen zu lassen. Daß Sie dies hier aber tun, indem Sie bewußt die Unwahrheit sagen, das geht - wie ich finde - deutlich über das hinaus, was hinnehmbar ist.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das finde ich eine Unverfrorenheit!)

Sie wissen so gut wie ich, daß der Herr Minister in diesem Hause bereits in der letzten oder vorletzten Plenartagung berichtet hat, daß der Abschluß und die Unterzeichnung der **Gemeinsamen Plattform** am Schluß daran gescheitert ist, daß sich Ihr Parteifreund Wissmann in seiner Amtszeit - am Ende seiner Amtszeit als Bundesverkehrsminister - nicht mehr in der Lage gesehen hat, tätig zu werden, die Unterschrift zu leisten und zu den letzten Besprechungen zu kommen. Dies ist hier berichtet worden. Statt dessen kritisieren Sie jetzt, es sei Sache der Landesregierung gewesen, daß der Bericht erst jetzt vorliegt. Dies ist unwahr. Das wissen Sie, und wenn Sie es nicht mehr präsent haben, können Sie es im Protokoll nachlesen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das finde ich eine Unverfrorenheit, Herr Saxe! Das werde ich gleich richtigstellen!)

(Bernd Saxe)

- Das ist keine Unverfrorenheit, sondern so sind die Tatsachen.

Der vorliegende Bericht mit der Gemeinsamen Plattform über die Zusammenarbeit der norddeutschen **Länder** mit dem **Bund** in Sachen **Hafenpolitik** ist ganz zweifellos ein Markstein auf dem Weg hin zu mehr Gemeinsamkeit, hin zu einer Zusammenarbeit der norddeutschen Länder auf dem Hafensektor und hin zu einer gemeinsamen Hafenpolitik.

Insofern will ich das Papier in seinen Inhalten und in seinen Tendenzen ausdrücklich begrüßen. Zum erstenmal gibt es eine gemeinsame Grundlage für die Hafenpolitik im Norden Deutschlands. Dies kann - so glaube ich - gar nicht hoch genug bewertet werden. Das Herausragende an dieser Gemeinsamen Plattform ist die Verabredung zu gemeinsamen Grundsätzen in der Förderpolitik. Hier geht es um den Abbau der Disparitäten, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten in erheblichem Umfang aufgebaut haben und die in einem Maße wettbewerbsverzerrend wirken, wie es nicht hingenommen werden kann.

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage von meinem Kollegen Müller und mir hat die Landesregierung dargelegt, daß sich die Förderung von Häfen in Schleswig-Holstein im Vergleich zu Häfen in Mecklenburg-Vorpommern in einem Verhältnis von 16:1 bewegt - eine enorme Ungleichheit in der Förderpraxis, die wettbewerbsverzerrend wirkt und die vor allen Dingen - das ist das Gefährliche - langlaufend über die Abschreibungssätze nachwirkt, die eben bei so hohen Förderbeträgen nicht mehr in dem Umfang möglich sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben zehn Jahre Zeit gehabt, das zu ändern! Alles Ihre Politik!)

Diese **Förderdisparitäten** müssen abgebaut werden - auch bei aller Anerkennung der Notwendigkeiten, nach 40 Jahren DDR in Mecklenburg-Vorpommern tätig zu werden. Aber es gibt natürlich auch Förderdisparitäten zwischen den anderen deutschen Bundesländern und Schleswig-Holstein, die auf die Dauer so nicht bleiben können, und es gibt Förderdisparitäten in ganz erheblichem Umfang auch in Europa. Wir brauchen endlich eine europäische Seehafenpolitik.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Daß dies ein schwerer und langer Weg ist, ist sicherlich allen klar. Aber erforderlich ist der erste Schritt, wenn man einen langen Weg vor sich hat.

Praktische Bereiche der Kooperation, praktische Handlungsmöglichkeiten der Zusammenarbeit der

Häfen in Norddeutschland werden wir sicherlich alle gemeinsam auf vielen Feldern definieren können. Daran besteht kein Mangel. Aber es ist in der Tat darauf hinzuweisen: Die Hafentreiber sind in der Regel privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen, die ihre Entscheidungen nach ihren eigenen Kriterien und Interessen treffen. Das heißt, die **Politik** hat hier eine **Anregungsfunktion**, sie hat keine Funktion, dies zu verordnen oder im Anweisungsweg herzustellen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, Sie haben das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Daß der **Ostseeraum** ein großes Wachstumspotential bildet, ist sicherlich unbestritten. Kooperation ist wünschenswert, insbesondere auch **Kooperation** zwischen den **Häfen**. Aber die Häfen werden privat betrieben, und im Moment steht für die Hafenwirtschaft der Wettbewerb um Ladung und Umschlag eher im Vordergrund. Das ist ein Zielkonflikt. Aber mit dem haben wir es zu tun. Das, was die Politik tun kann, ist, die Rahmenbedingungen zu setzen.

Die Kooperationen werden von der Hafenwirtschaft eher zurückhaltend gesehen. Während der **Lübecker Hafen** nach innen und außen mit der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG kooperiert und auch **Brunsbüttel** die Zusammenarbeit mit **Hamburg** sucht, sind die Kooperationsabsichten in Kiel noch nicht so entwickelt. Es gibt sie nach meiner Kenntnis aber auch. Die Seehafen Kiel GmbH und Herr Röttger Wittern von Sartori & Berger in Kiel haben auch schon für die engere Zusammenarbeit der Ostseehäfen geworben - das fehlt, glaube ich, in dem Bericht -, und zwar explizit mit dem Ziel, kostspielige Hafeninvestitionen optimal zu nutzen und Doppelinvestitionen zu vermeiden.

Das, was uns freut, ist die positive Stellungnahme der Landesregierung gegenüber der Einführung von emissionsabhängigen Hafengebühren. Ein isoliertes Vorgehen lehnt die Landesregierung im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Häfen aber ab.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Dann ist es aber auch konsequent von der Landesregierung, mit Mecklenburg-Vorpommern zu sprechen,

(Karl-Martin Hentschel)

ob es einen gemeinsamen Vorstoß geben kann. Im Ostseeraum wäre dann nach der schwedischen und der norwegischen Küste - dort geschieht das bereits - auch der südwestliche Küstenbereich abgedeckt.

Als mächtigstes Handelsland an der Ostsee steht es uns gut an, solche Initiativen für sauberes Meer und saubere Luft zu unterstützen. Für die Grünen kündige ich hiermit an, daß wir vorhaben, zusammen mit unserem Koalitionspartner im Mai einen entsprechenden Vorstoß zu unternehmen.

Wichtig ist eine gute **Schieneanbindung** der Häfen, damit der Anteil der Schienentransporte steigt. Der LKW-Transport hat spezifische Vorteile, da es keinen Bruch in der Transportkette gibt, aber der reine Transitgüterverkehr mit LKW ist kein Gewinn für unser Land; denn die Wertschöpfung ist minimal. Die Schäden sind aber bedeutend. Allein der Straßenverschleiß durch einen beladenen 40-Tonner entspricht dem Verschleiß durch 70.000 PKW.

Deshalb unterstützen wir die Elektrifizierung der Strecke Lübeck - Hamburg, um einen großen Teil des Containerverkehrs auf die Schiene zu ziehen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, wir sind beim Tagesordnungspunkt „Hafenkooperation“. Würden Sie bitte zum Thema sprechen?

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie haben sich - glaube ich - im Manuskript vertan; wir sind bei der Hafenkooperation Schleswig-Holstein/Hamburg.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich spreche zu dem, was die Landesregierung tun kann, um die Situation der Häfen vernünftig zu unterstützen. Das, was ich hier angesprochen habe, ist explizit ein Teil des Berichtes. Ich weiß nicht, wer den Bericht gelesen hat; aber das ist explizit darin. Die Autoren können das sicherlich sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich bin sehr verwundert.

Ich bin auch der Auffassung, daß es ein wichtiger Teil in bezug auf die Strukturverbesserung der Häfen ist, wenn es gelingt, die Schieneanbindung der Häfen zu einem Bestandteil des Bundesverkehrswegeplanes zu machen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie meinen das Schienenverkehrswegegesetz und nicht den Bundesverkehrswegeplan!)

weil es sich hier nicht um lokale, regionale Vorhaben handelt, sondern weil es sich hier um Vorhaben im internationalen **Transitverkehr** handelt, die auch ein Thema des Bundesverkehrswegeplanes sein sollten.

Die Konkurrenzsituation der Häfen wird auch durch die beiden Verkehrsprojekte A 20 und Fehmarnbeltquerung beeinflußt. Ich möchte hier keine Grundsatzdiskussion führen, aber ich möchte auf das hinweisen, was auch von den Hafengesellschaften selber vorgetragen wird. Ich glaube nämlich, daß das zumindest in der Debatte eine Rolle spielen muß.

Das Gutachten von Professor Dr. Breitzmann aus Rostock zu den **Entwicklungstendenzen** der deutschen Häfen im Ostseeraum bis 2010 kommt zu dem Ergebnis, daß die Auswirkungen der Fertigstellung der Verkehrsprojekte sehr viel größer sein werden, als bisher vorausgesagt wurde. Das heißt, **Rostock** und **Mukran** werden die Gewinner, **Kiel** und **Lübeck** werden die Verlierer sein. Die Lübecker Hafengesellschaft hat sich vehement gegen das Fehmarnbeltprojekt mit dem Argument gewandt

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- ja, die Lübecker Hafengesellschaft; ich kann Ihnen das geben; es liegt schriftlich vor -, es würde zu einem erheblichen Einbruch im Lübecker Hafen führen. Ich denke, wir müssen uns mit diesen Fragen beschäftigen, wenn wir eine bessere Ausstattung, Kooperation und Förderung unserer Häfen haben wollen.

Trotzdem, die **Schifffahrt** hat große Chancen. Bei gleichen **Wettbewerbsbedingungen** ist sie vorteilhaft gegenüber allen Verkehrsträgern; sie ist das umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Von daher halten wir die Förderung und die Strukturverbesserung der Situation unserer Häfen für hervorragende Aufgaben des Landes.

(Beifall der Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Bernd Schröder [SPD])

Wir begrüßen den Bericht und wünschen uns, daß wir auf diesem Weg voranschreiten.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Sie sind sozusagen auf einer eleganten Schiene mitten im Hafen gelandet. Ich erteile jetzt der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den Vorbemerkungen des Berichtes ist die Rede davon, daß es eine eigenständige **Hafenpolitik** nur ansatzweise und nur mit engerem regionalen Bezug gab. Übersetzt man dies in klare Worte, so heißt das nichts anderes, als daß hier in den vergangenen Jahren Kirchturmpolitik betrieben worden ist -

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

nicht zuletzt wegen der mangelnden Bereitschaft und Fähigkeit der Regierungsspitzen **Hamburgs** und **Schleswig-Holsteins** zur Zusammenarbeit. Es ist überaus erfreulich, daß zumindest jetzt angekündigt wird, daß diese Kooperation endlich stattfinden soll.

Herr Minister Bülck, Sie haben völlig recht, wenn Sie feststellen, daß die Konkretisierung der Zusammenarbeit sowie die Ausgestaltung der Modalitäten in erster Linie Sache der Hafenvirtschaft, der Seehafenunternehmen, der Verloader und der Verkehrsunternehmen seien. Aber etwas genauer und konkreter als die nebulösen Andeutungen, die Landesregierung - ich zitiere - „fördert eine kooperationsorientierte Wirtschafts- und Verkehrspolitik, indem sie die beteiligten Unternehmen und Hafenträger moderierend unterstützt“, hätten Ihre Ausführungen schon ausfallen dürfen.

Wir sagen Ihnen unsere konkrete Unterstützung zu, wenn es darum geht, die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg - Lübeck gegenüber dem Bund nachhaltig zu vertreten.

Wenn wir von notwendigen **Infrastrukturmaßnahmen** sprechen, möchte ich daran erinnern, daß es die F.D.P.-Fraktion ist, die der Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe absolute Priorität eingeräumt hat. Herr Minister Bülck, Sie waren zu jener Zeit noch nicht im Amt, als wir die Landesregierung gegen den erheblichen Widerstand des Umweltministers zur erforderlichen Zustimmung Schleswig-Holsteins zu diesem Projekt geradezu tragen mußten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Bereits am 26. April 1990 beantragte Hamburg die Anpassung des Fahrwassers der Unter- und Außenelbe.

Um die **Konkurrenzfähigkeit** des größten deutschen Seehafens sicherzustellen, an dem auch etliche tausend Arbeitsplätze schleswig-holsteinischer Bürgerinnen und Bürger hängen, war eine schnelle Entscheidung aller Elbanrainer notwendig. Während der damalige Wirtschaftsminister Peer Steinbrück überhaupt keine Zweifel an der Notwendigkeit dieser Maßnahme aufkommen ließ, versuchte sich Minister Steenblock da-

mals noch dadurch zu profilieren, daß er die Entscheidung hinauszögern wollte. Die Interessen Schleswig-Holsteins interessierten ihn in diesem Zusammenhang ebensowenig wie die Hamburgs. Herr Minister, es wäre also tatsächlich ein Fortschritt, wenn der bekräftigte Wille zur **länderübergreifenden Hafenkooperation** auch in praktische Politik umgesetzt wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die F.D.P.-Fraktion unterstützt nachdrücklich die Bemühungen der Landesregierung, sich im Zuge der Verhandlungen über eine **Neuordnung des Länderfinanzausgleichs** dafür einzusetzen, daß auch für Schleswig-Holstein **Hafenlasten** im Finanzausgleich zwischen den Ländern berücksichtigt werden. Allerdings ist diese Forderung - Sie haben es angesprochen, Herr Kollege Kayenburg - ebensowenig neu - sie wurde nämlich bereits zu Beginn dieser Legislaturperiode von der Union erhoben - wie die Erkenntnis, daß die Realisierung von Wachstumschancen der schleswig-holsteinischen Häfen die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hinterlandanbindungen auf Schiene, Straße oder Binnenwasser voraussetzt. Auch diese Erkenntnis hat bereits im Jahre 1990 vorgelegen.

Neben der bereits erwähnten Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck sowie der Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe zählen insbesondere der Ausbau des **Elbe-Lübeck-Kanals** sowie die feste **Elbquerung im Zuge der A 20** zu den nicht nur unter hafenspolitischen Gesichtspunkten - aber auch unter diesen - vordringlichen Infrastrukturprojekten. Auch die Auffassung des Wirtschaftsministers im Hinblick auf eine mögliche Umsetzung einer emissionsabhängigen Gebührenstaffel wird von der F.D.P.-Fraktion ausdrücklich geteilt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine isolierte Einführung zöge erhebliche Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der betroffenen Häfen nach sich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zusammenfassend feststellen, daß meine Fraktion größtes Interesse an der Umsetzung der angekündigten Maßnahmen hat. Entscheidend ist jetzt vor allem, daß die Landesregierung über das Stadium der Ankündigungen hinauskommt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

(Günter Neugebauer [SPD]: Was würde eigentlich der Kollege Gerckens dazu sagen? - Meinhard Füllner [CDU]: Zwischen Ålborg und Sonderborg! - Unruhe)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde jetzt zum Thema **Hafenkooperation** reden. Wir hatten dem Berichtsantrag der CDU zugestimmt, weil die Problemstellungen des Berichts auch in Verbindung mit dem von Bund und Land ausgearbeiteten **norddeutschen Hafenkonzept** ähnlich sein konnten. Insbesondere die Prognosen über die möglichen Wachstumschancen der schleswig-holsteinischen Häfen und das sich daraus ergebende Verkehrsaufkommen für zukünftige Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur sind weiterhin von großem Interesse.

Die schleswig-holsteinischen Seehäfen **Brunsbüttel**, **Kiel** und **Lübeck** haben als Umschlagshäfen und Verkehrsknotenpunkte überregionale Bedeutung für den gesamten norddeutschen Raum. Alle drei Häfen haben ihren Gesamtumschlag von 1990 bis 1998 kontinuierlich - Lübeck sogar stark - steigern können. Während in Kiel der Fährverkehr nach Skandinavien das Rückgrat ist, hat Lübeck ein breit gefächertes Standbein - wenn man das so formulieren kann.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Mir fiel kein anderes Wort ein. - Brunsbüttel tritt mit 80 % Güterumschlag als Versorgungsfunktion für die Großunternehmen im dortigen Industriegebiet auf.

Um im zukünftigen EU-Wettbewerb bestehen zu können, ist aber eine gemeinsame deutsche Seehafenpolitik vonnöten. In einer **Gemeinsamen Plattform** haben sich der Bund, die Küstenländer und der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe auf eine gemeinsame Politik geeinigt. Zur Sicherung der norddeutschen Hafenstandorte im europäischen Wettbewerb ist die Hafenzusammenarbeit untereinander ein wichtiger Teilaspekt. Deshalb ist das Interesse Schleswig-Holsteins an einer konstruktiven und gedeihlichen Zusammenarbeit unserer Häfen mit dem Welthafen Hamburg nur natürlich und wichtig.

Die Frage der konkreten **Kooperationsvereinbarungen** zwischen den Häfen von Hamburg und Lübeck, Kiel und Brunsbüttel ist natürlich vor allem Sache der **Privatwirtschaft**. Denn bei der Konkretisierung der

Zusammenarbeit sind in erster Linie die Unternehmen der Hafenwirtschaft, die Hafenunternehmen, Verlader und Verkehrsunternehmen, gefordert. Deshalb ist es bedauerlich, wenn die Landesregierung in ihrem Bericht feststellt, daß das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Kooperationen bei den betroffenen Beteiligten noch nicht sehr ausgeprägt ist. Angesichts der aktuellen Wettbewerbssituation zwischen der Hafenwirtschaft um die Ladungen ist das zwar verständlich, aber langfristig bieten verstärkte Kooperationen zwischen den Häfen für alle Beteiligten strategische Vorteile.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die Politik kann bei diesem Prozeß aber nur moderierend eingreifen. Mit der Arbeit in der Gemeinsamen Plattform passiert dies auch.

Die wichtigste Aufgabe für die Politik - und damit für die Landesregierung, den Bund und die anderen Küstenländer - ist die Schaffung von vernünftigen **Verkehrsanbindungen** an die Häfen. Denn die Schaffung der Rahmenbedingungen ist für die zukünftige wirtschaftliche Weiterentwicklung der Häfen unabdingbar.

Aber auch vor dem Hintergrund der Prognosen des Güterverkehrskonzepts für das Jahr 2010, wo mit einem starken Güteranstieg für unsere Häfen gerechnet wird, müssen die Verkehrsverbindungen verbessert werden - wohlgermerkt, nicht nur die Verkehrsverbindungen als **Straße** gedacht, sondern auch **Binnenwasserstraßen** und **Schienenverbindungen**. Dabei ist es positiv, wenn der Hamburger Senat und die Landesregierung in dieser Frage zusammenarbeiten und sich bei wichtigen Verkehrsinfrastrukturprojekten gegenseitig unterstützen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

So unterstützt Schleswig-Holstein die für den Hafen Hamburg wichtige Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe, und im Gegenzug setzt sich Hamburg gegenüber dem Bund für eine Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg - Lübeck ein.

Der SSW begrüßt, daß die Landesregierung grundsätzlich der Einführung einer **Hafengebühr** in Abhängigkeit von ihrem **Emissionsniveau**, wie es sie seit dem 1. Januar 1998 in Schweden gibt, positiv gegenübersteht. Wir freuen uns, daß es zu einer entsprechenden Initiative kommt. Solche ökonomischen Anreize zur Förderung eines höheren Umweltstandards für Seeschiffe sind die Lösungen der Zukunft. Es gibt immer noch viel zu viele Schiffe, die in dieser Hinsicht schlecht ausgerüstet sind. Trotzdem ist es

(Anke Spoorendonk)

sicherlich richtig, daß isolierte Lösungen nur in Schleswig-Holstein bei der aktuellen Wettbewerbssituation nicht dienlich sind - abgesehen davon, daß die meisten Hafengebühren kommunal festgelegt werden. Auch hier wird es Zeit, daß wir eine Regelung auf EU-Ebene finden. Deshalb begrüßt der SSW den entsprechenden Bundesratsbeschluß vom 27. März 1998.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort nach § 56 Abs. 4 hat Herr Abgeordneter Geißler.

(Zuruf von der SPD: Der hat doch gar keine Ahnung davon!)

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Hentschel hat zwar - wie Sie zu Recht festgestellt haben, Herr Präsident - das Manuskript verwechselt und nur am Rande zum Thema gesprochen,

(Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber - Herr Kollege Hentschel, das muß ich Ihnen konzedieren - im Gegensatz zu dem, was der Kollege Saxe hier ausgeführt hat, waren Ihre Äußerungen durchaus erträglich.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Es ist schon ein tolles Stück: Herr Kollege Saxe, wenn Sie wortreich die Wettbewerbsverzerrungen beklagen, wenn Sie beklagen, in welchem großen Umfang **Mecklenburg-Vorpommern** bevorzugt wird - völlig zu Recht -, frage ich mich, wer in den vergangenen Jahren eigentlich die Interessen des Landes **Schleswig-Holstein** wahrgenommen hat.

(Beifall bei der CDU)

Gleiches gilt bei der **Neuordnung des Länderfinanzausgleichs**. Jetzt kommen Sie auf die Idee anzumahnen, daß **Hafenlasten** auch für Schleswig-Holstein im Finanzausgleich berücksichtigt werden sollen - eindrucksvoll in Ihrem Bericht ausgeführt, Herr Bülick! Meine Damen und Herren, schauen Sie sich einmal die Zahlen an! Hamburg schafft es, seine Hafenlasten im Finanzausgleich berücksichtigen zu lassen, Bremen schafft es, Niedersachsen schafft es, Mecklenburg-Vorpommern schafft es.

Die einzigen, die das nicht zuwege gebracht haben, sitzen hier auf den Regierungsbänken. Das ist die rot-grüne Landesregierung dieses Landes.

(Beifall bei der CDU - Ursula Röper [CDU]:
Nicht mehr lange!)

Es wird in der Tat Ihre Aufgabe sein, das zu ändern. Denn eines ist ja wohl klar: Die **Hafeninfrastruktur**, die wir in Schleswig-Holstein haben, kommt den Bundesländern im Süden der Bundesrepublik Deutschland genauso zugute wie die Hafeninfrastruktur in den anderen norddeutschen Küstenländern.

Die Defizite, die bei den Subventionen, bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs der Landesregierung anzulasten sind, gelten genauso für die Infrastrukturmaßnahmen. Man muß kein Prophet sein, um zu prognostizieren, daß die aufgezeigten Defizite im letzten Jahr der Amtszeit dieser rot-grünen Landesregierung auch nicht mehr beseitigt werden können.

Herr Kollege Saxe, wer solche Reden hält wie Sie hier, sollte es sich dreimal überlegen, bevor er anderen gegenüber den Vorwurf der mangelnden Wahrheitsliebe macht. Ich fand Ihre Äußerung gegenüber dem Oppositionsführer unverfroren. Ich denke, Herr Kayenburg hat die Fakten so dargestellt, wie sie sind. Das sollte auch von Ihrer Seite anerkannt werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zurufe)

- Ich bitte, das in Zukunft rechtzeitig zu machen. - Herr Abgeordneter Neugebauer!

(Meinhard Füllner [CDU]: Jetzt kommt Rendsburg, der Rendsburger Hafen!)

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich deswegen zu Wort gemeldet,

(Ursula Röper [CDU]: Das wäre nicht notwendig gewesen!)

weil der Kollege Geißler die meiste Zeit seiner Redezeit dazu verwandt hat, die Regierung zu kritisieren,

(Beifall bei der CDU)

daß sie die Hafenkosten Lübecks nicht in den Länderfinanzausgleich eingebracht hat.

(Günter Neugebauer)

Herr Kollege Geißler, wenn Sie an den Sitzungen des Finanzausschusses teilgenommen hätten,

(Lothar Hay [SPD]: Wie der Kollege Stritzl!)

- wie zum Beispiel der Kollege Stritzl! -, würden Sie einen solchen Vorwurf nicht erheben.

(Thorsten Geißler [CDU]: Ach?)

Denn mit der Zustimmung der CDU-Vertreter ist dieser Punkt im Finanzausschuß - so kann man sagen - bereits über zwei Jahre zurückgestellt worden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Weil Finanzminister Möller - -!)

Finanzminister Möller hat im Finanzausschuß überzeugend vorgetragen, daß es sich - wie wir alle wissen - beim **Länderfinanzausgleich** um ein sehr diffiziles Geflecht handelt

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee?)

und wir Gefahr liefen, die Ergänzungszuweisung für die politische Führung zu verlieren, wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt an diesem Geflecht rüttelten.

Deshalb bitte ich Sie, mit uns gemeinsam nicht auf die Forderung zu verzichten, das aber - wie vereinbart - in die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs einzubringen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Warum steht das jetzt im Bericht, Herr Neugebauer?)

die wir uns gemeinsam bis zum Jahr 2004 vorgenommen haben.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Doch Ankündigungspolitik für 2004!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Es liegt eine weitere Wortmeldung nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Herr Abgeordneter Stritzl, Sie haben das Wort.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Neugebauer, Sie haben eines richtig beschrieben. Sie haben gesagt: Wir haben im Finanzausschuß nie auf die im Grundsatz erhobene Forderung der CDU auf **Einbeziehung von Lübeck** in den **Länderfinanzausgleich** verzichtet. Das haben Sie richtig dargestellt. Der Kollege Hay nickt mir zu; damals war er noch Vorsitzender des Finanzausschusses.

Herr Kollege Neugebauer, es gab eine Diskussion.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie waren einverstanden, daß - -!)

Weil Sie es angesprochen haben, sehe ich mich gehalten, es hier so darzustellen. Es ging nicht ausschließlich um den Länderfinanzausgleich. Als wir im Finanzausschuß die Diskussion geführt haben, ging es um die Frage der Finanzierung der deutschen Einheit.

Damals hat die Regierung im Finanzausschuß dargelegt, daß sie Schwierigkeiten sähe, sich über die Frage der Einbeziehung Lübecks zu unterhalten, weil sie Sorge hätte, daß dies im Zug der Finanzierung der deutschen Einheit negativ auf das Land zurückschlagen könnte. Das war damals die Begründung.

(Günter Neugebauer [SPD]: Die wir gemeinsam - -!)

Damals haben wir die Landesregierung gebeten, entsprechende konzeptionelle Vorstellungen zu entwickeln. Wir haben zu keinem Zeitpunkt - wie Sie hier versuchen, darzulegen - einvernehmlich darauf verzichtet, das dieses Problem im Interesse der Hansestadt Lübeck, im Interesse des Landes im Sinne unseres Antrags gelöst wird. Das war unser Verständnis im Finanzausschuß. Insofern widerspreche ich hier ausdrücklich der von Ihnen hier gemachten weitergehenden Darlegung, Herr Kollege Neugebauer.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hay!

(Martin Kayenburg [CDU]: Jetzt kommt der ganze Finanzausschuß!)

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erstens: Der Antrag der CDU-Fraktion, den **Hafen Lübeck** in den **Länderfinanzausgleich** aufzunehmen, ist im Finanzausschuß beraten worden. Wir waren einvernehmlich der Auffassung, daß dieser Antrag solange ruht, bis wir eine grundsätzliche Entscheidung hinsichtlich einer Veränderung des Länderfinanzausgleichs bekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens: Wir haben immer gesagt: Vom Gleichheitsgrundsatz her gehört der Lübecker Hafen einfach in den Länderfinanzausgleich hinein.

Drittens: Wir hatten die große Sorge, daß, wenn wir grundlegende Verhandlungen über den Länderfinan-

(Lothar Hay)

ausgleich anfangen, Schleswig-Holstein unter dem Strich negativ berührt würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das zum allgemeinen Verständnis.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nun nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung zur abschließenden Beratung in den Wirtschaftsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 37 auf:

Zukunft der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluß vom 21. Januar 1999

Drucksache 14/1883

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2051

Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW]

Drucksache 14/2068

Das Wort hat der Herr Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.

(Ursula Röper [CDU]: Kein Mensch vom Kabinett da! - Meinhard Füllner [CDU]: Ihre Kabinettskollegen sind sehr solidarisch mit Ihnen!)

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei den Verbänden und Werften bedanken, die uns bei der Erstellung des Berichts unterstützt haben.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Der Schiffbaumarkt ist ein internationaler Markt in einem globalen Umfeld. Obwohl sich Auftragseingänge und -bestände im Weltschiffbau solide entwickeln, wird der internationale Markt durch das koreanische Wettbewerbsverhalten stark gestört.

Davon sind zur Zeit auch alle europäischen Werften betroffen. Beeinflusst wird diese Entwicklung auch durch die hohen Kapitalzuführungen des Internationalen Währungsfonds an Korea in Höhe von

58 Milliarden Dollar, die indirekt sicherlich der koreanischen Schiffbauindustrie zugute kommen.

Der deutsche Schiffbau entwickelte in den letzten Jahren - - Moment!

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das verkehrte Konzept! - Heiterkeit)

Der **deutsche Schiffbau** entwickelte sich in den letzten Jahren zu einem wesentlichen Anwendungsgebiet der bundesdeutschen Werfttechnologie.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Die Auftragsbestände lagen 1998 mit rund 13 Milliarden DM deutlich über dem Niveau der beiden Vorjahre. Auffällig ist jedoch, daß die **Auftragsbestände** im letzten Quartal stark zurückgegangen sind. Deutsche Werften können zur Zeit keine Containerschiffe kostendeckend herstellen. Dies wiegt um so schwerer, als fast alle deutschen Werften von diesem Marktsegment gelebt haben.

Heute bestehen insbesondere zur koreanischen Schiffbauindustrie Preisdifferenzen von mehr als 30 %. Hinzu kommt, daß die Frachtrate kontinuierlich fällt.

Auch der Schiffbau im Land Schleswig-Holstein konnte sich in den letzten Jahren zufriedenstellend entwickeln. Aufgrund weiterer Rationalisierungsmaßnahmen und des anhaltenden Trends, Fertigungstiefen durch Ausgliederung von Betriebsteilen abzubauen, konnte die Beschäftigung weitgehend ohne größere Kurzarbeitszeitphasen gesichert werden.

Die **Beschäftigtenzahl** von etwa 7.000 Mitarbeitern war leicht rückläufig. Der Arbeitsplatzabbau hat sich aber im langfristigen Vergleich wesentlich positiver entwickelt als in anderen Schiffbauländern. Die Auslastung unserer Werften entspricht in etwa dem Niveau der vergangenen Jahre. Bis auf wenige Ausnahmen ist die Beschäftigung für das laufende Jahr gesichert.

Das OECD-Abkommen zur Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen im Weltschiffbau ist faktisch gescheitert. Auf die Details möchte ich nicht eingehen. Die EU-Verordnung sieht ein Auslaufen der auftragsbezogenen Produktionsbeihilfen Ende 2000 vor beziehungsweise bei Ablieferung bis Ende 2003.

Zu den schiffbaulichen Rahmenbedingungen gehören selbstverständlich auch steuerliche Vorschriften zur Schiffsbeteiligung. Die Landesregierung hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, daß bruchartige Entwicklungen vermieden werden können.

(Minister Horst Günter Bülck)

Kernbereich der Förderung des Schiffbaus sind die Wettbewerbshilfen und das Bürgschaftsinstrumentarium.

Im Bereich der **Wettbewerbshilfe** haben wir bis 1999 362 Millionen DM aufgewendet. Sie wissen, daß sich die Verschiebung der Länder-Bund-Quote sehr nachteilig auf Schleswig-Holstein ausgewirkt hat.

Im **Bürgschaftsbereich** übernahmen wir 1999 ein Neuobligum von zirka 1 Milliarde DM bei einem erzielten Auftragsvolumen für die Werften von 3,5 Milliarden DM.

Hinsichtlich der von den Werften durchgeführten Produkt- und Verfahrensinnovation hat unsere Schiffbauindustrie einiges vorzuweisen.

Das gilt sowohl für länderübergreifende Kooperation wie auch für die Zusammenarbeit schleswig-holsteinischer Schiffbauunternehmen untereinander.

Zur Absicherung der eigenen Existenz bedarf es aber weiterer Anstrengungen. Im Rahmen der Diversifizierung müssen wir - abgesehen von wenigen Ausnahmen - heute klar sagen, daß schiffbaufremde Produkte auf unseren schleswig-holsteinischen Werften zur Zeit keine Alternative darstellen.

Lassen Sie mich abschließend zur Zukunftsperspektive einige Anmerkungen machen. Schleswig-holsteinische Werften haben nur eine Chance, wenn sie hochtechnologischen Schiffbau betreiben. Das setzt voraus, daß sich unsere Schiffbauindustrie eindeutig zum **Spezialschiffbau** hinwendet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Alle Anstrengungen müssen dahin gehen, die Produktivität - wenn auch in kleinen Schritten - weiter zu steigern und über zusätzliche Maßnahmen durch die Inanspruchnahme von Forschungs- und Entwicklungshilfemitteln die Existenz nachhaltig zu sichern.

Vor dem Hintergrund der internationalen Zwänge stehen wir vor äußerst schwierigen Entwicklungsprozessen. Alternativen zu den produktionsbezogenen Betriebsbeihilfen - soweit sie das EU-Recht zuläßt - sind nicht erkennbar. Wir müssen realistischerweise davon ausgehen, daß sich bei einem Verzicht auf diese Betriebsbeihilfen bei unveränderten Rahmenbedingungen die Frage nach der Schließung einzelner Standorte stellt.

Das vielfach in den vergangenen Jahren vorgebrachte Argument Kapazitätsanpassung nach unten ist ausge-

reizt. Fast alle schleswig-holsteinischen Werften sind an der betriebswirtschaftlichen Untergrenze.

Die positive Entscheidung des Landtages, für die siebte Programmfortsetzung 30 Millionen DM Wettbewerbshilfe bereitzustellen, darf eines nicht verkennen: Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2000 wird zu entscheiden sein, ob sich das Land in Abwägung der widerstreitenden Anforderungen an den Landeshaushalt bis zum Auslaufen der jetzt geltenden EU-Regelung am Wettbewerbshilfeprogramm beteiligt.

(Glocke des Präsidenten)

Ich denke, der Bericht ist für diese Entscheidung eine gute Grundlage.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Schmitz-Hübsch das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die schleswig-holsteinische Werftindustrie hat in den vergangenen zehn Jahren große Anstrengungen unternommen, um wieder international wettbewerbsfähig zu werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU sowie Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD], Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] und Anke Spoorendonk [SSW])

- Das muß man wirklich anerkennen. Die Produktivität ist in dieser Zeit um 30 % gestiegen.

Das Ziel schien fast erreicht - wirklich fast erreicht -, da machte die Wirtschaftskrise in Korea alle Bemühungen wieder zunichte. Am Anfang der Strukturformen auf den **Werften** lag das heimische **Preisniveau** um etwa 30 % höher als das der Weltmärkte. Und bei diesem Abstand sind wir jetzt im Vergleich zu den koreanischen Staatswerften wieder angelangt. Wenn nicht bald eine gravierende Veränderung kommt, werden die deutschen Werften nicht mehr lange mithalten können.

Besonders deutliche wird diese gefährliche Entwicklung beim Vergleich der **Auftragseingänge**. Weltweit haben die monatlichen Aufträge von 1995 bis 1997 um rund 35 % zugenommen. Sie sind aber nicht nach Deutschland gegangen. Sie sind nach Japan gegangen, dort stieg die Tonnage, die in Auftrag gegeben wurde, etwa um 60 % und nach Südkorea -

(Brita Schmitz-Hübsch)

eine Steigerung um 70 %. In Deutschland aber ging sie im gleichen Zeitraum um 50 % zurück.

Die Ursachen für die so sehr gestiegene Wettbewerbsfähigkeit Südkoreas liegen in der großzügigen Kreditgewährung durch den Internationalen Währungsfonds, aber auch in einem Lohnverzicht der koreanischen Arbeitnehmer sowie in der starken Abwertung des Won. Mit einer Preisdifferenz von 20 bis 30 % machen die koreanischen Werften nicht nur den deutschen, sondern allen europäischen Werften große Konkurrenz.

Gegen diese enorme Preisdifferenz sind die betroffenen Unternehmen machtlos, aber auch die Politik, sie ist genauso machtlos. Hier kann man mit Subventionen allein nicht zurechtkommen, das sagt auch der Bericht deutlich.

Die großen Rationalisierungspotentiale sind bereits ausgeschöpft. Jetzt wird es darauf ankommen, mehrere Maßnahmen zu ergreifen, wenn die Arbeitsplätze erhalten werden sollen.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Betroffen sind nämlich nicht nur die **Arbeitnehmer** auf den Werften in den Küstenländern, sondern auch die Zuliefererbetriebe, die sich über die ganze Bundesrepublik verteilen, wie das der Bericht sehr sauber herausgearbeitet hat.

Folgende Maßnahmen sind notwendig:

Erstens. Die Bundesregierung muß ihren Einfluß geltend machen und dafür Sorge tragen, daß die **Kreditgewährung** durch den Internationalen Währungsfonds an Südkorea an die Bedingungen geknüpft wird, die Kapazitäten nicht weiter auszubauen - ja, sie eigentlich sogar zurückzuführen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU], Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] und Anke Spoorendonk [SSW])

- Ich bedanke mich für den Applaus, Herr Hentschel.

Zweitens. Da das OECD-Abkommen von 1994 nicht von den USA ratifiziert worden ist, muß ein neues **Abkommen zur Einhaltung normaler Wettbewerbsbedingungen** im Schiffbau entwickelt werden, eventuell unter Mithilfe der EU-Kommission.

Drittens. Die Werften selbst müssen nach weiteren Möglichkeiten der **Rationalisierung** und der **Kosteneinsparung** suchen. Durch Fusionen und verstärkte Kooperation müssen auch im Handelsschiffbau Synergieeffekte genutzt werden. Für HDW ergibt sich durch

den Verkauf der Anteile an die Deutsche Babcock eine gute Chance, einen Verbund von Großwerften an mehreren Standorten zu schaffen. Die kleineren Werften haben es hier schwerer. Jedoch gilt auch hier, nur durch Kooperation haben sie überhaupt eine Chance zu überleben.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viertens. Die **Wettbewerbshilfe** für die Werften muß fortgeführt werden. Angesichts der prekären unverschuldeten Situation muß die Regierung Schröder noch einmal aufgefordert werden, zu einer 50prozentigen Mitfinanzierung durch den Bund zurückzukehren.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

- Ich habe hier wirklich tolle Aha-Effekte, wenn Sie mir so begeistert applaudieren, Herr Hentschel!

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Fünftens. Die **Finanzierung** des Schiffbaus über die **Sammlung privaten Kapitals** in sogenannten Abschreibungsgesellschaften muß erhalten bleiben. Es reicht nicht aus, nur die Übergangsfristen für ihre Abschaffung zu verlängern, worauf jetzt im Moment Frau Simonis und Herr Bülck so stolz gewesen sind.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diesen Punkt sehe ich differenzierter!)

Bis auf die letzte Forderung sind das alles Punkte, die auch im Bericht des Wirtschaftsministers als Forderungen enthalten sind.

(Ursula Röper [CDU]: Taten, Taten!)

Ich wundere mich deshalb sehr über die Gelassenheit, mit der Sie, Frau Spoorendonk, die Forderungen aus dem Bericht einfach abkupfern und als einen Antrag des SSW ausgeben,

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

wobei Sie auch noch einen Antrag der F.D.P. gleich

(Brita Schmitz-Hübsch)

mit übernehmen, über den Sie hier im Landtag erst vor drei Monaten den Stab gebrochen haben.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Wen wollen Sie damit eigentlich beeindrucken? Die Mitarbeiter der Flensburger und der Husumer Werft? - Der Erfolg dort wird nicht von langer Dauer sein, wenn sie erfahren, daß Ihr Antrag verflixte Ähnlichkeit mit dem Regierungsbericht hat.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, ich beantrage die Überweisung des Berichts zur abschließenden Beratung und des Antrags zur weiteren Beratung in den Wirtschaftsausschuß.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Saxe das Wort.

Bernd Saxe [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Freitagnachmittag um 17:50 Uhr will ich Ihre Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich will zunächst dem Ministerium und seinen Mitarbeitern herzlich dafür danken, daß sie in extrem kurzer Zeit den gewünschten Bericht vorgelegt haben. Es ist jede Menge Arbeit dort hineingeflossen, die in großer Hektik geleistet werden mußte. Vielen Dank dafür!

Ich finde, der Bericht belegt in eindrucksvoller Weise, daß unsere **schleswig-holsteinischen Schiffbaubetriebe** - jedenfalls die meisten - im Prinzip wettbewerbsfähig sind. Sie haben moderne Strukturen, haben den hohen technologischen Standard, der erforderlich ist, sie haben auch die Kostenstruktur, die notwendig ist, um am Markt bestehen zu können. Das war vor einigen Jahren nicht so. Daß dies heute wieder so ist, haben wir auch der gemeinsamen Aktivität und den gemeinsamen Anstrengungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, von Unternehmen und Gewerkschaften, von Betriebsräten, Verbänden, Kommunen und dem Land zu verdanken. An dieser Stelle ist insbesondere der Einsatzbereitschaft und der Opferbereitschaft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Dank zu sagen, die erheblich dazu beigetragen hat, daß dieser Status wieder erreicht werden konnte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich sage im Prinzip wettbewerbsfähig, und wenn ich darauf hinweise - Frau Schmitz-Hübsch hat das auch getan -, daß aktuell die **Auftragslage** der schleswig-holsteinischen Werften nicht allzu rosig ist, dann liegt das eben nicht an hausgemachten Problemen oder an eigenen Schwierigkeiten in den Unternehmen, sondern es liegt an einer Konkurrenzlage, die dazu führt, daß die Anbieter in Korea zu Preisen auf den Markt gehen können, mit denen deutsche und europäische Unternehmen überhaupt nicht konkurrieren können. Da wird zum Teil unter Marktpreisen oder sogar unter den Kosten angeboten. Es entsteht eine Wettbewerbsverzerrung, durch die die europäischen und deutschen Unternehmen nicht mithalten können. Und es droht der Eintritt der Situation, daß leistungsfähige und moderne Unternehmen in Europa, in den USA und sonstwo in Schwierigkeiten kommen, weil diese Förderpraxis ausgeübt wird, die wir so nicht hinnehmen können. Besonders bitter ist es, wenn diese Subventionen durch die Förderprogramme internationaler Organisationen - wie zum Beispiel des IWF - möglich werden, die verwendet werden, um derartiges durchzuführen.

Richtig ist, daß die Instrumente, die auf nationaler, auf Landes- und auf europäischer Ebene für die Werftenhilfe bestehen, weiterhin angewandt werden müssen. Es war richtig, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag vor wenigen Monaten auf Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam beschlossen hat, die **Wettbewerbshilfe** um noch einmal 30 Millionen DM aufzustocken und damit zusätzliche Mittel bereitzustellen, damit unsere Unternehmen hier in Schleswig-Holstein Aufträge akquirieren können. Es ist übrigens ebenfalls richtig, daß wir an der Forderung festhalten, die wir auch in den vergangenen 16 Jahren erhoben haben, daß sich der Bund angemessen beteiligen muß. Erstaunlich finde ich es, wenn Sie diese Forderung heute auch auf Ihre Fahnen schreiben, nachdem Sie sie in den letzten Jahren immer wieder zurückgewiesen haben, solange noch eine andere Regierung in Bonn regiert hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre es ein Gebot der Ehrlichkeit.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie sollten die Wahrheit ernst nehmen!)

Wir bleiben auch unter veränderten politischen Bedingungen in Bonn dabei, daß sich der Bund stärker

(Bernd Saxe)

beteiligen muß. Werften sind eine nationale Aufgabe, die weit über die Küstenländer hinaus ihre Wirkung hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie brauchen nicht verwundert zu sein, Frau Schmitz-Hübsch, daß ich bei Ihnen applaudiere, wenn Sie die Dinge richtig aussprechen. Ich habe mich sehr über Ihren Beitrag gefreut - jedenfalls über wesentliche Teile Ihres Beitrages -, insbesondere darüber, daß er mit einer Initiative übereinstimmt, die von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD im Bundestag gerade unter dem Titel „Initiative gegen die Auswirkung der asiatischen Finanzkrise und des internationalen Subventionswettkampfs auf die deutsche und europäische Werftindustrie“ eingebracht worden ist.

In diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, durch ein multilaterales internationales **Abkommen über einen stabilen Weltschiffbaumarkt** den ruinösen Subventionswettkampf zu überwinden. Die Bundesregierung soll darüber hinaus sicherstellen, daß Kredite des Internationalen Währungsfonds aus Südkorea nicht in unzulässiger Weise dem dortigen Schiffbau zugute kommen.

Die **Bundestagsinitiative** bekräftigt, daß die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Schiffbaus auch künftig durch die bewährte auftragsbezogene Förderung gesichert werden soll. Insofern freue ich mich, daß Sie dem in allen Punkten zugestimmt haben. Deswegen habe ich auch applaudiert. Ich finde, es ist eine gute Tradition im Wirtschaftsausschuß, daß wir bei Wahrheiten auch der Opposition applaudieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Thomas Stritzl [CDU]: Das könnten Sie ruhig öfter tun! - Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das liegt ganz an Ihnen! - Günter Neugebauer [SPD]: Dann müssen Sie für den Anlaß sorgen!)

- Ja, ich versuche hier, die wirtschaftspolitischen Auffassungen ein bißchen voneinander zu trennen und das zu reparieren. Wollen wir hoffen, daß es funktioniert.

(Martin Kayenburg [CDU]: Herr Hentschel, das ist auch in Ordnung so!)

Im Zusammenhang mit der Einstellung von 30 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen für die **Wettbewerbshilfen** haben wir diesen Bericht beantragt, weil es für uns wichtig ist, daß wir im Landtag nicht einfach nur Subventionen beschließen, sondern daß wir uns auch klar darüber sind, was damit passiert und ob und wie die Zukunftsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Werften gesichert wird.

Die Krise - insbesondere durch die Abwertung des südkoreanischen Won um 25 % - hat die Situation in den letzten Monaten nicht erleichtert, sondern erschwert. Darüber ist schon geredet worden. Ich unterstütze den Antrag des SSW explizit. Ich finde, er muß auch beachtet werden. Es ist in der Tat richtig, was Herr Saxe sagte. Sie hätten einen solchen Antrag - solange die Bundesregierung von CDU und F.D.P. gestellt wurde, nicht mitgetragen. Das wissen wir doch alle und haben es erlebt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD])

Es muß einfach auch mal beachtet werden, daß BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD auch als Regierungsfractionen nicht vergessen, was sie zu einer Zeit gesagt haben, als sie in Bonn noch in der Opposition waren, sondern dazu stehen und weiterhin die schleswig-holsteinischen Interessen vertreten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte mir gewünscht, daß Sie das in den letzten Jahren auch gemacht hätten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unabhängig davon müssen wir die qualitative Seite betrachten. Wir haben mit der Fraktion in den letzten Monaten sechs Werften besucht und mit dem Management und den Arbeitnehmervertretern gesprochen. Es ist in der Tat richtig, was hier berichtet worden ist, daß die Werften überwiegend einen sehr modernen Stand haben. Sie haben keine alte, sondern eine sehr moderne Technologie. Es sind sehr viele Anstrengungen, sowohl von seiten der Arbeitgeber als auch von seiten der Arbeitnehmer gemacht worden sind. Es ist ein sehr aktiver Prozeß vonstatten gegangen. Überall wurde uns berichtet, ohne diese Kooperation und diesen gemeinsamen Willen voranzukommen, wäre das, was in den letzten Jahren an Erfolgen zustande gekommen ist, nicht möglich gewesen. Dafür müssen wir angesichts der Tatsache, daß Schleswig-Holstein letztlich auch von der Konjunktur der Werften beeinflusst wird, denen, die in den letzten Jahren in diesem

(Karl-Martin Hentschel)

Prozeß ein praktisches Bündnis für Arbeit praktiziert haben, danken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Problem, das an uns herangetragen worden ist, betrifft die **Förderung von Forschung und Entwicklung**. Im Unterschied zu anderen Wirtschaftszweigen wird Forschung und Entwicklung bei den Werften nicht gefördert, weil die Prototypen keine sind, sondern tatsächlich reale Produkte. Man stellt ja keinen Prototyp eines Schiffes her, um ihn anschließend wegzuworfen, wie man es bei Kühlschränken macht. Das bedeutet, wir brauchen eine Änderung, durch die die Forschungs- und Entwicklungsförderung so angepaßt wird, daß sie auch in der Werftindustrie eingesetzt werden kann. Wir haben das in Bonn angesprochen und angeregt, dort eine entsprechende Initiative zu starten. Uns ist signalisiert worden, daß sie möglicherweise bald umgesetzt werden soll.

Die Probleme sehen wir in der **mittelständischen Schiffbaugemeinschaft**. Die sehen wir nicht so positiv wie im Bericht. Nach unseren Gesprächen, die wir geführt haben, glauben wir, daß es nicht so richtig funktioniert, und vermuten, daß noch erhebliche Gespräche notwendig sind.

(Glocke des Präsidenten)

Wir würden uns wünschen, daß das von seiten der Landesregierung noch einmal genauer in Angriff genommen wird, weil es gerade für die kleinen Werften ein Problem ist. Sie werden ohne eine solche Kooperation nicht hinkommen. Aber die Kooperation läuft zur Zeit noch unbefriedigend. Insgesamt bin ich zufrieden, daß wir diesen Bericht haben, jedoch bin ich nicht mit der Situation zufrieden und wünsche mir, daß wir in den nächsten Jahren diese Probleme in Form von Kooperation aller Beteiligten erfolgreich in den Griff kriegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Aschmoneit-Lücke, jetzt dürfen Sie reden.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hentschel und Herr Kollege Saxe, wenn es um die Aufstockung von Mitteln für die **Wettbewerbshilfe** ging - und zwar sowohl im Landeshaushalt wie im Bundeshaushalt -, dann haben Sie die F.D.P.-Landtagsfraktion immer an erster Stelle gesehen. Das möchte ich hier doch noch einmal ausdrücklich festhalten, damit der Wahrheit Ehre getan wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Gleichwohl geraten die Werften in schwere See, wie auch gestern die „Lübecker Nachrichten“ wieder feststellten. In der Tat gerät der deutsche Schiffbau in einer schweren Krise. Hiervon sind auch die zehn Seeschiffwerften in Schleswig-Holstein betroffen. Oft genug gibt vor allem die Ursachenanalyse wirtschaftspolitischer Probleme Anlaß zu heftigen politischen Auseinandersetzungen. In diesem Fall ist das völlig anders. Ich glaube, es besteht in diesem Hause kein Dissens, und es sollte auch keiner herbeigeredet werden.

Lassen Sie mich mit den Worten des Vorsitzenden des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik e. V. Herr Dr. Werner Schöttelndreyer, die Hauptursache für diese sich dramatische verschärfende Krise zusammenfassen. Auf der Informationsveranstaltung am 16. März dieses Jahres in der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund faßte er die Problematik ebenso zutreffend wie deutlich zusammen. Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

„Seit der Finanzkrise in Korea wird offenbar, daß auf dem Weltschiffbaumarkt ein Falschspieler agiert. Gigantische Kapazitätsausweitungen und ruinöse Preissetzung Koreas haben europäische Werften schwer geschädigt. Koreas sogenannte Leistungsfähigkeit war vorgetäuscht. Die koreanischen Werften sind in einem Maß überschuldet, das in Europa undenkbar ist. Der Staatseinfluß ließ eine unhaltbare Kreditvergabe der Banken zu, bis Korea im November 1997 aus Devisenmangel der Stillstand seiner Industrie drohte. Dieser wurde durch den höchsten jemals vom Internationalen Währungsfonds vergebenen Beistandskredit glücklicherweise verhindert. Der Won konnte dadurch jedoch gewollt unterbewertet gehalten werden, so daß der Export seit Mitte 1998 wieder deutlich ansprang. Für den Weltschiffbaumarkt beginnt sich dieser künstlich niedrig gehaltene Wechselkurs zur Katastrophe auszuweiten.“

Diese Katastrophe sieht in nüchternen Zahlen ausgedrückt so aus: Im vierten Quartal 1998 räumte Korea den Markt ab. Jeder zweite Auftrag ging nach Korea. Korea wird mindestens bis zum Jahr 2000/2001 von einem Währungsvorteil profitieren, der dazu führt, daß die **europäische Schiffbauindustrie** eine Preisdifferenz von 20 % bis 30 % ausgleichen muß.

Unter Druck geraten hierbei vor allem die kleineren Werften. Ich nehme das grundsätzliche Bekenntnis der Landesregierung zum Schiffbau sehr wohl zur

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Kenntnis. Ich weiß, daß es nur ehrlich ist, seitens des Landes keine Bestandsgarantie für eine unveränderte Werftenlandschaft in Schleswig-Holstein abzugeben.

Damit aber **Beschäftigungseinbrüche**, die bereits in der zweiten Jahreshälfte 1999 drohen, soweit wie möglich verhindert werden können, ist es unumgänglich, daß die vorgesehene Mittelreduzierung bei den Produktionshilfen im Haushalt des Bundeswirtschaftsministers revidiert wird. Gerade jetzt braucht der Schiffbau die volle Unterstützung der Politik, insbesondere die Unterstützung der Bundesregierung.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Gerade jetzt kommt es darauf an, daß die 7 % **Wettbewerbshilfe** in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden.

Was aber die Kollegin Spoorendonk zu ihrem vorliegenden Antrag veranlaßt hat, ist mir absolut unerklärlich. Die Punkte 1 bis 3 enthalten Forderungen, die in ganz Europa mittlerweile von jeder Seite mehrfach mit allem Nachdruck erhoben wurden. Ausdrücklich werden diese Forderungen nochmals im Bericht der Landesregierung selbst erhoben. Sie werden das kaum übersehen haben, Frau Kollegin Spoorendonk. Bei Punkt 4 Ihres Antrags kann es sich angesichts der am 9. Dezember des vergangenen Jahres hierzu geführten Debatte nur um einen schlechten Scherz handeln. Ich will Ihnen die Antwort ersparen. Ich weiß, daß Sie diese Forderung nicht als Scherz verstehen. Daher bitte ich Sie: Lesen Sie das Plenarprotokoll zur Debatte um den entsprechenden Antrag der F.D.P.-Fraktion noch einmal ganz genau! Lesen Sie nach, wie sich insbesondere die Regierungsfractionen und der Wirtschaftsminister des Landes geäußert haben. Vor diesem Hintergrund kann ich nur feststellen, daß Ihr Antrag, liebe Frau Kollegin, an Populismus wirklich nicht mehr zu überbieten ist.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ich frage Sie daher: Was um alles in der Welt hat Sie veranlaßt, diesen Antrag zu stellen? Nichts daran ist neu. Nichts davon bringt uns auch nur einen einzigen Schritt weiter. Der gesamte Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich ausdrücklich zur Schiffbauindustrie im Land.

Trotz unterschiedlicher Auffassungen darüber, mit welcher Intensität sich die neue Bundesregierung für den deutschen Schiffbau einsetzt, bin ich der Auffassung, daß es keiner diesbezüglichen doppelten und dreifachen Aufforderung des Landtags an die Adresse von Rot-Grün in Bonn bedarf.

Schließlich bin ich aber vor allem davon überzeugt, daß die koreanische Regierung nicht vor Angst schlottern wird, wenn auf der Grundlage eines SSW-Antrags uralte Forderungen erneut vom Schleswig-Holsteinischen Landtag beschlossen werden.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war natürlich eine grausame Salve, und ich werde auch gleich darauf antworten. Natürlich macht es Sinn, einen Antrag zu stellen, der die Forderung der Landesregierung unterstützt. Das kommt in diesem Haus häufig vor, und das macht in dieser konkreten Situation auch Sinn. Natürlich ist es so, daß wir einvernehmlich der Meinung sind, daß die Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein von wichtiger Bedeutung für dieses Land ist, daß wir uns auch mehrfach damit befaßt haben. Unser Antrag - das müßte eigentlich ein Selbstgänger sein - soll als weitere Unterstützung dieser Forderungen aufgefaßt werden. So ist das!

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann müssen Sie nur eine Fußnote machen: Alter F.D.P.-Antrag!)

- Ich denke nicht, daß es Sinn der Sache ist, eine Fußnote zu machen. Sinn der Sache war, die wichtigsten Forderungen aus dem Bericht in einem Antrag aufzuschreiben, damit das für die weitere Arbeit für die Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein deutlich gemacht wird.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es allmählich satt, mir eine so kleinliche Argumentation reinziehen zu müssen. Also wirklich! Dieser Antrag macht Sinn, weil das genau die **Forderungen** sind, die von seiten der **Schiffbauindustrie** zur Sprache gebracht werden. Wenn wir deutlich machen wollen, wie wir die Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein weiter unterstützen wollen, dann geht es um diese Forderung. Das ist ein Antrag, der ein Signal für die Schiffbauindustrie in diesem Land deutlich macht.

Ich werde jetzt noch ein paar Bemerkungen zu dem Bericht der Landesregierung machen. Das meiste ist ja auch schon gesagt worden, nämlich das Problem mit den koreanischen Werften. Das Problem ist, daß

(Anke Spoorendonk)

mit der 50prozentigen Abwertung des Won und durch die Milliardenhilfe des Internationalen Währungsfonds gerade die Schiffe zu Dumpingpreisen angeboten werden können und daß damit auch die deutschen Werften auskonkurriert werden. Das ist die konkrete Situation, und da gilt es zu handeln. Wir wissen - und auch das ist auch heute wieder mehrfach unterstrichen worden -, daß die deutschen Werften international zu den innovativsten und produktivsten Werften gehören.

Für den SSW möchte ich noch einmal festhalten, daß der Schiffbau eine wichtige nationale Aufgabe, eine wichtige Industrie ist, die es zu fördern gilt, und daß es für uns auch gilt, die Existenz der Werften zu sichern. In Schleswig-Holstein geht es dabei um zehn Seeschiffswerften mit fast 7.000 **Beschäftigten**. Auch für den Landesteil Schleswig handelt es sich um einen wichtigen Erwerbszweig. Unsere Werften sind leider auch von dieser Entwicklung betroffen. So hat die Flensburger Schiffbaugesellschaft nur noch Aufträge bis zum Sommer 2000. Die kleineren Werften im Landesteil Schleswig stehen womöglich noch schlechter da.

Wie gesagt zu unserem Antrag: Er enthält die wichtigsten Forderungen des Berichts. Die Punkte dürften eigentlich unstrittig sein, denn es ist wichtig, daß wir den Werften die Hilfe gewähren, die sie haben müssen. Es ist wichtig, daß auch die Handlung der Landesregierung von seiten des Landtags unterstützt wird.

Ich bitte also darum, dem Antrag zuzustimmen. Vorhin wurde vorgeschlagen - die Kollegin Schmitz-Hübsch sagte das -, man müßte das im Wirtschaftsausschuß beraten. Von mir aus wäre das auch eine Möglichkeit. Das wäre dann der formal richtige Weg. Gut, dazu bin ich bereit. Aber noch einmal: Entschließungsanträge kommen in diesem Hause immer wieder vor, und für wichtige Belange muß es auch zu solchen Anträgen kommen. Ich bitte Sie, doch wirklich nicht so kleinlich zu argumentieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, sowohl den Antrag als auch den Bericht federführend dem Wirtschaftsausschuß, mitberatend dem Finanzausschuß zu überweisen. Dem wird nicht widersprochen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen.- Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind noch nicht ganz fertig. Die Tagesordnungspunkte 17, Zukunft des Werftstandortes Kiel, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1997, und 33, Verfahren für eine zügige Realisierung des Projekts einer festen Elbquerung westlich von Hamburg, Bericht der Landesregierung, erklären wir zu Zukunftsthemen; wir werden sie also im Mai, in der Zukunft, behandeln.

Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, die nicht mehr hier sind, von dieser Stelle aus um Nachsicht, daß ich angesichts der hohen Anzahl derer, die bereits entflohen sind, nicht jedem einzelnen gute Wünsche für das Wochenende hinterherrufen konnte.

(Heiterkeit)

Ich hoffe, daß sie in Zukunft auch wieder bis zum Ende der Sitzung aushalten können.

Ich wünsche Ihnen um so herzlicher auf jeden Fall ein schönes Wochenende, schöne Osterferien und gute Erholung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18:07 Uhr